



# Impressum

**Herausgeber:**

Hessisches Statistisches Landesamt  
Rheinstr. 35/37, 65183 Wiesbaden  
Telefon: 0611 3802-802, Telefax: 0611 3802-890  
E-Mail: [vertrieb@statistik.hessen.de](mailto:vertrieb@statistik.hessen.de) – Internet: [www.statistik-hessen.de](http://www.statistik-hessen.de)

Thüringer Landesamt für Statistik  
Europaplatz 3, 99091 Erfurt  
Telefon: 0361 37-84642/84647, Telefax: 0361 37-84699  
E-Mail: [auskunft@statistik.thueringen.de](mailto:auskunft@statistik.thueringen.de) – Internet: [www.statistik.thueringen.de](http://www.statistik.thueringen.de)

Herausgegeben im August 2015

**Satz:**

Hessisches Statistisches Landesamt

**Copyright:**

© Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden 2015  
(im Auftrag der Herausgeber)

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.

**Copyright für Umschlagbilder:**

© tobias kromke - fotolia.com, © Knipserin - fotolia.com, © Eisenhans - fotolia.com, © chalabala - fotolia.com,  
© pictarena - fotolia.com, © M.Rosenwirth - fotolia.com, © Minerva Studio - fotolia.com,

**Preis:**

10,00 Euro

Die Printversion der Veröffentlichung kann im Hessischen Statistischen Landesamt und im Thüringer Landesamt für Statistik bestellt werden.  
Die Onlineversion steht in den oben angegebenen Websites zum kostenlosen Download zur Verfügung.



# 25 Jahre Deutsche Einheit

## Hessen und Thüringen Nachbarn im Mittelpunkt

Gemeinschaftspublikation der statistischen Landesämter  
Hessen und Thüringen



Der 9. November 1989 gehört zu den historischen Momenten, die die Menschen sehr rasch als Zeitenwende gesehen haben. An dem Tag, als die Mauer fiel, gingen die Blockkonfrontation und die Teilung Deutschlands zu Ende. Keine zwölf Monate später, am 3. Oktober 1990, sahen wir Deutschland vereint. Die neuen Länder, darunter unser Nachbarland Thüringen, erlebten damals eine außerordentliche politische und wirtschaftliche Entwicklung. Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit wurden die Fundamente von Staat und Gesellschaft, die soziale Marktwirtschaft wurde die Grundlage der wirtschaftlichen Tätigkeit. Träger dieser großartigen Entwicklung waren die Menschen in den neuen Ländern, ebenso haben die Bürgerinnen und Bürger in den alten Ländern ihre Beiträge geleistet.

Das Geschehen der vergangenen 25 Jahre kann und muss auch mit den Mitteln der Statistik beschrieben werden. Die damalige Hessische Landesregierung hat nach dem 9. November 1989 schnell gehandelt und einen namhaften Beitrag zum Aufbau eines demokratischen Gemeinwesens

und einer sozialen Marktwirtschaft in Thüringen geleistet. Den Ländern Hessen und Thüringen wie der Bundesrepublik Deutschland und Europa insgesamt haben die Ereignisse der Jahre 1989 und 1990 große Chancen und neue Entwicklungsmöglichkeiten geöffnet.

Ich freue mich, dass die statistischen Landesämter in Hessen und Thüringen jetzt eine Beschreibung der Zeit seit dem 3. Oktober 1990 vorlegen und damit den Weg nachzeichnen, den die beiden Nachbarn zurückgelegt haben.

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Volker Bouffier'. The signature is fluid and cursive.

Volker Bouffier  
Hessischer Ministerpräsident



Meine sehr geehrten Damen und Herren,

das 25-jährige Jubiläum der Wiedervereinigung bietet den willkommenen Anlass, Rückschau zu halten und Bilanz zu ziehen. Wie hat sich Thüringen in einem Vierteljahrhundert parlamentarischer Demokratie entwickelt? Die Veränderungen, so augenscheinlich sie auch sind, lassen sich anhand von statistischen Erhebungen eindrücklich dokumentieren. Dabei erweist sich die deutlich gestiegene Lebenserwartung der Thüringer Bürgerinnen und Bürger sicher als schönster Beleg für das Leistungsvermögen unseres demokratischen Gemeinwesens. Ein neugeborenes Kind hat heute eine fast sieben Jahre höhere Lebenserwartung gegenüber dem Geburtenjahrgang 1990. Und auch bei den älteren Thüringerinnen und Thüringern ist ein Anstieg der Lebenserwartung zu beobachten, so dass wir selbstbewusst sagen können: In Thüringen lässt es sich gut und auch lange gut leben.

In der vorliegenden Publikation unterbreiten das Hessische Statistische Landesamt und das Thüringer Landesamt für Statistik eine Vielfalt von Erhebungen aus verschiedenen Bereichen, die – unterlegt mit Grafiken und Erläuterungen – den Entwicklungsstand der beiden Länder dokumentieren. Dabei treten teilungsbedingte Unterschiede zutage, aber auch Konvergenzen und Übereinstimmungen. Insgesamt ergibt sich ein differenziertes Bild aus Entwicklungen und Trends, das der Politik eine solide Grundlage für zukunftsweisende Entscheidungen bietet.

Aber nicht nur den Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft möchte ich diese Dokumentation ans Herz legen, sondern allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern. Denn die darin enthaltenen Statistiken machen staatliches Handeln

sichtbar und somit für die Öffentlichkeit überprüfbar. Sie ermöglichen das, was uns als wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren einer Demokratie gilt: Offenheit und Transparenz der Politik.

Zugleich eröffnet diese hessisch-thüringische Publikation die Möglichkeit, unserem Nachbarland für die finanzielle und personelle Unterstützung in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung zu danken. Hessen hat beim Aufbau einer funktionierenden, Rechtsstaat und Grundgesetz verpflichteten Verwaltung und Justiz in Thüringen wertvolle Hilfe geleistet. Dank der großzügigen Starthilfe und der personellen Unterstützung aus Hessen konnte Thüringen den Weg in die demokratische Staatsverwaltung erfolgreich einschlagen. Auch das Hessische Landesamt für Statistik hat wertvolle Amtshilfe beim Neuaufbau der Thüringer Statistik geleistet. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Hessen gebührt für die vielfältige Unterstützung mein herzlicher Dank.

Vor dem Hintergrund, dass Statistiken eine unverzichtbare Informationsquelle für den Staat, für Unternehmen und auch für die Bürgerinnen und Bürger sind, wünsche ich dieser Publikation eine breite Leserschaft und eine große Resonanz in der Öffentlichkeit.

Bodo Ramelow  
Thüringer Ministerpräsident



Im Oktober 2015 feiert Deutschland den 25. Jahrestag der Wiedervereinigung. Das ist Anlass sich zu erinnern: an die Aufbruchstimmung im Osten, aber auch im Westen, an kühne Visionen und konkrete Vorhaben. Und es gibt Gelegenheit, darüber nachzudenken, was im Laufe eines Vierteljahrhunderts daraus geworden ist. Das Hessische Statistische Landesamt (HSL) und das Thüringer Landesamt für Statistik (TLS) tragen mit der vorliegenden, gemeinschaftlich erstellten Broschüre auf ihre ganz spezifische Weise zur Erinnerung bei, nämlich mit objektiven Daten zu verschiedenen Entwicklungen in Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt in den beiden Nachbarländern.

Wenn wir in diesem Jahr auf 25 Jahre Deutsche Einheit zurückblicken, blicken wir gleichzeitig auf 25 Jahre amtliche Statistik im Verbund der 16 Länder zurück.

Was die hessisch-thüringische Zusammenarbeit betrifft, sind es sogar mehr als 25 Jahre. Denn der erste Besuch des damaligen Präsidenten des Hessischen Statistischen Landesamtes in Erfurt datiert bereits vom 19. Februar 1990. Er markiert den Beginn einer bis heute andauernden Zusammenarbeit, die einst als Aufbauhilfe begann und innerhalb kürzester Zeit in eine partnerschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen des Statistischen Verbundes mündete.

25 Jahre amtliche Statistik waren in Thüringen anfangs hauptsächlich geprägt durch die Überführung der DDR-Statistik, die im Wesentlichen ein Instrument der Politik war und der Planabrechnung diente, in eine Statistik, die den Erfordernissen der freien Marktwirtschaft gerecht wird und alle Seiten des gesellschaftlichen Lebens widerspiegelt. Dazu gehörten neue Rechtsvorschriften, neue Statistiken und neue Arbeitsweisen sowie die Zusammenarbeit mit

den anderen statistischen Landesämtern und dem Statistischen Bundesamt. Um dieser einmaligen wie spannenden Herausforderung begegnen zu können, brauchte es hochqualifizierte engagierte Mitarbeiter und ebensolche Mitstreiter. Hohe Qualifikation, gepaart mit dem Schwung der friedlichen Revolution, brachten die Thüringer Statistikerinnen und Statistiker mit, Mitstreiter fanden sie unter anderem in den Kolleginnen und Kollegen vom Hessischen Statistischen Landesamt. Dass sich das Thüringer Landesamt für Statistik innerhalb weniger Jahre zu einem verlässlichen und kompetenten Partner im Rahmen des Statistischen Systems der Bundesrepublik Deutschland entwickeln konnte, ist nicht zuletzt auch ein Verdienst der „Pioniere der ersten Stunde“ aus den alten Ländern. Die vorliegende Broschüre erinnert mit Zeitzeugenberichten und Originaldokumenten an die ersten Begegnungen zwischen hessischen und thüringischen Statistikerinnen und Statistikern.

Seither haben die Statistischen Ämter ihre Rolle als Informationsdienstleister und kompetente Partner im Dialog mit Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und – nicht zuletzt – mit den Bürgerinnen und Bürgern übernommen und aktiv gestaltet. Insofern ist die Broschüre ein kleines, aber anschauliches Beispiel für die Ausgestaltung dieser Rolle.

Wir möchten die Gelegenheit nutzen, herzlich Danke zu sagen. Zum einen unseren Fachexpertinnen und -experten aus dem HSL und dem TLS, die der kleinen hessisch-thüringischen Redaktion mit Wissen und Engagement zur Seite standen. Zum anderen bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die mit großem Einsatz Tabellen, Texte und Grafiken erstellt und bis hin zur fertig gedruckten Broschüre entwickelt haben.

Liebe Leserinnen, liebe Leser, blättern Sie durch und verknüpfen Sie die vielfältigen geschilderten Fakten mit ihren

eigenen Erinnerungen an 25 Jahre Deutsche Einheit in den „benachbarten Ländern im Mittelpunkt“



Dr. Christel Figgener  
Präsidentin des  
Hessischen Statistischen Landesamtes



Günter Krombholz  
Präsident des  
Thüringer Landesamtes für Statistik

Die vorliegende Publikation ist in zwei Teile gegliedert. Im ersten Abschnitt wird aus dem Blickwinkel von Zeitzeugenberichten der Aufbau der amtlichen Statistik in Thüringen nach der Wiedervereinigung, welche auch in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Statistischen Landesamt erfolgte, dargestellt. Abgerundet wird dieser Teil durch einen kurzen Abriss zum Statistischen Verbund der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder und zum Europäischen Statistischen System.

Im zweiten Abschnitt, der den Hauptteil der Publikation bildet, wird die Entwicklung in Hessen und Thüringen vergleichend dargestellt. In diesem Teil werden Indikatoren aus verschiedenen Themenbereichen der amtlichen Statistik und deren Entwicklung im Zeitverlauf anhand von Grafiken und kurzen, erläuternden Texten dargestellt, i. d. R. beginnend mit dem Jahr 1991. Erst ab diesem Zeitpunkt liegen für beide Länder umfassende vergleichbare statistische Daten vor. Die Angaben zu den Indikatoren beruhen weitgehend auf dem Datenstand von Anfang Mai 2015. Mittlerweile liegen in einigen Bereichen aktuellere Angaben vor. Da der Fokus der Publikation auf der langfristigen Entwicklung der Indikatoren liegt, ist damit keine Einschränkung der Aussagekraft verbunden. Die jeweils aktuellen Zahlen zu den vorgestellten Indikatoren finden Sie auf den Websites [www.statistik-hessen.de](http://www.statistik-hessen.de) und [www.statistik.thueringen.de](http://www.statistik.thueringen.de).

Bei mehreren Indikatoren sind im Laufe der Zeit methodische Änderungen mit Auswirkungen auf die Vergleichbarkeit der Angaben vor und nach dem Änderungszeitpunkt eingetreten. Auf diese wird im Einzelnen gesondert hingewiesen.

Der sogenannte „Zensusknick“ betrifft alle Zeitreihen, die sich auf Einwohner beziehen bzw. bei denen die betrachteten Merkmale auf die Einwohnerzahl bezogen werden. Er ergibt sich dadurch, dass bis 2010 die Bevölkerungsangaben auf der Grundlage der Volkszählung 1987 (alte Bundesländer) bzw. auf der Grundlage des Zentralen Einwohnerregisters (ZER) der neuen Bundesländer mit Stichtag 03.10.1990 beruhen. Im Jahr 2011 wurde in allen Bundesländern eine Bevölkerungszählung (Zensus 2011) durchgeführt. Deren Ergebnisse bildeten die neue Basis für die Fortschreibung der Bevölkerungsdaten, sodass die Vergleichbarkeit der einwohnerbezogenen Angaben vor 2011 mit denen danach eingeschränkt ist. Ausnahmen bilden die Indikatoren C.3 „Studienanfänger“, E.1 „Bruttoinlandsprodukt“ und E.4 „Verfügbares Einkommen“, bei denen die verwendeten Bevölkerungsangaben bis zum aktuellsten Berichtsjahr auf der alten Basis beruhen.

In den Texten, Grafiken und Tabellen werden soweit wie möglich geschlechtsneutrale Begriffe verwendet. In Fällen, in denen dies nicht möglich ist oder es die Lesbarkeit erheblich einschränken würde, sind nur die maskulinen Formen der Bezeichnungen von Personen aufgeführt. Sie betreffen aber immer beide Geschlechter.

Ist von den (Bundes-)Ländern die Rede, so sind damit stets sowohl die Flächenstaaten als auch die Stadtstaaten innerhalb der Grenzen Deutschlands gemeint.

Die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ sowie die Erwerbstätigenrechnung (ETR) des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ unterliegen derzeit einer Revision. Gemäß dem jüngsten Berechnungsstand der VGR des Statistischen Bundesamtes zum August 2014/Februar 2015 lagen für die hier betrachteten Merkmale der VGR (Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung, Verfügbares Einkommen) bei Redaktionsschluss noch keine revidierten (Länder-)Angaben für den Zeitraum 1991 bis 1999 vor. Daher wird für diese Merkmale bei der Betrachtung des Zeitraums 1991 bis 2013 der Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes zum August 2013/Februar 2014 herangezogen. Ähnliches gilt für die ETR: Gemäß dem jüngsten Berechnungsstand zum Februar 2015 lagen für die hier betrachteten Merkmale der ETR (Erwerbstätige, Geleistete Arbeitsstunden) bei Redaktionsschluss noch keine Angaben für den Zeitraum 1991 bis 1999 (Erwerbstätige) bzw. 2000 bis 2007 (Geleistete Arbeitsstunden) vor. Daher wird für diese Merkmale bei der Betrachtung des Zeitraums 1991 bis 2013 (Erwerbstätige) bzw. 2000 bis 2013 (Geleistete Arbeitsstunden) der Berechnungsstand zum Februar 2014 herangezogen. Für beide Rechnungen liegen keine Angaben zum Berichtsjahr 2014 gemäß der Methodik vor der Revision vor.

Die Darstellung der einzelnen Indikatoren wird durch die Tabelle „Hessen und Thüringen im Überblick“ ergänzt. Hierin werden sämtliche betrachteten Merkmale gemäß der Reihenfolge im Hauptteil der vorliegenden Publikation in absoluten Zahlen dargestellt. Dies ermöglicht einen „Größenvergleich“ zwischen Hessen und Thüringen, welcher im Hauptteil nur bruchstückhaft erfolgen konnte.

Die Fußnoten zu den Texten, Grafiken und zur Übersichtstabelle sind im Anhang nachzulesen.



<b>Grußwort des Hessischen Ministerpräsidenten</b>	<b>2</b>
--	----------

<b>Grußwort des Thüringer Ministerpräsidenten</b>	<b>3</b>
---	----------

<b>Vorwort der Amtsleitungen der statistischen Ämter von Hessen und Thüringen</b>	<b>4</b>
---	----------



© Dreaming Andy - Fotolia.com

<b>Vorbemerkungen</b>	<b>6</b>
-----------------------	----------

<b>Von der DDR-Statistik zur Bundesstatistik – Hessen unterstützt die Neuausrichtung der amtlichen Statistik im Land Thüringen</b>	<b>10</b>
--	-----------

<b>Zeitzeugenberichte</b>	<b>11</b>
---------------------------	-----------



© gena96 - Fotolia.com

Zusammenarbeit zwischen den statistischen Ämtern von Hessen und Thüringen im Bereich „Finanzen und Steuern“ .....	11
---	----

Zur Einführung der Finanzstatistiken. Wie alles begann... ..	12
---	----

<b>Ausgewählte Meilensteine</b>	<b>14</b>
---------------------------------	-----------

<b>Hessen und Thüringen im nationalen und internationalen Statistiksistem</b>	<b>16</b>
---	-----------



© koya979 - Fotolia.com

Der Statistische Verbund in Deutschland .....	16
---	----

Europäisches Statistisches System .....	16
---	----

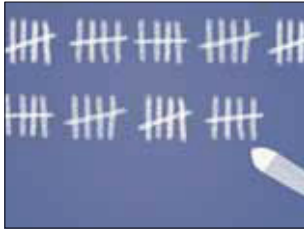
Verhaltenskodex für europäische Statistiken, für die nationalen und gemeinschaftlichen statistischen Stellen .....	17
--	----

<b>Hessen und Thüringen im Vergleich</b>	<b>18</b>
--	-----------

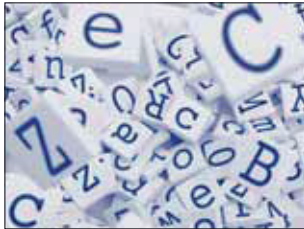


© fotomek - Fotolia.com

A. Bevölkerung .....	19
A.1 Bevölkerungsentwicklung .....	19
A.2 Geburtenziffer .....	20
A.3 Altersstruktur .....	21
A.4 Eheschließungen und Ehescheidungen .....	22
A.5 Gemeindegrößen .....	23
A.6 Ausländische Bevölkerung .....	24



© FM2 - Fotolia.com



© Dreaming Andy - Fotolia.com



© pressmaster - Fotolia.com



© archerix - Fotolia.com



© High\_resolution - Fotolia.com

A.7 Haushaltgröße .....	25
A.8 Umzüge zwischen Hessen und Thüringen .....	26
<b>B. Wahlen .....</b>	<b>27</b>
B.1 Beteiligung bei Bundestagswahlen .....	27
B.2 Stimmenverteilung bei Bundestagswahlen .....	28
<b>C. Bildung und Soziales .....</b>	<b>29</b>
C.1 Kindertagesbetreuung .....	29
C.2 Absolventen und Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen .....	30
C.3 Studienanfänger .....	31
C.4 Studierendenaustausch .....	32
C.5 Lebenslanges Lernen .....	33
C.6 Pflegebedürftige .....	34
C.7 Krankenhausbettendichte .....	35
C.8 Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz .....	36
<b>D. Arbeitsmarkt .....</b>	<b>37</b>
D.1 Erwerbstätige nach Stellung im Beruf .....	37
D.2 Geleistete Arbeitsstunden .....	38
D.3 Erwerbstätigenquote .....	39
D.4 Arbeitslosenquote .....	40
D.5 Berufspendler .....	41
<b>E. Wirtschaft .....</b>	<b>43</b>
E.1 Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt) .....	43
E.2 Bruttoinlandsprodukt (jeweilige Preise) .....	44
E.3 Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen .....	45
E.4 Verfügbares Einkommen .....	46
E.5 Ausgaben für Forschung und Entwicklung .....	47
E.6 Exportquote .....	48
E.7 Gästeankünfte und -übernachtungen .....	49
E.8 Landwirtschaftliche Betriebe .....	50
E.9 Viehbestand .....	51
<b>F. Preise .....</b>	<b>53</b>
F.1 Verbraucherpreise .....	53
F.2 Baulandpreise .....	54
<b>G. Wohnungswesen .....</b>	<b>55</b>
G.1 Fertiggestellte Wohnungen .....	55
G.2 Abgang von Wohngebäuden und Wohnungen .....	56
G.3 Wohnungsbestand .....	57
<b>H. Umwelt und Verkehr .....</b>	<b>59</b>
H.1 Siedlungs- und Verkehrsfläche .....	59
H.2 Endenergieverbrauch .....	60
H.3 CO <sub>2</sub> -Emissionen .....	61



© Tiberius Gracchus - Fotolia.com



© Andreas F. - Fotolia.com

H.4 Haus- und Sperrmüll .....	62
H.5 Kraftfahrzeugbestand .....	63
H.6 Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden .....	64
<b>I. Öffentliche Haushalte .....</b>	<b>65</b>
I.1 Einnahmen und Ausgaben .....	65
I.2 Finanzierungssaldo .....	66
I.3 Schulden .....	67
I.4 Personal .....	68
<b>Anhang .....</b>	<b>70</b>
Hessen und Thüringen im Überblick .....	70
Fußnoten .....	74
Sonstiger Anhang .....	79

## Hessen unterstützt die Neuausrichtung der amtlichen Statistik im Land Thüringen

In der Zeit nach dem Mauerfall wurden in Thüringen zuverlässige statistische Informationen so dringend gebraucht wie selten zuvor oder danach. Galt es doch, die mit der Wiedervereinigung verbundenen Transformationsprozesse auf gesicherter, mit den Angaben für das frühere Bundesgebiet kompatibler Datengrundlage zu planen und zu bewerten. Deshalb musste versucht werden, das System der Bundesstatistik auf dem Gebiet der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) möglichst rasch zu etablieren, einschließlich der veränderten Rolle der amtlichen Statistik in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Dabei war die Frage der Vergleichbarkeit der Ergebnisse der DDR-Statistik mit denen der Bundesstatistik sehr dringlich, um Rückrechnungen anstellen zu können.

Am Handwerklichen änderte sich für die Thüringer Statistiker durch die Einführung der Bundesstatistik nicht viel. Den entscheidenden Unterschied formulierte der Beauftragte zur Bildung des Thüringer Landesamtes für Statistik (TLS) in einem Interview mit der Thüringer Allgemeinen vom 19. März 1991 so: „... alle unsere Berichte und Erhebungen verschwinden nicht mehr in Tresoren, sondern werden veröffentlicht. Die konkreten Daten für unsere Berichte, die wir von Einzelpersonen und Betrieben bekommen, unterliegen allerdings strengstem Datenschutz.“ Als Mittel der staatlichen Planung und Kontrolle waren statistische Ergebnisse in der DDR nur für einen eng begrenzten Führungszirkel zugänglich. Was der Öffentlichkeit in welcher Form präsentiert wurde, wurde weitestgehend von Politikern entschieden.

### Keine Berichte für Tresore Landesamt für Statistik: Interviewer müssen Schweigen können

Für sich allein genommen wäre die zügig durchgeführte Umstellung auf das System der Bundesstatistik bereits eine bemerkenswerte Leistung gewesen. Aber parallel mussten sämtliche organisatorischen und personellen Strukturen grundlegend umgebaut und den neuen föderalen Bedingungen angepasst werden. Die Vorgaben des Statistischen Bundesamtes beschränkten sich auf die gesetzlich fixierte methodische Zuständigkeit für die per Gesetz angeordneten Bundesstatistiken sowie auf eine organisatorische Federführerschaft im Verbund der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder. In Thüringen waren dazu die

drei Bezirksstellen der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik (SZS) in Erfurt, Gera und Suhl und 35 Kreisstellen mit anfangs rund 550 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern „abzuwickeln“ und daraus eine Obere Landesbehörde im nachgeordneten Bereich des Thüringer Innenministeriums zu bilden. Besonders zu bemerken ist, dass in Thüringen als einzigem der neuen Bundesländer eine kontinuierliche Tätigkeit des Arbeitsstabes zur Bildung des Statistischen Landesamtes bis zum Abschluss ermöglicht wurde. Während in den anderen neuen Bundesländern die Leiter durch amtsfremde Personen ersetzt wurden, blieb die personelle Besetzung in Thüringen unverändert.

Rückblickend kann festgehalten werden, dass die inhaltlichen und formalen Umstrukturierungen im TLS sehr erfolgreich verliefen: Die Mitarbeiterzahl wurde auf ein an das neue Bundesstatistiksystem angepasstes Maß reduziert, die Standorte wurden neu ausgerichtet, und die Bundesstatistiken konnten innerhalb kürzester Zeit erstellt werden. Dieser erfolgreiche Umgestaltungsprozess ist auch auf die Unterstützung aus Hessen zurückzuführen.<sup>1)</sup>

Durch die vereinbarte Verwaltungshilfe entwickelte sich eine enge Partnerschaft. Im Rahmen von Arbeitstreffen, Sitzungen und auch mehrtägigen Aufenthalten wurde die strukturelle Ausrichtung des TLS bzgl. einzelner Standorte erörtert. Teil der Partnerschaft waren auch Grundsatzfragen sowie Inhalte, Bedingungen und Aufbereitungswege einzelner Erhebungen. Hierfür wurden für die einzelnen Statistikbereiche Konsultanten aus dem Hessischen Statistischen Landesamt (HSL) benannt, welche als erste Ansprechpartner in Fachfragen fungierten.



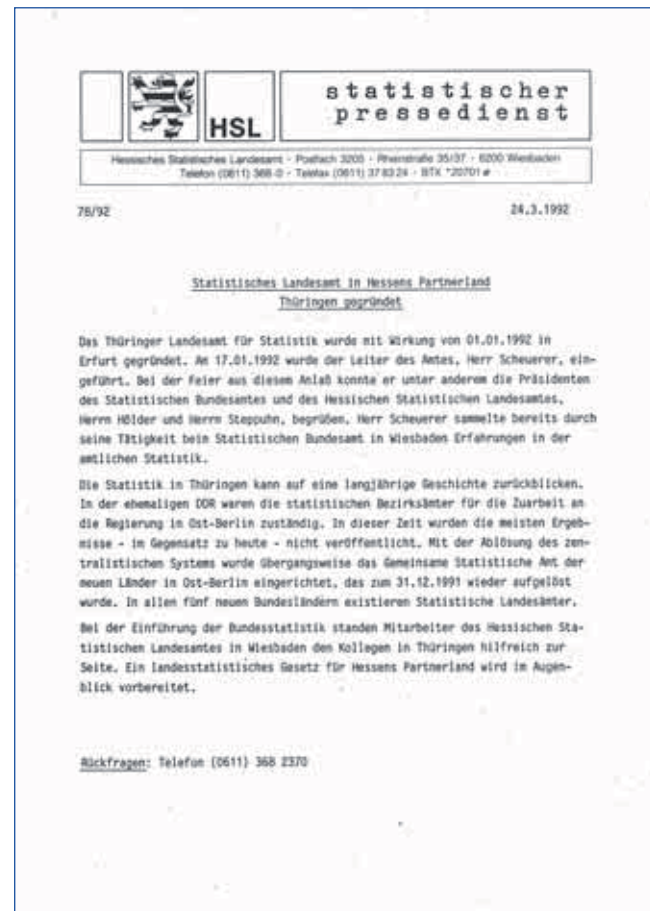
## Zusammenarbeit zwischen den statistischen Ämtern von Hessen und Thüringen im Bereich „Finanzen und Steuern“

Siegfried Bayer (Hessisches Statistisches Landesamt)

Als die Planungen zu der vorliegenden Veröffentlichung „25 Jahre Deutsche Einheit: Hessen und Thüringen – Nachbarn im Mittelpunkt“ starteten, bestand von Anfang an der Wunsch, dass die Broschüre neben einem statistischen Teil zur Entwicklung von Bevölkerung, Gesellschaft und Wirtschaft seit der Wiedervereinigung auch Zeitzeugenberichte zur konkreten Unterstützung des TLS durch das HSL bzw. zur späteren Zusammenarbeit zwischen den Häusern enthalten sollte. Bei den sich anschließenden Recherchen des Veröffentlichungsreferates wurde rasch klar, dass im HSL nur noch sehr vereinzelt Notizen oder Dokumente zu dieser Zusammenarbeit existieren, auf die man zurückgreifen kann. Außerdem sind viele der Zeitzeugen heute nicht mehr im aktiven Dienst, und die Kontaktaufnahme zeigte, dass die Erinnerungen mittlerweile verblasst sind. Ähnliches gilt für den Autor dieses Beitrags. Zur Zeit der Wiedervereinigung war ich seit vier Jahren im HSL angestellt und seit einem Jahr als junger Referent im Referat „Steuern“ tätig. Meine Recherche nach möglicherweise vorhandenen Aufzeichnungen zur konkreten Unterstützung und späteren Zusammenarbeit mit den Kolleginnen und Kollegen aus dem TLS blieb ergebnislos. Vielleicht ist dies aber auch ein Vorteil, da der Rückblick damit auf einzelne, im Gedächtnis verbliebene „Höhepunkte“ zurückgreift.

Im Laufe des Jahres 1990 liefen in der amtlichen Statistik in Deutschland die Vorbereitungen zur Einführung der angeordneten Bundesstatistiken in den neuen Ländern an. Für mich wurden diese Vorbereitungen direkt spürbar, als der damalige Präsident des HSL, Herr Götz Steppuhn, im Frühjahr 1990 über die Vereinbarung mit den Amtsleitungen der drei Bezirksämter in Erfurt, Gera und Suhl berichtete und der Startschuss für eine Zusammenarbeit zwischen den Statistikerinnen und Statistikern in Hessen und Thüringen erfolgte, verbunden mit dem Auftrag an die Fachabteilungen, Kontakt zu den Fachkollegen im TLS aufzunehmen, um mögliche Unterstützungsleistungen abzustimmen (ein „sichtbares“ Ergebnis der Zusammenarbeit war der 1991 erschienene Statistische Bericht „Ausgewählte Strukturdaten für die kreisfreien Städte und Landkreise Hessens und Thüringens – Fläche, Bevölkerung, Wohnungen, Wahlen“, der in Zusammenarbeit mit der Vorläuferinstitution des TLS erstmals ausgewählte thüringische und hessische Re-

gionaldaten der amtlichen Statistik in einem Vergleich darstellte). Das HSL war damit offizielles Partnerlandesamt der Thüringer Statistikbehörde, dem späteren TLS, und es kam rasch zu fachlichen Sondierungstreffen zwischen den Fachstatistikern verschiedener Fachabteilungen aus beiden Ämtern. So gab es auch ein Fachgespräch des Statistikbereichs „Finanzen und Steuern“ im HSL, und zwar für den Bereich „Finanzen“ unter Beteiligung von Frau Witter (TLS) und Herrn Schuchmann (HSL) sowie für den Bereich „Steuern“ von Frau Schnetter (TLS) und mir. Ich kann mich noch recht gut an das erste Treffen erinnern, denn so manche Erwartung, die ich als junger „Wessi“ im Kopf hatte, wurde nicht bestätigt. Z. B. war ich davon ausgegangen, dass der IT-Einsatz in der Statistik der DDR eher dürftig gewesen sei. Dies stellte sich als Irrtum heraus; ein umfassender IT-Einsatz war gängige Praxis gewesen und entsprechende Erfahrungen vorhanden. Vor dem ersten Treffen hatte ich mich auch gezielt auf Fragen bzgl. des Statistikerstellungsprozesses eingestellt – dies war völlig überflüssig, denn die erforderlichen Kenntnisse waren lückenlos vorhanden. Daher konzentrierten sich die Unterstützungsleistungen auf die konkreten Fachfragen zur Durchführung der gesetzlich angeordneten Steuerstatistiken. Hier konnten bereits während dieses ersten Treffens große Fortschritte erzielt



werden. Weitere Unterstützungen und Beratungen liefen mittels Telefonaten, teilweise auch mit Besuchen ab. Leider habe ich an die konkrete Einführung der gesetzlichen Steuerstatistiken in Thüringen keine Erinnerung mehr. Dies liegt sicher daran, dass die Integration der vorhandenen Aufbereitungsprogramme und die Aufbereitungsarbeiten überwiegend ohne größere Probleme vollzogen werden konnten.

Und es gab noch eine weitere Besonderheit: Anfang der 90er-Jahre war der gehobene und höhere Dienst im HSL noch von Männern dominiert, und dieses hatte ich auch für die amtliche Statistik in den neuen Ländern unterstellt. Die Situation in den neuen Ländern zeigte sich aber völlig anders, denn die entsprechende Statistikausbildung war dort eine typische Frauendomäne und der Frauenanteil deutlich höher.

Im Statistischen Verbund gab es seinerzeit Bedenken, dass die Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen den statistischen Landesämtern und dem Statistischen Bundesamt schwieriger werden könnte, da anstelle von elf nun 16 Landesämter an den Amtsleiterkonferenzen und Referentenbesprechungen teilnahmen. Die Zusammenarbeit funktionierte aber auch weiterhin sehr gut; größere Probleme sind mir nicht im Gedächtnis geblieben. Vielmehr war und ist das Hinzustoßen der neuen statistischen Landesämter als Bereicherung des Statistischen Verbunds der amtlichen Statistik zu verbuchen. Dies gilt auch für die konkrete Unterstützung und Zusammenarbeit bei den Fachstatistiken. Letztlich haben sowohl die neuen als auch die alten Landesämter davon profitiert.

## Zur Einführung der Finanzstatistiken. Wie alles begann...<sup>2)</sup>

*Gudrun Witter (Thüringer Landesamt für Statistik)*

Mit der Grenzöffnung am 9. November 1989 und dem damit fast schon vorhersehbaren Ende der DDR wurde auch das Ende der amtlichen DDR-Statistik eingeläutet. Die für das Berichtsjahr 1989 bereits angelaufenen Jahresstatistiken über Finanzvorgänge in den volkseigenen Betrieben (VEB) und Kombinatn wurden im Frühjahr 1990 noch zu Ende geführt, während ausgewählte Statistiken anderer Bereiche auch nach dem „Umbruchjahr“ weitergeführt wurden. Das darauf folgende Jahr 1990 war für uns alle in jeder Hinsicht ein turbulentes Jahr mit tiefgreifenden Veränderungen auf allen Ebenen. Das betraf natürlich auch die amtliche Statistik.

Die erste in den neuen Ländern einzuführende Bundesstatistik war die Verbraucherpreisstatistik, die durch Mitarbeiter der Bezirksstellen sowie der bis dato noch existierenden Kreisstellen als Erhebungsbeauftragte unterstützt wurde.

[...]

Im zweiten Halbjahr 1990 fand eine erste gemeinsame Schulung der künftigen Mitarbeiter im Bereich der Statistiken Finanzen und Personal im öffentlichen Dienst für die fünf neuen Bundesländer durch Mitarbeiter des Statistischen Bundesamtes sowie mehrerer Landesämter der alten Bundesländer im Schulungszentrum der ehemaligen Zentralstelle für Statistik in der Egon-Schulz-Straße in Berlin statt.

Später folgte ein eintägiger Besuch von Frau Schnetter und mir bei unseren Kollegen im hessischen Partnerlandesamt, wo wir sehr herzlich begrüßt und betreut wurden. Dieser Tag wird uns beiden wohl immer in Erinnerung bleiben, denn innerhalb weniger Stunden erfuhren wir alles Wichtige, angefangen bei der Erstellung der Erhebungsbögen über deren Versand, den Einzug der Erhebungsbögen, die Plausibilisierung der Daten bis hin zur Ergebnisbereitstellung. Ich erfuhr alles über die Finanzstatistiken, Frau Schnetter wurde damals in die Geheimnisse der Steuerstatistiken eingeweiht. Den hessischen Kollegen gebührt dafür heute noch unser Dank.

Beladen mit einem Übermaß an neuem Wissen und einigen „ausgemusterten“ Exemplaren des Nachschlagewerkes „Kommunalhaushalt in Schlagworten“ sowie diverser Muster-Erhebungsunterlagen, kehrten wir hochmotiviert nach Thüringen zurück. Dort warteten neben wissbegierigen und engagierten Kollegen eine Menge leerer Aktenordner und -schränke auf uns, um ab dem 1. Vierteljahr 1991 gemeinsam in das Abenteuer „Bundesstatistik“ zu starten.

Als erste Bundesstatistik stand die „Vierteljahresstatistik der Gemeindefinanzen“ – auch Kassenstatistik genannt – auf dem Plan. [...] Erwartungsgemäß war die Resonanz auf die Aufforderung zur Berichterstattung seitens der Auskunftspflichtigen sehr unterschiedlich. Bei den berichtspflichtigen Gemeinden, Landkreisen und Verwaltungsgemeinschaften brach nicht unbedingt allorts Jubel aus, als die ersten Erhebungsunterlagen eintrafen, hatten diese Verwaltungen doch auch so genug eigene Probleme. Leider liegen die damals eingegangenen Briefe nicht mehr vor, worin z. B. ein Bürgermeister schrieb, er habe sowieso kein Geld in der Gemeindekasse und würde aus diesem Grunde keine Kassenstatistik erstellen. Für die aufgezeigten Probleme hatten wir durchaus Verständnis, denn die neuen Finanzstatistiken waren sowohl für die Berichtspflichtigen als auch für

uns Statistiker völliges Neuland, denn mit den Gliederungs- und Gruppierungsplänen der kommunalen Haushaltssystematik hatte bisher niemand zu tun gehabt. Erschwerend kam hinzu, dass zu diesem Zeitpunkt noch wichtige gesetzliche Grundlagen wie die Thüringer Gemeindehaushaltsordnung, die Thüringer Landkreisordnung sowie die Kommunale Haushaltssystematik für Thüringen fehlten.

Deshalb war es nicht verwunderlich, dass in der Anfangszeit enorme Probleme inhaltlicher und terminlicher Natur an der Tagesordnung waren, die gemeinsam abzubauen bzw. zu beheben waren.

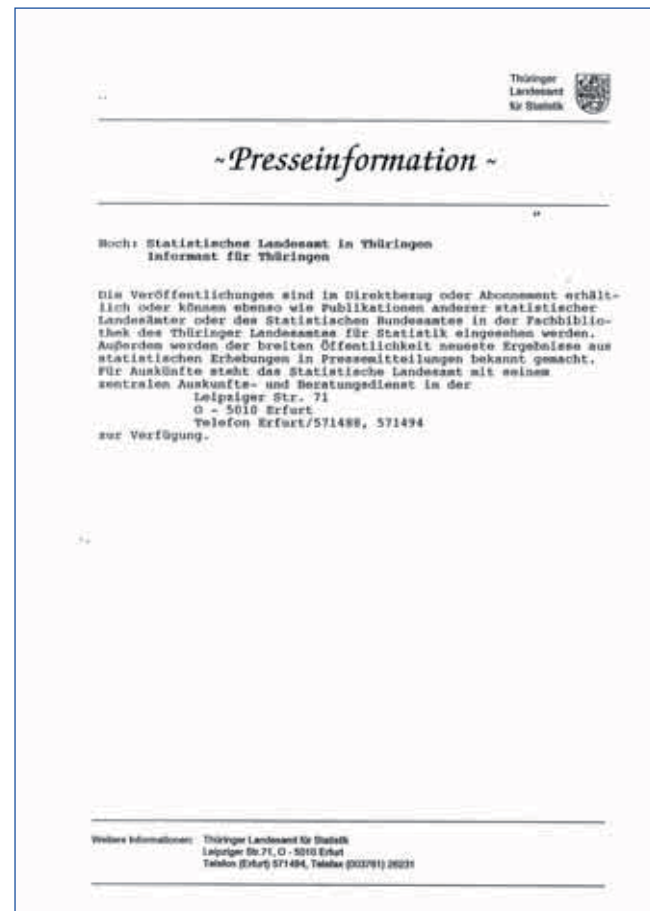
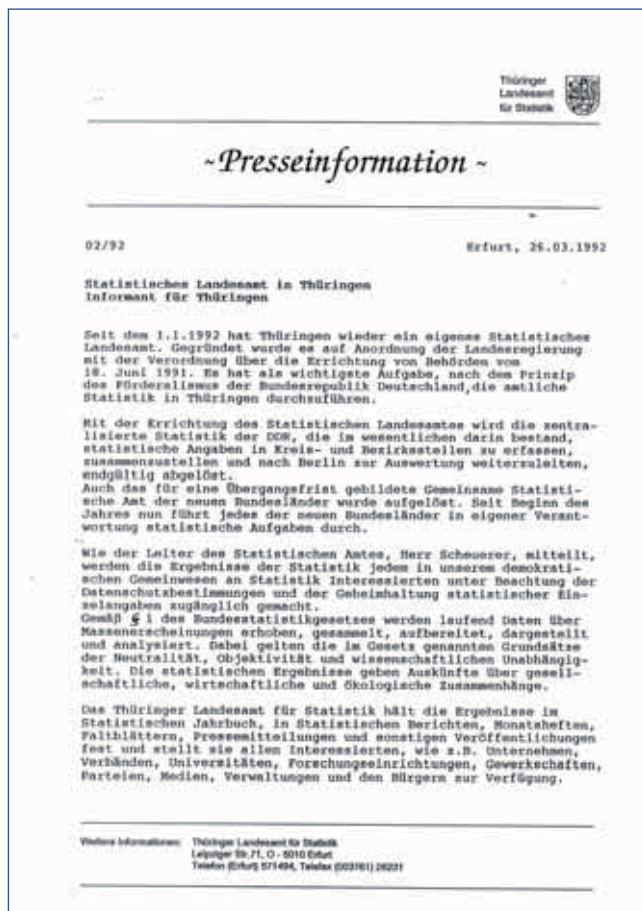
Die maschinelle Abarbeitung erfolgte im ersten Jahr noch über das im Herbst 1990 neu gebildete Gemeinsame Statistische Amt der neuen Bundesländer (GeStAL). Die im Datenverarbeitungszentrum (DVZ) Suhl erfassten Daten wurden damals noch mittels Magnetband und Kurier übergeben. In Berlin wurden die Prüflisten (Plausibilisierung) er-

stellt und per Post bzw. Kurier an die Länder versandt. Trotz des damit verbundenen hohen Zeitaufwandes konnten bereits ab dem ersten Vierteljahr 1991 – zwar noch mit inhaltlichen Schwächen und kleineren Terminverzügen – Ergebnisse an das Statistische Bundesamt übermittelt werden, worauf wir zu Recht stolz sein konnten.

[...]

In den ersten Jahren erhielten wir weiter tatkräftige Unterstützung durch Kollegen unserer Partnerlandesämter Hessen und Rheinland-Pfalz bei Besuchen in Wiesbaden und Bad Ems unsererseits bzw. bei Gegenbesuchen hier bei uns in Thüringen durch unsere „Westkollegen“. Zu vergessen sind natürlich nicht unsere Kollegen aus dem Statistischen Bundesamt, die uns in all den Jahren mit Rat und Tat beiseite standen.

[...]



Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion der beiden deutschen Staaten; in der DDR Ablösung der DDR-Mark durch die D-Mark

Bildung des Gemeinsamen Statistischen Amtes der neuen Bundesländer (GeStAL)

Einführung der neuen Währung „Euro“ in den Ländern der Eurozone einschl. Deutschland



© Photocreo Bednarek - Fotolia.com

Fall der Mauer

Verfassungsgesetz zur Bildung von Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik (Ländereinführungsgesetz) beschlossen

Gültigkeit des Bundesstatistikgesetzes in den neuen Ländern

09.11.1989 · 19.02.1990 · 01.07.1990 · 22.07.1990 · 03.10.1990 · 01.01.1991 · Dezember 1991 · 01.01.1992 · 01.01.2002

Erster Besuch des Präsidenten des Hessischen Statistischen Landesamtes in Erfurt



Bis 1998 Sitz des Thüringer Landesamtes für Statistik an der Leipziger Straße in Erfurt

Das erste Statistische Jahrbuch Thüringen erscheint

Seit August 1998 Sitz des Thüringer Landesamtes für Statistik am Europa-platz in Erfurt



Errichtung des Thüringer Landesamtes für Statistik





April 2002 · Februar 2003 · 14.01.2006 · 2008 · 20.05.2009 · 09.05.2011 · 28.09.2011 · 16.07.2012 · Juni 2013

60 Jahre Hessisches Statistisches Landesamt

Seit Oktober 1954 Sitz des Hessischen Statistischen Landesamtes an der Rheinstraße in Wiesbaden



Festakt zum 20-jährigen Bestehen des Thüringer Landesamtes für Statistik

## Der Statistische Verbund in Deutschland<sup>3)</sup>

Die Bundesstatistik wird durch Bundesgesetze geregelt. Die Durchführung der Bundesgesetze ist nach Artikel 83 des Grundgesetzes (GG) jedoch grundsätzlich Sache der Länder. Daher ist die Bundesstatistik ein Gemeinschaftsprodukt, das im Wesentlichen von den 14 Statistischen Ämtern der Länder und vom Statistischen Bundesamt erstellt wird. Der Begriff „Statistischer Verbund“ bezeichnet diese Arbeitsgemeinschaft, der Begriff „regionale Dezentralisierung“ das dahinter stehende Prinzip.

Die Statistischen Ämter der Länder sind dienstrechtlich und finanziell vom Bund unabhängige Landesbehörden und gegenüber dem statistischen Bundesamt und den Bundesministerien nicht weisungsgebunden. Dies folgt aus dem föderalen Aufbau der Bundesrepublik Deutschland. Da die Länder in der Einrichtung ihrer Behörden nach Artikel 84 Absatz 1 GG frei sind, gibt es nicht einen bestimmten Typus eines statistischen Landesamtes. Vielmehr sind die Organisationsmodelle sehr unterschiedlich, ebenso wie die Geschichte der jeweiligen Behörden, die zum Teil weit ins 19. Jahrhundert zurückreicht<sup>4)</sup>. Auch existieren Kooperationen unter den Ländern, sodass nicht mehr jedes Bundesland eine eigene Behörde für Statistik unterhält<sup>5)</sup>.

Der hergebrachte Arbeitsschnitt zwischen dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Ämtern der Länder geht davon aus, dass die meisten Statistiken von der Erhebung bis zur Aufbereitung des jeweiligen Landesergebnisses in den 14 Statistischen Ämtern der Länder parallel produziert werden. Eine völlige Parallelität aller Arbeiten gab es indessen nie, denn schon in den sechziger Jahren praktizierten die statistischen Ämter eine Kooperation in der Entwicklung von Aufbereitungssoftware, die sogenannte Verbundprogrammierung. Statistische Ämter des Bundes und der Länder vereinbarten Anfang 2003 einen „Masterplan zur Reform der amtlichen Statistik“.

Entlang dieses Masterplans haben die statistischen Ämter die Zusammenarbeit auf den Statistikerstellungsprozess ausgedehnt. Dabei bereitet ein Amt für andere Ämter die statistischen Daten auf. Grundlage dafür ist § 3a des Bundesstatistikgesetzes (BStatG). § 16 Absatz 2 Satz 2 BStatG erlaubt die hierzu erforderliche Übermittlung von Einzeldaten. Zu diesen bundesgesetzlichen Bestimmungen tritt die „Rahmenvereinbarung über eine ämterübergreifende Aufgabenerledigung in der amtlichen Statistik“, die Bund und Länder im Frühjahr 2006 geschlossen haben und die

das Prinzip „Einer (oder einige) für alle“ mit Wettbewerbselementen kombiniert.

Die optimierte Kooperation hat eine fachliche Spezialisierung vieler Ämter bewirkt, die heute jeweils eine „Patenschaft“ für thematisch verwandte Bündel von statistischen Erhebungen übernommen haben. So ist beispielsweise Hessen Pate für die Bereiche „Private Haushalte / Erwerbstätigkeit“ sowie „Bildung / Kultur“ und Thüringen für den Bereich „Löhne / Gehälter“.

Die statistischen Ämter des Verbundes haben sich Ende 2012 darauf verständigt, ihre gemeinsame Strategie durch ein abgestimmtes Bündel von Maßnahmen zu verfolgen. Die „Strategische Schwerpunkteplanung des Verbundes“ umfasst Maßnahmen, die entlang ausgewählter Handlungsfelder und damit verbundener Ziele gemeinsam im Verbund festgelegt, geplant und umgesetzt werden. Die aktuell rund 40 Maßnahmen beschäftigen sich vor allem mit der Qualität der Bundes- und europäischen Statistiken sowie mit ihrer methodisch-technischen Weiterentwicklung. Ein weiteres Handlungsfeld ist die Außenwahrnehmung des Statistischen Verbundes. Unter der Dachmarke „Statistische Ämter des Bundes und der Länder“ werden unterschiedlichste Produkte gemeinsam entwickelt und vertrieben. Die zentrale Plattform für den Zugang zu diesen Angeboten bildet das Statistikportal (<http://www.statistik-portal.de>). Von hier aus lassen sich Angebote wie die Regionaldatenbank Deutschland, der Regionalatlas oder die Statistische Bibliothek erreichen. Auch das Thema „Optimierte Kooperation“ spielt weiterhin eine wichtige Rolle.

## Europäisches Statistisches System

Das Europäische Statistische System (ESS) besteht aus dem Statistischen Amt der Europäischen Union (Eurostat), den nationalen statistischen Ämtern (NSÄ) und anderen einzelstaatlichen Stellen, die in den einzelnen Mitgliedstaaten für die Entwicklung, Erstellung und Verbreitung europäischer Statistiken zuständig sind. Das Statistische Bundesamt wirkt zusammen mit den Statistischen Ämtern der Länder und den anderen deutschen Datenproduzenten europäischer Statistiken an der Weiterentwicklung des ESS und der Gestaltung des Statistischen Programms auf europäischer Ebene mit. Eurostat, eine Generaldirektion der EU-Kommission in Luxemburg, ist die für die Entwicklung, Erstellung und Verbreitung europäischer Statistiken zuständige statistische Stelle der Gemeinschaft.<sup>3)</sup>

Am 1. April 2009 trat die „Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über europäische Statistiken“

(EG) Nr. 223/2009 in Kraft. Diese Verordnung stellt auf europäischer Ebene das Pendant zum deutschen Bundesstatistikgesetz dar. Sie etabliert Regeln für das Zusammenwirken von Eurostat und den NSÄ und regelt u. a. die Koordinierung der Entwicklung, Erstellung und Verbreitung europäischer Statistiken in den Mitgliedstaaten durch das jeweilige nationale statistische Amt (Deutschland: das Statistische Bundesamt) sowie die Qualität statistischer Arbeit: Ein eigener Artikel definiert u. a. die Qualitätskriterien; es



© jorisvo - Fotolia.com

sollen in allen Statistiken Qualitätsberichte erstellt werden; Qualitätsziele können in einzelstatistischen Verordnungen festgelegt werden. Bereichsspezifische Regelungen treffen die statistischen Einzelverordnungen. Das Rechtssetzungsverfahren vor dem Europäischen Rat und Parlament zur Revision der Verordnung über europäische Statistiken (EG) Nr. 223/2009 ist abgeschlossen. Die VERORDNUNG (EU) 2015/759 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 29. April 2015 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 223/2009 über europäische Statistiken wurde am 19.05.2015 im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht und trat am 08.06.2015 in Kraft. Diese Revision der Europäischen Statistikverordnung hat neben einer Stärkung der Governance des ESS folgende Ziele: Klarstellung der koordinierenden Rolle der NSÄ, Sicherstellung der fachlichen Unabhängigkeit der NSÄ und seiner Leitungen, Nutzung sogenannter „Verpflichtungen für zuverlässige Statistiken“ (Commitments on Confidence) als Grundlage für die Umsetzung des Verhaltenskodex und verstärkte Verwendung von Verwaltungsdaten.<sup>3)</sup>

Mit der fortschreitenden Integration in der Europäischen Union stammen mehr und mehr gesetzliche Vorgaben für die amtlichen Statistiken der Mitgliedstaaten von dort. Deshalb bestimmt zunehmend das Recht der Europäi-

schen Union (EU) die Erhebungen der amtlichen Statistik in Deutschland und den Ländern. Die europäische Gesetzgebung schreibt in vielen Fällen lediglich vor, welche Ergebnisse bereitzustellen sind, und überlässt es den Mitgliedstaaten, zu entscheiden, auf welche Weise die Daten gewonnen werden. Daher ist die Datenerhebung für die meisten europäischen Statistiken (Statistiken für Zwecke der EU) in Deutschland nochmals in separaten Bundesgesetzen geregelt. Grundsätzlich sind europäische Statistiken und Bundesstatistiken eng abgestimmt, sodass Daten, die für Bundesstatistiken erhoben wurden, auch für europäische Statistiken verwendet werden können. Umgekehrt dienen die Bundesstatistiken auch Länderzwecken.

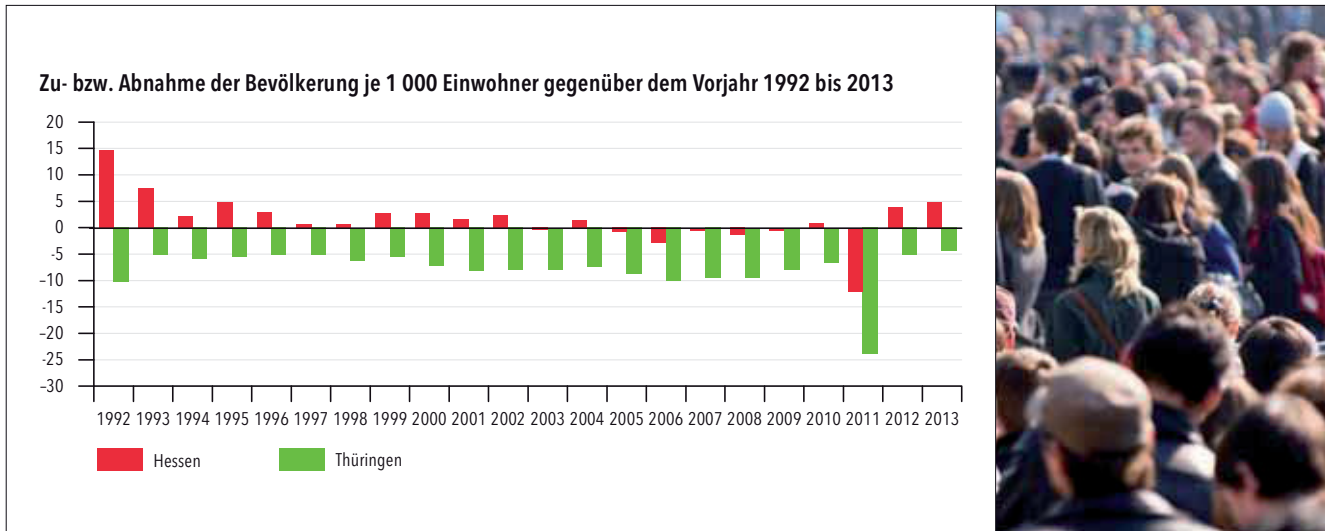
## Verhaltenskodex für europäische Statistiken, für die nationalen und gemeinschaftlichen statistischen Stellen

Der „Ausschuss für das Europäische Statistische System“ hat erstmals im Mai 2005 einen „Verhaltenskodex für europäische Statistiken“ (Code of Practice) verabschiedet und am 28.09.2011 eine überarbeitete und aktualisierte Version beschlossen. Der Verhaltenskodex prägt das statistische Handeln auf Bundes- wie auch auf Landesebene.

Der Verhaltenskodex besteht aus 15 Grundsätzen zum institutionellen Rahmen der Statistikerstellung, zu den statistischen Prozessen und zu den statistischen Produkten. Diese Grundsätze werden durch eine Vielzahl von überprüfbaren Indikatoren konkretisiert. So soll sichergestellt werden, dass die amtliche Statistik in allen Mitgliedstaaten nach anerkannten wissenschaftlichen Verfahren, frei von externer Einflussnahme und unter Einhaltung gemeinsamer Qualitätsstandards durchgeführt wird.

Für die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder ist der Code of Practice als zentrale Qualitätsleitlinie eine wichtige Orientierung für die Erstellung und Verbreitung von Statistiken. Sie bekennen sich zum Verhaltenskodex für europäische Statistiken und sehen die Qualitätsanforderungen als verbindlich an. Der Verhaltenskodex hat seit seiner Verabschiedung die Arbeit der statistischen Ämter stark beeinflusst. Die Qualität statistischer Daten und die Integrität und Unabhängigkeit der statistischen Ämter sind noch mehr in den Blickpunkt gerückt.

# Hessen und Thüringen im Vergleich



© Dmitry Nikolaev - Fotolia.com

## Bevölkerungsentwicklung: Plus in Hessen, Minus in Thüringen

Geburten und Sterbefälle sowie Zu- und Abwanderungen sind die Komponenten, die bestimmen, wie stark die Bevölkerung einer Region wächst oder schrumpft.

Zum Stichtag 31.12.2013 hatte Hessen rund 6,05 Millionen Einwohner; die Bevölkerung war damit im Vergleich zu 1991

(5,84 Millionen) um 3,6 % gewachsen. Kennzeichnend für die hier dargestellte zeitliche Periode waren Sterbefallüberschüsse, die außer 1997 Jahr für Jahr registriert wurden. Die Sterbefallüberschüsse wurden jedoch in den meisten Jahren, ausgenommen 2003 und 2005 bis 2009, durch das Wanderungsgeschehen mehr oder weniger kompensiert, sodass die Bevölkerungszahl unter dem Strich anstieg. Der in der obigen Grafik erkennbare, außergewöhnlich hohe Rückgang im Jahr 2011 bildet das Geschehen allerdings nicht real ab, sondern ist auf die Neujustierung der Bevölkerungsfortschreibung auf der Basis der Ergebnisse des Zensus 2011 zurückzuführen, was natürlich auch für Thüringen gilt. Die Jahre 2012 und 2013 weisen wieder eine steigende Tendenz auf.

In Thüringen, wo Ende 2013 rund 2,16 Millionen Einwohner gemeldet waren, lag die Zahl um 16 % unter der von 1991 (2,57 Millionen). Allein im Jahr 1992 verlor Thüringen Bevölkerung in der Größenordnung einer Kleinstadt wie etwa Griesheim (Hessen) oder Ilmenau (Thüringen). Auch hier waren Sterbefallüberschüsse kennzeichnend, doch anders als in Hessen konnten die Wanderungsgewinne, die in den Jahren 1992 bis 1996 und zuletzt 2013 erzielt werden konnten, das Geburtendefizit nicht annähernd ausgleichen.

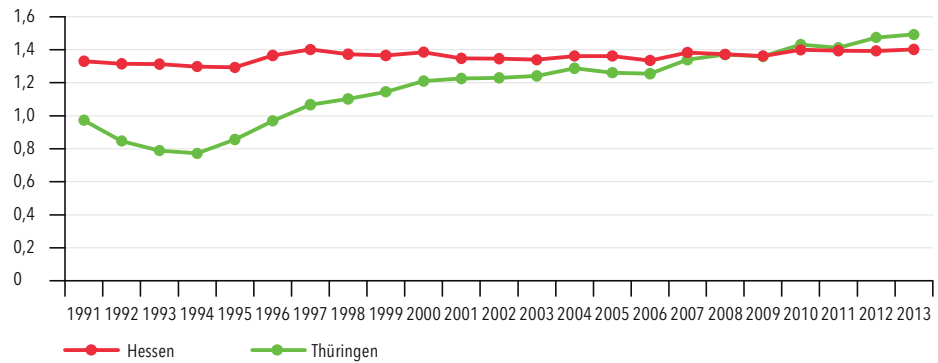
Den mit Abstand höchsten Bevölkerungszuwachs hatte Hessen zu Beginn der 90er-Jahre; Thüringen verzeichnete zum gleichen Zeitpunkt den höchsten Bevölkerungsverlust (vgl. S. 20). Annähernd gleich hoch lagen in Thüringen die Verluste in den Jahren 2005 bis 2009, genau in dem gleichen Zeitraum, in dem auch in Hessen die Einwohnerzahl mangels Zuwanderung sank.



© style-photography - Fotolia.com



Zusammengefasste Geburtenziffer (Kinderzahl je Frau) 1991 bis 2013



© candy1812 - Fotolia.com

## Geburtenziffer in Hessen derzeit stagnierend, in Thüringen steigend

Die zusammengefasste Geburtenziffer gibt an, wie viele Kinder eine Frau im Laufe ihres Lebens bekommen würde, wenn ihr Geburtenverhalten so wäre wie das aller Frauen zwischen 15 und 49 Jahren im jeweils betrachteten Jahr. Die absolute Zahl potenzieller Mütter spielt dabei keine Rolle. Die zusammengefasste Geburtenziffer ist die am häufigsten verwendete Kennziffer zur Charakterisierung des aktuellen Geburtenniveaus. Sie dient als Ersatz für die tatsächlichen durchschnittlichen Geburtenzahlen je Frau, weil diese erst dann festgestellt werden können, wenn die Frauen das gesamte gebärfähige Alter durchlaufen haben.

Rein rechnerisch müsste jede Frau im Laufe ihres Lebens 2,1 Kinder gebären, damit der Bevölkerungsstand sozusagen auf „natürlichem Wege“ gehalten werden kann. In Hessen wurden derartig hohe Geburtenziffern zuletzt Ende der 60er- und in Thüringen zu Beginn der 70er-Jahre des vorigen Jahrhunderts verzeichnet.

Geringe Geburtenziffern sind das Resultat des Verzichts vieler Frauen auf Kinder und das Verschieben der Erfüllung des Kinderwunsches auf ein höheres Lebensalter, wobei dann häufig weitere Geschwisterkinder ausbleiben. Die Ursachen, die zu der Änderung des Geburtenverhaltens führen können, sind äußerst vielfältig und können im gegebenen Rahmen nicht im Einzelnen erläutert werden. Auf die veränderten Lebensbedingungen nach dem politischen Umbruch im Osten Deutschlands reagierten die Frauen zunächst mit einem weitgehenden Verzicht auf Kinder. Das

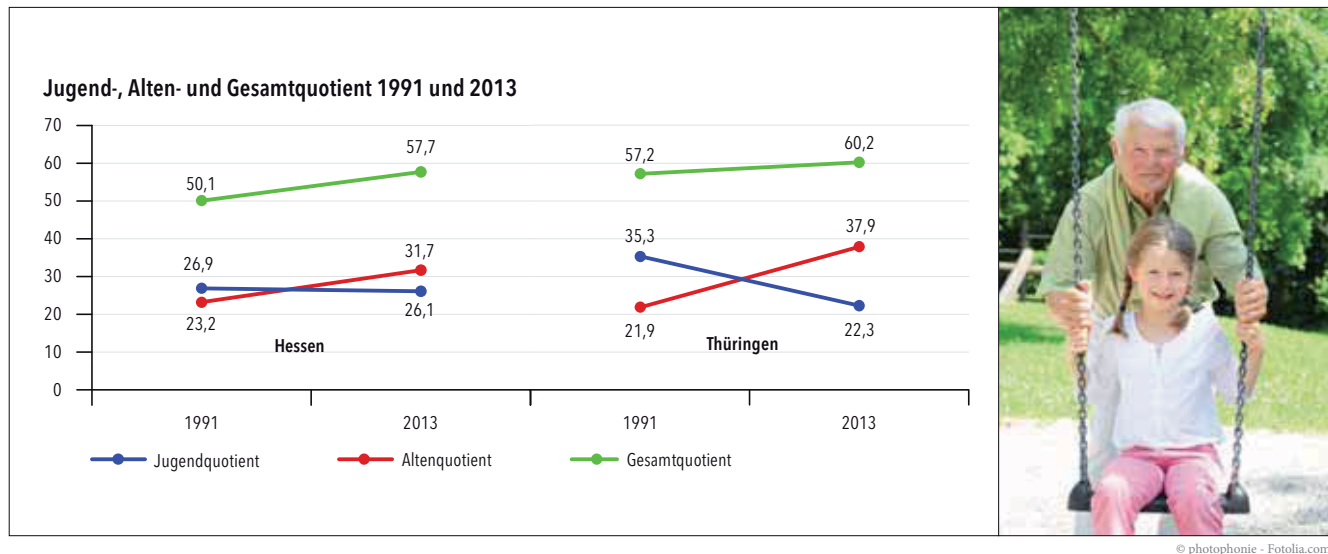
verdeutlicht der Vergleich der Kennzahlen zur Geburtenhäufigkeit von Hessen und Thüringen.

Während in Hessen die Kinderzahl je Frau von 1,33 im Jahr 1991 eher geringfügig auf 1,29 im Jahr 1995 sank, brach in Thüringen die Geburtenhäufigkeit regelrecht ein. 1991 ergab sich ein rechnerischer Wert von 0,97 Kindern je Frau – gegenüber 1,50 im Jahr zuvor. Das absolute Tief wurde 1994 mit 0,77 Kindern je Frau erreicht.

Nach 1995 schwankte die Geburtenziffer in Hessen geringfügig zwischen 1,34 (2003 sowie 2006) und 1,40 (1997, 2010 sowie 2014). In Thüringen hingegen stieg die Geburtenhäufigkeit ab 1995 fast kontinuierlich an und liegt seit 2010 über dem Niveau Hessens. Für das Jahr 2013 wurde in Thüringen mit 1,49 Kindern je Frau die seit 1991 höchste Geburtenziffer berechnet.



© Trueffelpix - Fotolia.com



## Altersstrukturen im Wandel

Die Sicherung der Renten, der Bau von Pflegeeinrichtungen und die Schließung von Schulen sind nur einige wenige Beispiele für Themen, die im Zusammenhang mit Veränderungen der Altersstruktur der Bevölkerung stehen. Für Entscheidungen in Politik und Wirtschaft sind diese Veränderungen von essentieller Bedeutung.

Die Altersstruktur und das Ausmaß der Veränderungen lassen sich mit Hilfe der Jugend-, Alten- und Gesamtquotienten statistisch beschreiben. Die Quotienten beantworten die Frage, wie viele Personen, die sich noch nicht oder nicht mehr im Erwerbstätigenalter befinden, rechnerisch auf jeweils 100 Personen im Erwerbstätigenalter entfallen. Als Erwerbstätigenalter gilt hier die Altersgruppe von 18 bis unter 65 Jahren. Es ist diejenige Generation, die in der Regel direkt oder indirekt die Versorgung der jüngeren wie auch der älteren Generation übernimmt: direkt durch Familienarbeit, z. B. Erziehung oder Pflege, indirekt durch die Einzahlung in soziale Sicherungssysteme u. Ä.

1991 standen in Hessen 100 Personen im Alter von 18 bis unter 65 Jahren 27 unter 18-Jährige gegenüber (Jugendquotient). Die Thüringer Bevölkerung war zu diesem Zeitpunkt noch wesentlich jünger. Hier lag das zahlenmä-



© bluedesign - Fotolia.com

ßige Verhältnis bei 35 der jüngeren zu 100 der mittleren Generation. Gleichzeitig entfielen 22 Personen im Alter von 65 Jahren und älter auf 100 der mittleren Generation (Altenquotient), in Hessen mit 23 Älteren nur geringfügig mehr als in Thüringen.

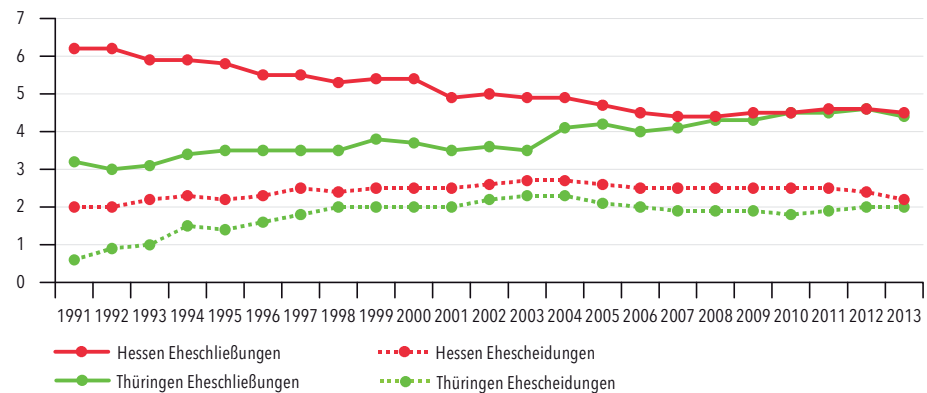
Geringe Geburtenziffern und eine längere Lebenserwartung ließen in beiden Ländern die Bevölkerung strukturell altern. Der Jugendquotient lag 2013 in Hessen bei 26 und damit um knapp einen Prozentpunkt niedriger als 1991, der Altenquotient bei 32 Personen je 100 der mittleren Generation (+ 8,5 Prozentpunkte). In Thüringen verstärkte neben einer sehr niedrigen Geburtenziffer auch die Abwanderung junger Menschen, insbesondere auch junger Frauen – potenzieller Mütter – den strukturellen Alterungsprozess, sodass der Jugendquotient 2013 nur noch 22 (- 13,0 Prozentpunkte) betrug, der Altenquotient hingegen auf 38 (+ 16,0 Prozentpunkte) anstieg.

Insgesamt standen 1991 in Hessen 100 Personen der mittleren Generation 50 Jüngere und Ältere gegenüber (Gesamtquotient), in Thüringen 57, das Niveau, das Hessen 2013 erreichte. Zum genannten Zeitpunkt entfielen in Thüringen auf 100 Personen der mittleren Generation 60 ältere sowie jüngere Personen.

Der Wandel in der Altersstruktur veränderte in beiden Ländern die Menge und Art der Versorgungsleistungen, die die mittlere Generation – in welcher Form auch immer – für die ältere wie die jüngere Generation zu erbringen hat. Grundsätzlich sind die Anforderungen an die mittlere Generation im Betrachtungszeitraum deutlich gestiegen, wobei sich der Schwerpunkt auf die Erfüllung von Bedürfnissen der älteren Generation verschob.



Eheschließungen und -scheidungen je 1 000 Einwohner 1991 bis 2013



© Ideareattiva - Fotolia.com

## Eheschließungen in beiden Ländern seit 2008 gleich häufig

Der Wert, der der Ehe beigemessen wird, ist abhängig von den gesellschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen. Insofern sind die für Hessen und Thüringen vorliegenden Angaben über die Eheschließungen und -scheidungen gewissermaßen auch Indikatoren für die Angleichung der Lebensverhältnisse in den verschiedenen Regionen.

Seit 1991 entwickelte sich die Zahl der Eheschließungen einwohnerbezogen in beiden Ländern sehr unterschiedlich. In Hessen wurden 1992 die meisten Paare getraut; bezogen auf jeweils 1 000 Einwohner waren es 6,2. 2007 wurden nur noch 4,4 Ehen je 1 000 Einwohner geschlossen. Seitdem blieb die Kennzahl mit 4,4 bis 4,6 Hochzeiten je 1 000 Einwohner relativ konstant.

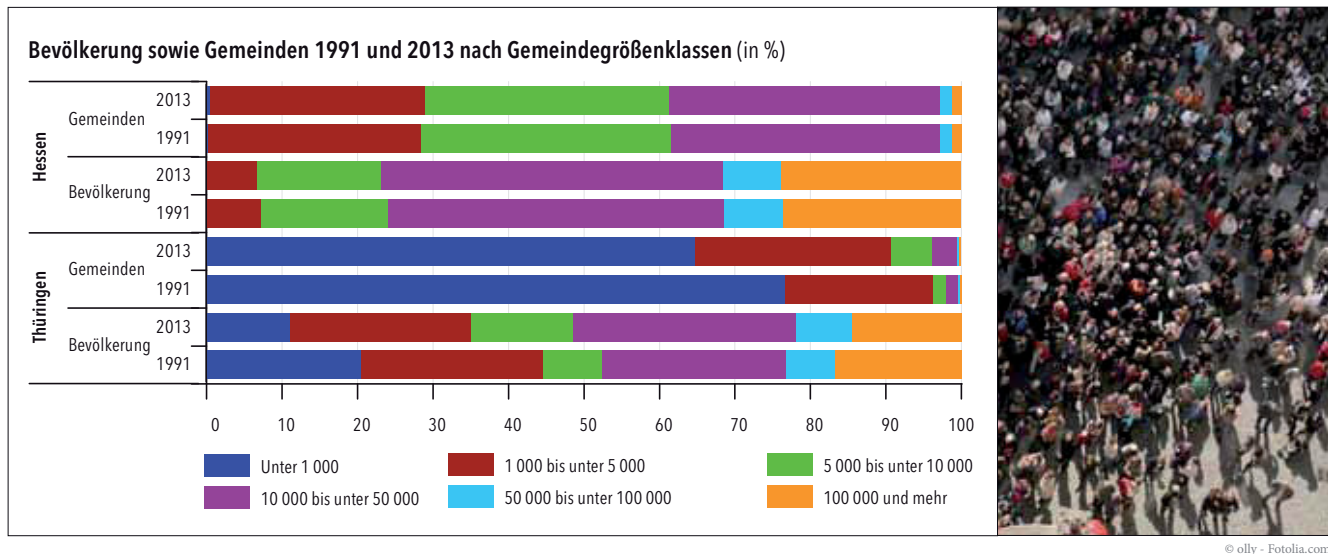
In Thüringen verlief die Entwicklung in entgegengesetzter Richtung, obwohl hier – wie auch in Hessen – geburtenstarke von geburtenschwachen Jahrgängen als „Heiratskandidaten“ abgelöst wurden. 1992, im Jahr mit den wenigsten Eheschließungen, wurden in Thüringen nur noch 3,0 Ehen je 1 000 Einwohner geschlossen. Gegenüber 1990 hatte sich damit die Zahl der standesamtlichen Trauungen halbiert. Hier lässt sich erahnen, wie stark der politische Umbruch Ende der 80er- und Anfang der 90er-Jahre die persönliche Lebensplanung vieler Menschen beeinflusste. Seit 2008 bewegt sich in Thüringen die Eheschließungsziffer auf ähnlichem Niveau wie in Hessen. Doch die bis dahin erfolgte Zunahme der Zahl der Eheschließungen je 1 000

Einwohner verlief nicht kontinuierlich. Beispielsweise waren die Jahre 1999 und 2000 für Paare mit einem Hang zu einem ganz besonderen Hochzeitsdatum interessant. So wurden in Thüringen – ähnlich wie in Hessen – in diesen beiden Jahren mehr Trauungen beurkundet als jeweils in den Jahren davor und danach.

Doch bedeutet Eheschließung auch Familiengründung? Ergänzende Informationen hierzu liefern Ergebnisse der Geburtenstatistik. In Hessen waren 1991 bei 89 % der Lebendgeborenen die Mütter verheiratet. 2013 traf dies noch auf 72 % der Mütter zu. In Thüringen spielte der Trauschein für die Erfüllung des Kinderwunsches eine weitaus geringere Rolle. Im Jahr 1991 waren hier 63 % der Mütter verheiratet, 2013 noch 40 %. Eheschließung und Familiengründung sind demnach in beiden Ländern zunehmend entkoppelt; diese Entkoppelung ist in Thüringen stärker ausgeprägt als in Hessen.

Die Zahl der Scheidungen je 1 000 Einwohner stieg in Hessen zunächst von 2,0 in den Jahren 1991 und 1992 auf 2,7 in den Jahren 2003 und 2004, bevor sie wieder auf 2,2 im Jahr 2013 zurückfiel. Im Vergleich dazu gestaltete sich die Entwicklung in Thüringen – zumindest anfangs – deutlich sprunghafter. Denn mit der Wende sank die Scheidungsziffer schlagartig. 1990 endeten 2,0 Ehen je 1 000 Einwohner vor dem Scheidungsrichter, 1991 nur noch 0,6. In den darauffolgenden Jahren stieg die Scheidungsziffer an und näherte sich dem Niveau von Hessen, ohne dieses ganz zu erreichen. In Hessen und in Thüringen wurden in den Jahren 2003 und 2004 die meisten Scheidungen ausgesprochen. In puncto Zahl der Eheschließungen und -scheidungen fand offensichtlich eine Angleichung beider Länder statt.





## Unterschiedliche Gemeindegrößenstruktur in Hessen und Thüringen

Es gibt viele Gründe, ein Bild von der Größenstruktur der Gemeinden einer Region zu skizzieren. Ob die Menschen eher in kleinen Dörfern, überschaubaren Klein- oder lebhaften Großstädten zu Hause sind, hat nicht nur Auswirkungen auf das allgemeine Lebensgefühl der Bewohnerinnen und Bewohner, entscheidend sind auch die Unterschiede bei der verfügbaren öffentlichen Infrastruktur, v. a. auch im Hinblick auf die Mobilität, um nur wenige Stichworte zu nennen.

Vorab ein Hinweis zu Stand und Entwicklung der Bevölkerung in den beiden Ländern seit 1991. Zum Stichtag 31.12.2013 hatte Hessen rund 6,05 Millionen Einwohner und damit fast dreimal so viele wie Thüringen, wo rund 2,16 Millionen Einwohner gemeldet waren. Gegenüber 1991 nahm die Bevölkerung in Hessen um etwa 4 % zu, während sie in Thüringen um 16 % zurückging.

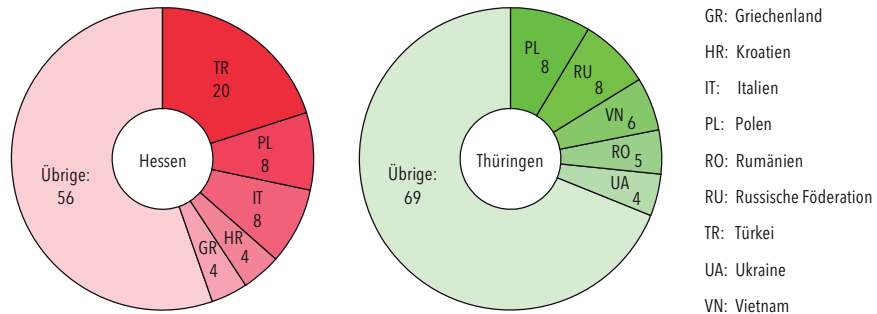
Hessen hat insgesamt 426 Gemeinden, wobei Zahl wie auch Größenstruktur im Vergleich zu 1991 weitgehend konstant geblieben sind. Die meisten Gemeinden, nämlich 36 %, entfallen auf die Größenklasse „10 000 bis 50 000 Einwohner“, weitere 32 % auf die Klasse „5 000 bis 10 000 Einwohner“ und 28 % auf die Klasse „1 000 bis 5 000 Einwohner“. Gemeinden mit 50 000 und mehr Einwohnern machen einen Anteil von weniger als 3 % aus. Zwei Gemeinden haben weniger als 1 000 Einwohner, 5 zählen mit mehr als 100 000 Einwohnern zu den Großstädten. Bevölkerungsreichste Stadt ist Frankfurt am Main, wo Ende 2013 wenig mehr als 700 000 Einwohner registriert waren.

In Thüringen stellt sich die Situation grundlegend anders dar. Hier sank die Zahl der eigenständigen Gemeinden infolge einer umfassenden Gebietsreform in den 90er-Jahren und späteren, freiwilligen Zusammenschlüssen von 1 661 Ende 1991 auf 849 Gemeinden Ende 2013. Die Landeshauptstadt Erfurt (205 000 Einwohner) und Jena (108 000 Einwohner) zählen zu den Großstädten. Doch insgesamt haben über 90 % der Gemeinden weniger als 5 000 Einwohner, fast zwei Drittel sogar weniger als 1 000 Einwohner. Ergänzend ist anzumerken, dass Thüringer Gemeinden mit weniger als 3 000 Einwohnern i. d. R. Mitglied einer Verwaltungsgemeinschaft<sup>1)</sup> sind oder die Verwaltungsaufgaben an eine erfüllende Gemeinde<sup>2)</sup> delegiert haben. Die übrigen 9 % der Gemeinden haben zwischen 5 000 und 100 000 Einwohner.

Stuft man – etwas vereinfachend – Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern als ländlich ein, Gemeinden mit mehr Einwohnern als klein-, mittel- und großstädtisch, so wohnen in Hessen rund 23 % der Bevölkerung in ländlichen Gemeinden, in Thüringen trifft dies hingegen auf annähernd die Hälfte der Bevölkerung zu. 24 % der Hessen wohnen in einer Großstadt mit mehr als 100 000 Einwohnern; in Thüringen sind es nur 15 %. Der Großteil der hessischen Bevölkerung, nämlich 45 %, wohnt in kleineren, weitere 8 % in mittelgroßen Städten. In Thüringen trifft dies auf 30 bzw. 7 % der Einwohner zu.

Eine Darstellung der Veränderung der Bevölkerung nach Größenklassen der Gemeinden gegenüber 1991 ist verzichtbar, da sich nicht das eigentliche Umfeld, sondern lediglich die Verwaltungsstruktur, in die einige ehemals eigenständige Gemeinden eingebunden wurden, durch die Gebietsreform geändert hat.




**Ausländische Bevölkerung am 31.12.2013 nach Staatsangehörigkeit<sup>1)</sup> (in %)**


© Jasmin Merdan - Fotolia.com

## Nationalitäten in beiden Ländern sehr unterschiedlich vertreten

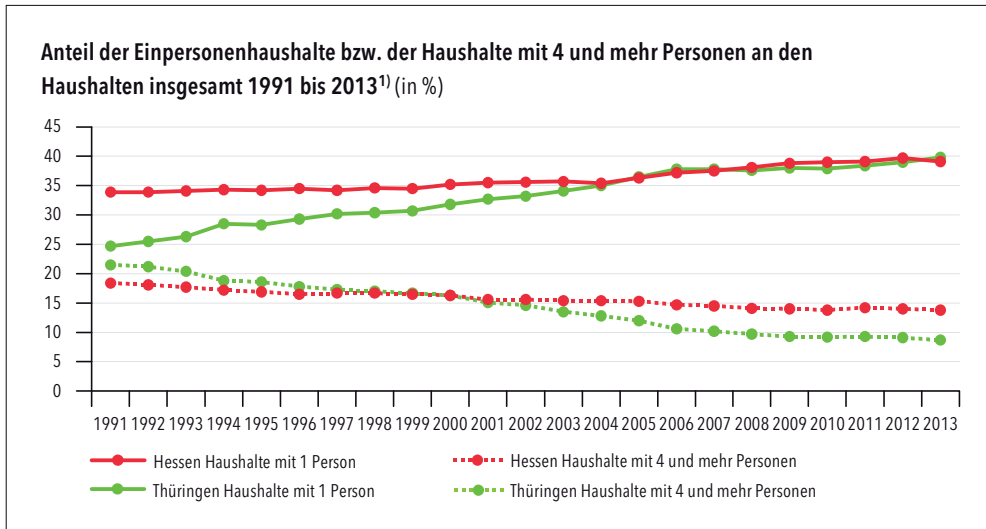
Mehr als 12 % der hessischen Bevölkerung, das sind 743 700 Personen, besaßen Ende 2013 keinen deutschen Pass; in Thüringen betraf dies nur rund 2 % bzw. 44 300 Personen. Dies ist der erste Unterschied, der bei einem Vergleich der beiden Länder hinsichtlich des nichtdeutschen Teils der Bevölkerung anzumerken ist. Der zweite gravierende Unterschied besteht in den Nationalitäten, die im ausländischen Teil der Bevölkerung jeweils vertreten sind<sup>1)</sup>. Nur polnische Staatsbürger zählten in beiden Ländern zu den fünf wichtigsten Nationalitäten. In Hessen hatten 20 % aller Ausländer einen türkischen Pass. Mit weitem Abstand folgten Einwohnerinnen und Einwohner mit polnischer bzw. italienischer Staatsangehörigkeit mit einem Anteil von jeweils rund 8 % sowie diejenigen mit kroatischer bzw. griechischer Staatsangehörigkeit mit jeweils rund 4 %. Die genannten fünf am häufigsten vertretenen Nationalitäten stellten einen Anteil von fast 45 % aller Ausländer in Hessen dar.

In Thüringen bildeten die fünf am häufigsten vertretenen Nationen zusammen nur einen Anteil von 31 %. Einwohnerinnen und Einwohner mit polnischer bzw. russischer Staatsangehörigkeit waren mit einem Anteil von jeweils 8 % vertreten, gefolgt von denjenigen mit vietnamesischer (6 %), rumänischer (5 %) und ukrainischer Staatsangehörigkeit (4 %). Es gab in Thüringen demnach keine Nationalität, die anteilmäßig ähnlich stark vertreten war wie die türkischen Einwohnerinnen und Einwohner in Hessen.

Ein weiterer Unterschied besteht in der zahlenmäßigen Relation zwischen den Empfängern von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und der nichtdeutschen Bevölkerung: Ende 2013 entfielen in Hessen 20 Empfänger von Asylbewerberleistungen auf 1 000 Personen der ausländischen Bevölkerung, in Thüringen hingegen 109. Mit anderen Worten: Ein im Vergleich zur Situation in Hessen großer Teil der Ausländer in Thüringen gehört zur Gruppe der (dem Land zugewiesenen) Asylbewerber.

Dies spiegelt sich auch in der Aufenthaltsdauer wider. Die Ende 2013 in Hessen gemeldeten Ausländer weilten im Durchschnitt 18 Jahre und die Ausländer in Thüringen erst 8,6 Jahre in Deutschland. Fast 16 % der Ausländer in Hessen wurden in Deutschland geboren. Für die Ausländer in Thüringen trifft dies nur auf 6 % zu.

Die geschilderte Situation hat ihre Wurzeln bereits in den 50er-Jahren. Die Bundesregierung schloss zwischen 1955 und 1973 wegen Arbeitskräftemangels sogenannte Anwerbeabkommen mit Griechenland, Italien, Jugoslawien, Marokko, Portugal, Spanien, Südkorea, Tunesien und der Türkei. Die Regierung der DDR verpflichtete aus dem gleichen Grund sogenannte Vertragsarbeiter aus damals sozialistischen Ländern wie Polen und Ungarn, vor allem aber aus Algerien, Kuba, Mosambik und Vietnam. Vietnamesen stellten den größten Anteil. Sie durften zunächst maximal zwei, später fünf Jahre bleiben. Integration war nur schwer möglich, denn der Nachzug von Familien war, anders als für die Gastarbeiter in der Bundesrepublik, verboten. Nach der Wiedervereinigung verließen viele von ihnen Deutschland, da ihre Verträge nicht weitergeführt wurden<sup>2)</sup>.



© Peter Atkins - Fotolia.com

## Trend geht zu mehr kleineren und weniger großen Haushalten

Hessens Bevölkerung wächst, Thüringens Bevölkerung schrumpft, doch die Zahl der privaten Haushalte hat in beiden Ländern zugenommen, wobei ein anhaltender Trend hin zu mehr kleineren und weniger großen Haushalten zu beobachten ist. Dies kommt u. a. in der durchschnittlichen Zahl der Haushaltsmitglieder zum Ausdruck.

In Hessen bestand 1991 ein durchschnittlicher Haushalt aus 2,27 Personen. Bis 2013 stieg die Zahl der Haushalte hier von 2,566 Millionen um rund 371 000 bzw. 14 % auf 2,937 Millionen. Im selben Zeitraum nahm die Bevölkerung jedoch nur um etwa 4 % zu, sodass ein Durchschnittshaushalt 2013 rechnerisch nur noch 2,06 Mitglieder hatte.

1991 waren die Haushalte in Thüringen noch deutlich größer als in Hessen. Ein Thüringer Durchschnittshaushalt bestand damals aus 2,45 Mitgliedern. Doch trotz des Bevölke-

rungsrückgangs von rund 16 % stieg die Zahl der Haushalte von 1,054 Millionen (1991) um 55 000 auf 1,109 Millionen (2013), also um rund 5 %. Folglich sank die durchschnittliche Zahl der Haushaltsmitglieder und erreichte zuletzt 1,94 Personen.

Diese Veränderungen spiegeln sich in der Entwicklung der Haushaltsgrößenklassen wider: In Thüringen hatten im Jahr 2013 Haushalte mit 4 und mehr Personen nur noch einen Anteil von 9 % gegenüber 22 % im Jahr 1991. Einpersonenhaushalte gewannen dagegen sehr stark an Bedeutung: 1991 machten sie ein Viertel aller Haushalte aus, 2013 bereits 40 %. In Hessen entwickelte sich die Größenstruktur der Haushalte im selben Zeitraum tendenziell in die gleiche Richtung wie in Thüringen, doch deutlich geringer ausgeprägt. Der Anteil der Einpersonenhaushalte an allen Privathaushalten stieg von 34 auf 39 %, sodass Hessen und Thüringen beim Anteil der Einpersonenhaushalte zuletzt annähernd auf gleich hohem Niveau lagen. Der Anteil der Haushalte mit 4 und mehr Personen in Hessen sank zwar von 18 auf 14 %, doch waren größere Haushalte in Hessen damit zuletzt relativ häufiger vorzufinden als in Thüringen.



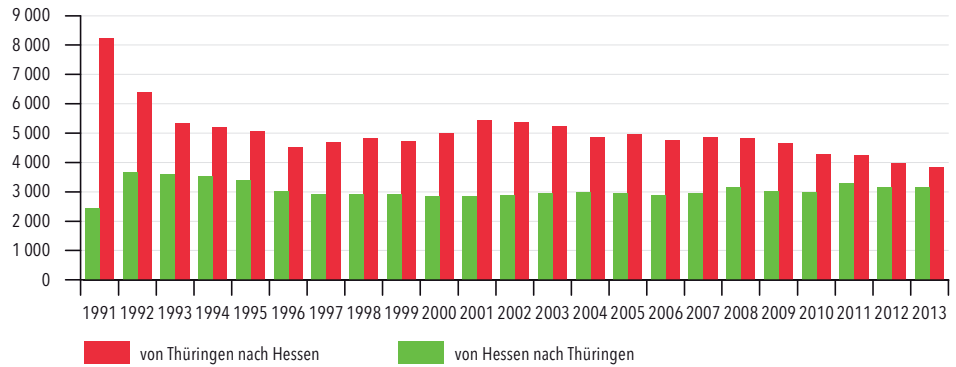
© Sergey Peterman - Fotolia.com

Eine mögliche Erklärung für die dargestellte Entwicklung dürfte u. a. in der Tatsache begründet liegen, dass die Neigung, eine Familie zu gründen oder weitere Kinder zu bekommen, besonders in der ersten Hälfte der 90er-Jahre in Thüringen gering ausgeprägt war (vgl. S. 20 und 22). Haushalte mit mehreren Kindern wurden sukzessive kleiner, wenn die Kinder nach und nach das Haus verließen und ihrerseits eigene (kleine) Haushalte gründeten (oder abwanderten). Aufgrund der geringfügig höheren und konstanteren Geburtenrate verlief der Trend zu kleineren Haushalten in Hessen deutlich verhaltener.



© flashpics - Fotolia.com

Wanderungen zwischen Hessen und Thüringen 1991 bis 2013



## Mehr Umzüge von Thüringen nach Hessen als in Gegenrichtung

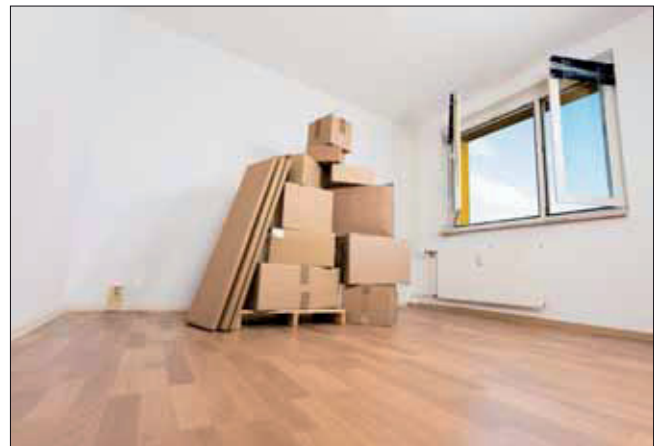
Welche Motive für einen Wohnortwechsel ausschlaggebend sind, lässt sich anhand der Daten über Zu- und Fortzüge nicht ergreifen. Feststellen lässt sich aber, dass in den ersten Jahren nach Öffnung der Grenzen viele Menschen ihren Wohnsitz verlegten, und zwar v. a. von Ost nach West, in erheblich geringerem Maße aber auch von West nach Ost. Das Gros zog von Thüringen Richtung Westen. 1991 hatten 78 % der insgesamt rund 53 000 aus Thüringen Fortgezogenen ein westdeutsches Land zum Ziel, 15 % zogen in ein anderes ostdeutsches Land und fast 7 % gingen ins Ausland. Bayern war mit 23 % wichtigstes Zielgebiet der Thüringer, gefolgt von Hessen mit 16 % aller Fortzüge aus Thüringen.

Im selben Jahr zogen insgesamt rund 28 000 Personen in Thüringen zu. Fast die Hälfte davon stammte aus den westlichen Bundesländern, 30 % aus den östlichen Bundesländern und rund 20 % kamen aus dem Ausland, darunter viele Spätaussiedler. Aus Hessen stammten knapp 9 % der Zugezogenen und aus Sachsen 12 %; mit knapp 15 % waren die aus Bayern Zugezogenen als größte Gruppe vertreten.

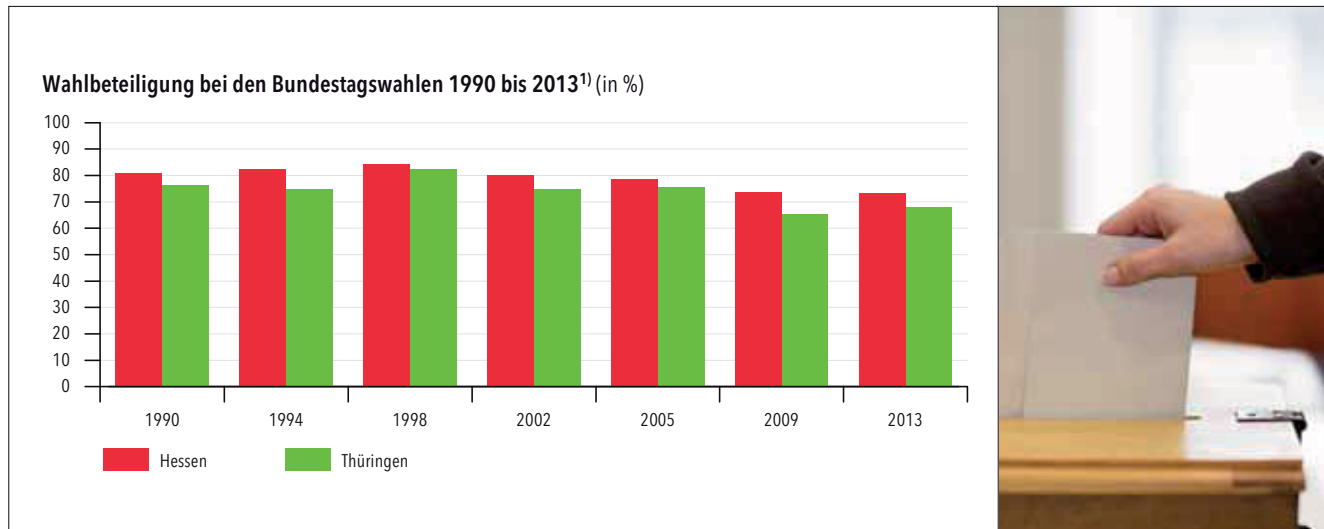
Den insgesamt 2 441 im Jahr 1991 registrierten Fortzügen von Hessen nach Thüringen standen 8 242 Zuzüge aus Thüringen gegenüber. Für Hessen bedeutete das ein Plus, für Thüringen ein Minus von 5 801 meist jüngeren, überwiegend weiblichen Einwohnern. 1992 verringerte sich zwar der Saldo, weil die Zahl der Umzüge von Hessen nach Thüringen auf den höchsten Wert im gesamten Betrachtungs-

zeitraum gestiegen und gleichzeitig die Zahl der Umzüge von Thüringen nach Hessen gesunken war. Doch auch in den darauffolgenden Jahren fiel der Saldo immer zugunsten Hessens bzw. zulasten Thüringens aus. Im gesamten Betrachtungszeitraum summierte sich der Bevölkerungsgewinn auf der einen und -verlust auf der anderen auf fast 45 000 Personen. Dies entspricht in etwa der Einwohnerzahl von Oberursel (Hessen) bzw. von Gotha (Thüringen).

Seit 1996 blieb die Zahl der jährlich registrierten Umzüge von Hessen nach Thüringen um die 3 000 annähernd konstant. Mehr Bewegung zeigte die Zahl der Umzüge von Thüringen nach Hessen. Die meisten Wohnsitzwechsel erfolgten im Jahr 2001 zu Zeiten der sogenannten Dotcom-Krise. 5 444 Umzüge wurden in diesem Jahr registriert, mehr waren es zuletzt 1992 gewesen. Danach ging die Zahl der Umzüge von Thüringen nach Hessen fast stetig zurück, sodass sich 2013 mit 686 Personen der bislang geringste Wanderungssaldo zwischen den beiden Ländern ergab.



© science photo - Fotolia.com



## Wahlbeteiligung rückläufig

Am 2. Dezember 1990, also zwei Monate nach der formalen Wiederherstellung der deutschen Einheit, stimmten die wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger West- und Ostdeutschlands erstmals gemeinsam über ihr Bundesparlament ab. Für diese Wahl zum 12. Deutschen Bundestag war die Bundesrepublik jedoch noch einmal in zwei Wahlgebiete eingeteilt. Die alten (inkl. West-Berlin) und die neuen Bundesländer (inkl. Ost-Berlin) bildeten jeweils ein Wahlgebiet. In einer Übergangsregelung war gesetzlich festgelegt worden, dass Parteien bei der Sitzvergabe berücksichtigt wurden, die entweder in dem einen oder in dem anderen Wahlgebiet mindestens 5 % der abgegebenen gültigen Zweitstimmen erhalten hatten. Diese Regelung sicherte der PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus, später DIE

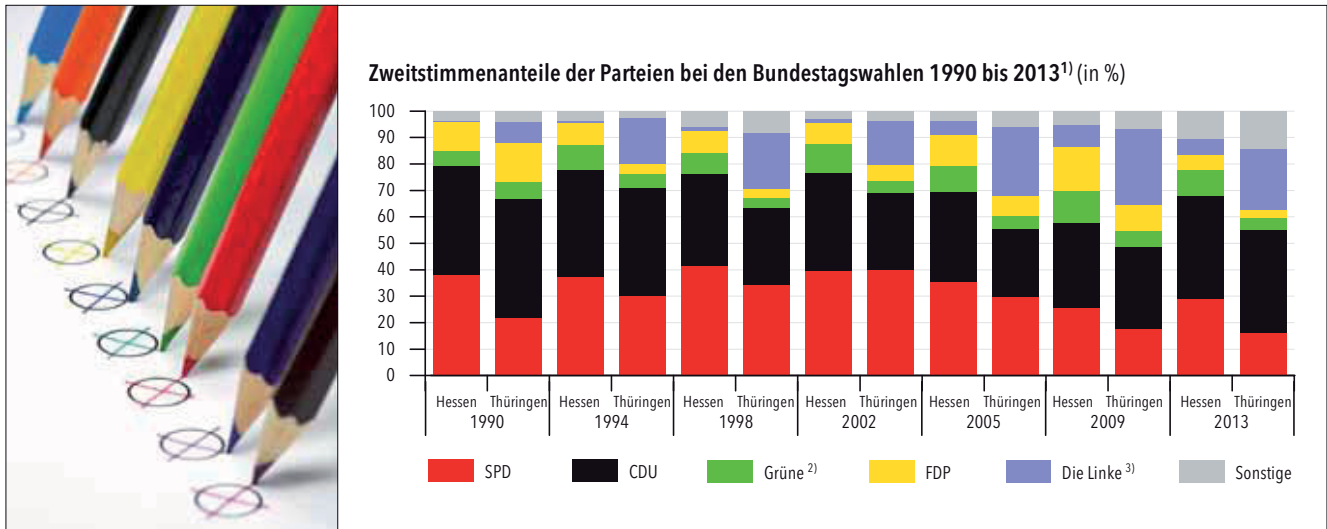
LINKE) und B90/GR (Bündnis 90/Die Grünen, 1990 nur im Wahlgebiet Ost) den Einzug ins Bundesparlament, da diese Parteien bei bundesweiter Betrachtung an der 5-%-Klausel gescheitert wären.

In Hessen machten bei der ersten gesamtdeutschen Wahl 81,1 % der Wahlberechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Bei den Wahlen 1994 und 1998 gelang es jeweils, noch mehr Wähler zu mobilisieren. Die höchste Wahlbeteiligung bei einer Bundestagswahl im Betrachtungszeitraum wurde im Jahr 1998 verzeichnet. Damals stimmten 84,2 % der wahlberechtigten Hessen ab. Danach sank die Wahlbeteiligung kontinuierlich. 2013 lag sie nur noch bei 73,2 %. Mit anderen Worten: Gut ein Viertel der Wahlberechtigten verzichtete auf ihr Wahlrecht.

Insgesamt war die Wahlbeteiligung in Thüringen bei allen Bundestagswahlen seit 1990 niedriger als im Nachbarland Hessen. 1990 lag sie bei 76,4 %. Wie in Hessen stieg die Wahlbeteiligung in Thüringen bei den beiden folgenden Wahlen und erreichte 1998 mit 82,3 % die bislang höchste Quote. Bei der Wahl 2009, derjenigen mit der geringsten Beteiligung, machten lediglich 65,2 % der Thüringer von ihrem Wahlrecht Gebrauch bzw. blieben 34,8 % der wahlberechtigten Thüringer bei dieser Wahl der Urne fern. Der Anteil der Nichtwähler bei der Wahl 2013 verringerte sich zwar auf 31,8 %; dies als Trendwende zu betrachten, wäre jedoch zu weit gegriffen. Die Ursache für die wieder gestiegene Wahlbeteiligung dürfte eher in der demografischen Entwicklung zu suchen sein, und zwar insofern, als die Zahl der – generell weniger zur Teilnahme an Wahlen motivierten – jungen Wahlberechtigten in Thüringen rückläufig ist (vgl. S. 21) und damit das Gewicht der älteren Wahlberechtigten zunimmt.



© fotomek - Fotolia.com



© Foto-Ruhrgebiet - Fotolia.com

## Wie haben die Wählerinnen und Wähler abgestimmt?

Unter den insgesamt 662 Abgeordneten des von 1990 bis 1994 bestehenden 12. Deutschen Bundestages befanden sich 48 aus Hessen (SPD: 20, CDU: 22, FDP: 6) und 23 aus Thüringen (SPD: 5, CDU: 12, B90/GR<sup>4)</sup>: 1, FDP: 3, PDS<sup>5)</sup>: 2). Die zu den Bundestagswahlen 1994 vereinigten Parteien Die GRÜNEN und B90/GR traten bei den Bundestagswahlen 1990 noch getrennt an: Die GRÜNEN im Wahlgebiet West und B90/GR im Wahlgebiet Ost. Im Gegensatz zum Wahlgebiet Ost blieb im Wahlgebiet West der Stimmenanteil der Partei jedoch unter 5 %, sodass kein Politiker von den GRÜNEN aus den westlichen Bundesländern im Bundesparlament vertreten war, auch wenn die Partei in Hessen die 5%-Hürde überschritt. Die B90/GR von Thüringen konnten mit Überwinden der Sperrklausel einen Abgeordneten ins Parlament entsenden.

Aus den ersten gemeinsamen Wahlen zum Deutschen Bundestag ging die CDU sowohl in Hessen als auch in Thüringen mit Stimmenanteilen von jeweils über 40 % als stärkste Partei hervor. Das gleiche gilt für die darauffolgende Wahl im Jahr 1994. 1998, 2002 und 2005 wechselte die Präferenz der Wählerschaft in beiden Ländern zur SPD, 2009 und 2013 wieder zurück zur CDU.

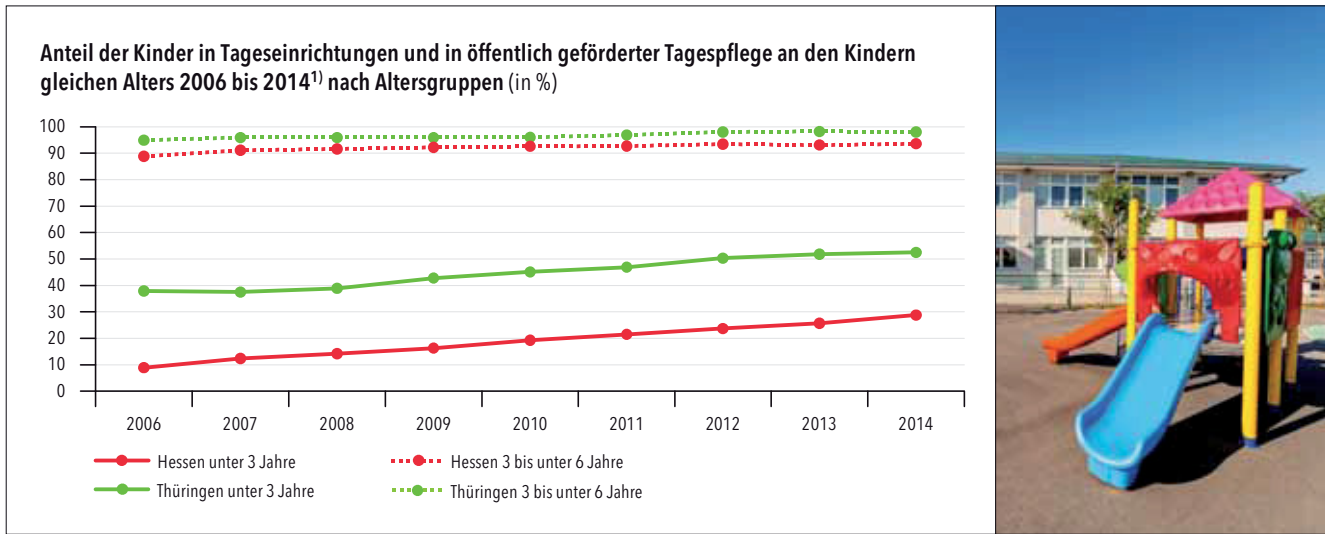
Bei der Bundestagswahl 2013 lagen die Stimmenanteile der CDU in Thüringen und Hessen mit knapp bzw. gut 39 % sehr dicht beieinander; das Zweitstimmenergebnis der SPD in Hessen (28,8 %) war dagegen deutlich höher als in Thüringen (16,1 %). Beide Parteien haben gegenüber 1990

sowohl in Hessen als auch in Thüringen Stimmenanteile eingebüßt. Profitiert hat davon DIE LINKE, die in Thüringen seit 2005 die zweitstärkste Kraft bei Bundestagswahlen ist und 2013 gut 23 % der Zweitstimmen erhielt. In Hessen steht DIE LINKE in der Wählergunst seit 2013 (6,0 %) an vierter Stelle. Die FDP, die 1990 in beiden Bundesländern drittstärkste Kraft wurde, hatte in Hessen und besonders in Thüringen hohe Verluste und mit einer Quote von zuletzt 5,6 bzw. 2,6 % entsprechend an Bedeutung verloren. Dagegen stiegen Die GRÜNEN in der Wählergunst der Hessen von Rang 4 bei der vorherigen Wahl auf Rang 3 (2013: 9,9 %), während sie in Thüringen (2013: 4,9 %) bei leichten Verlusten gegenüber der vorherigen Wahl fünftstärkste Partei blieben. Die bei der Bundestagswahl 2013 erstmals angetretene AfD<sup>6)</sup> erhielt in Hessen und Thüringen jeweils rund 6 %. Sie steht bei den unter der Position „Sonstige“ zusammengefassten Parteien mit deutlichem Abstand an erster Stelle.

Der aktuelle 18. Deutsche Bundestag, der am 22. September 2013 gewählt wurde, besteht aus insgesamt 631 Abgeordneten, darunter 45 aus Hessen (CDU: 21, SPD: 16, DIE LINKE: 3, GRÜNE: 5) und 18 aus Thüringen (CDU: 9, DIE LINKE: 5, SPD: 3, GRÜNE: 1).



© Kaarsten - Fotolia.com



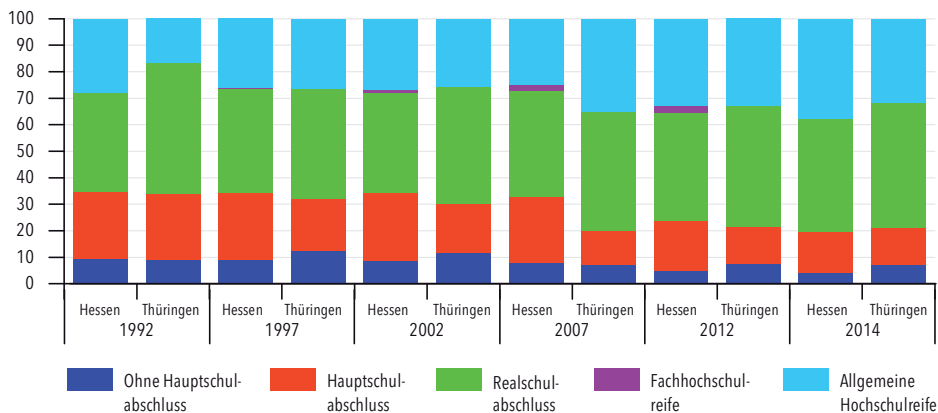
## Zügiger Ausbau der außerfamiliären Kinderbetreuung

Die deutsche Politik beschloss mit der Verabschiedung des Tagesbetreuungsausbaugesetzes (2004) und des Kinderförderungsgesetzes (2008), die außerfamiliäre Betreuung von Kindern in den ersten Lebensjahren stärker zu forcieren und hierfür Finanzmittel in Milliardenhöhe bereitzustellen. Seit dem 01.08.2013 hat jedes Kind ab dem vollendeten ersten Lebensjahr einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Bereits seit 1996 besteht für Kinder ab 3 Jahren bis zur Einschulung ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz. Die hierzulande in Gang gesetzte Initiative zum Ausbau von bedarfsgerechten Betreuungsmöglichkeiten für Kinder soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern und damit eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen ermöglichen. Eine bessere Balance zwischen Familien- und Berufsarbeit könnte auch die Entscheidung von Paaren für Kinder erleichtern. Die außerfamiliäre Betreuung und Förderung der Kinder leistet darüber hinaus einen wichtigen Beitrag zur Chancengleichheit und zur Integration sozial benachteiligter Kinder.

In der ehemaligen DDR hatte die Berufstätigkeit von Frauen hohe Priorität. Zu diesem Zweck wurde die Kinderbetreuung überwiegend von volkseigenen Betrieben angeboten und war sehr gut ausgebaut. Dies wirkt sich bis in die Gegenwart aus, sodass die Kinder im vorschulischen Alter in Thüringen häufiger außerhalb der Familie betreut werden als in Hessen.

In Thüringen besuchten in den Berichtsjahren 2006 bis 2014 zwischen 47 900 (2010) und 50 900 (2014) Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren eine Tageseinrichtung oder wurden – sehr selten – von einer „Tagesmutter“ oder einem „Tagesvater“ in öffentlich geförderter Tagespflege in Betreuung genommen. Dabei stieg ihr Anteil an den Kindern der gleichen Altersgruppe insgesamt von 95 % im Jahr 2006 auf 98 % im Jahr 2014. In Hessen wurden im gleichen Zeitraum zwischen 146 100 (2011) und 151 600 (2006) der 3- bis unter 6-jährigen Kinder betreut. Ihr Anteil an den Kindern gleichen Alters lag dabei kontinuierlich von 89 auf 94 % zu und lag damit in den betrachteten Jahren jeweils um 3 bis 6 Prozentpunkte unter der entsprechenden Betreuungsquote in Thüringen.

Gerade die Möglichkeit der frühzeitigen Betreuung von Kleinkindern durch ausgebildete Erziehungskräfte erleichtert Müttern die Wiederaufnahme der Berufstätigkeit. Die Unterbringung von 0- bis unter 3-Jährigen in außerfamiliärer Tagesbetreuung wird bei Weitem nicht so stark in Anspruch genommen wie bei den 3- bis unter 6-Jährigen: In Thüringen nahm die Zahl der unter 3-Jährigen in Tageseinrichtungen oder – vergleichsweise selten – in öffentlich geförderter Tagespflege von 19 300 im Jahr 2006 auf 27 400 im Jahr 2014 zu; ihr Anteil an den Gleichaltrigen insgesamt zog dabei von 38 auf 53 % an. In Hessen nahm die Zahl der entsprechend betreuten unter 3-Jährigen im gleichen Zeitraum von 14 500 auf 45 100 zu, sodass ihr Anteil an den Kindern gleichen Alters von 8,9 auf 29 % anstieg. Dieser Zuwachs war deutlich stärker als in Thüringen, sodass der Abstand zwischen der thüringischen und hessischen Betreuungsquote von 29 auf 24 Prozentpunkte sank.<sup>2)</sup>


**Absolventen und Abgänger<sup>1)</sup> aus allgemeinbildenden Schulen 1992 bis 2014 nach Abschlussart (in %)**


© Christian Schwier - Fotolia.com

## Tendenz zu höheren Schulabschlüssen

Das allgemeinbildende Schulsystem der ehemaligen DDR bestand, vereinfacht dargestellt, aus der polytechnischen Oberschule (POS) für die Jahrgangsstufen 1 bis 10, an die sich die erweiterte Oberschule (EOS) für die Jahrgangsstufen 11 und 12 anschloss. Nach der Wende veränderten die ostdeutschen Länder ihr Schulsystem, wobei Sachsen und Thüringen die zwölfjährige Schulzeit bis zum höchsten Schulabschluss (Abitur) beibehielten und die übrigen drei ostdeutschen Länder diese auf 13 Jahre ausdehnten. Allerdings wurde in diesen drei wie auch in den westdeutschen Ländern vielfach die neunjährige Gymnasialzeit (G9) auf eine achtjährige verkürzt. Hessen führte diese Umstellung in drei Etappen durch, sodass im Sommer 2012 die ersten doppelten Abiturjahrgänge die Schule verließen.

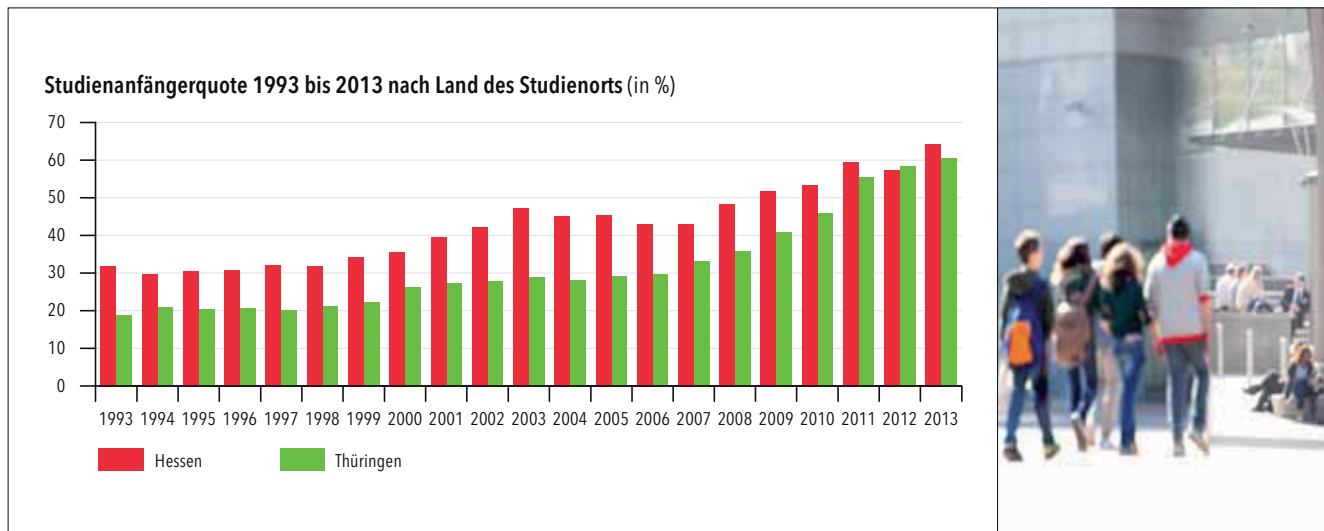
Die betrachtete Schulabsolventen- und -abgängerstatistik weist zwar im Zeitablauf Schwankungen auf, dennoch ist sowohl in Hessen als auch in Thüringen ein deutlicher Trend zu höheren Schulabschlüssen auszumachen. Gleichzeitig bewegten sich die Anteile der verschiedenen Abschlussarten in beiden Ländern jeweils weitgehend auf annähernd gleicher Höhe. Auffällig ist jedoch unter den Schulentlassenen zum Ende des Schuljahres 1991/92 der im Vergleich zu Hessen niedrige Anteil der Hochschulreife und hohe Anteil des Realschulabschlusses in Thüringen (17 bzw. 49 %, Hessen: 28 bzw. 37 %), was auf eine Umgestaltung des Schulsystems in Thüringen zurückzuführen ist. Der höchste Schulabschluss, die allgemeine Hochschulreife, wird heutzutage deutlich häufiger erreicht; ihr Anteil an den Schul-

abschlüssen insgesamt stieg in beiden Ländern von jeweils 26 % im Jahr 1997 auf 38 % in Hessen bzw. 31 % in Thüringen im Jahr 2014. In Thüringen wird die Fachhochschulreife nur an beruflichen Schulen erworben. In Hessen kann die Fachhochschulreife auch an allgemeinbildenden Schulen erworben werden, allerdings hat sie zahlenmäßig nur eine geringe Bedeutung.

Die Bedeutung des Realschulabschlusses blieb in Hessen annähernd gleich: Sein Anteil an den Schulabschlüssen insgesamt schwankte zwischen 37 und zuletzt 43 %. In Thüringen lag dieser Anteil geringfügig darüber und bewegte sich – von der oben dargestellten Ausnahme abgesehen – zwischen 41 und zuletzt 47 %. Abgenommen hat hingegen der Anteil der Absolventen mit Hauptschulabschluss, und zwar in Thüringen geringfügig stärker als in Hessen. Deren Anteil an den Schulentlassenen insgesamt sank – ausgehend von 25 % in beiden Ländern im Sommer 1992 – auf zuletzt 15 % in Hessen und 14 % in Thüringen. Ebenso ging der Anteil der Schulabgänger (ohne Schulabschluss) zurück, und zwar in Hessen stärker als in Thüringen. In Hessen fiel deren Anteil an den Schulentlassenen insgesamt von 10 % im Schuljahr 1991/92 auf zuletzt 4 % und in Thüringen von 9 auf 7 %.

Interessant ist die Entwicklung der Zahl der Schulentlassenen insgesamt (mit oder ohne Abschluss): In Hessen verließen seit 2006 pro Jahr mindestens 64 000 Schüler die Schule. Im Sommer 1992 waren es erst 57 700. In Thüringen hingegen stieg die Zahl der Schulabgänger zunächst von 25 300 im Sommer 1992 auf 35 900 im Sommer 2000, bevor sie u. a. infolge des Bevölkerungsrückgangs und der niedrigen Geburtenraten in der ersten Hälfte der 90er-Jahre auf 15 900 im Sommer 2014 zurückging.





© ARTENS - Fotolia.com



## Eindeutiger Trend zur Höherqualifizierung

Im Wintersemester (WS) 2013/14 waren an den hessischen Hochschulen (Universitäten, Theologische Hochschulen, Kunsthochschulen, Fachhochschulen, Verwaltungsfachhochschulen) insgesamt 227 600 Studierende, darunter 36 700 im ersten Hochschulsesemester, eingeschrieben. Im WS 1993/94 waren es 162 100 bzw. 18 900. Die thüringischen Hochschulen zählten zuletzt 52 000 Studierende, darunter 9 136 erstmalig Eingeschriebene, und im WS 1993/94 waren es 21 600 bzw. 5 250.

Zum Vergleich der Bedeutung der Hochschulen in den Bundesländern ist die Studienanfängerquote geeignet. Sie gibt an, wie hoch in den Berichtsjahren (jeweils Sommer- und nachfolgendes Wintersemester zusammen) der Anteil der Studienanfängerinnen und -anfänger an der altersspezifischen Bevölkerung ist. Dabei werden hier diejenigen Studierenden betrachtet, die im jeweiligen Land – unabhängig vom Land des Erwerbs der Studienberechtigung – das Studium aufnehmen.

Es zeigt sich, dass die Studienanfängerquote in beiden Ländern zwischen 1993 und 1998 zunächst stagnierte (in Hessen bei 30 bis 32 % und in Thüringen bei 19 bis 21 %), bevor sie sich – nicht kontinuierlich – in Hessen auf 64 % im Jahr 2013 verdoppelte und in Thüringen auf 60 % verdreifachte. Damit lagen die Studienanfängerquoten beider Länder zuletzt auf annähernd gleichem Niveau. Der dargestellte

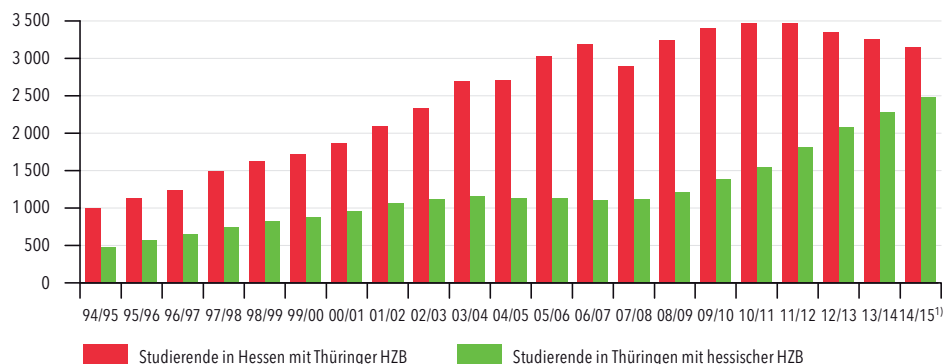
Anstieg folgt der oben aufgezeigten Zunahme der Zahl der Studienanfängerinnen und -anfänger und ist in erster Linie dem allgemeinen Trend zur Höherqualifizierung der heranwachsenden Menschen zuzuschreiben. Als weiterer Grund für die gestiegene Studienanfängerquote ist auch die zunehmende Beteiligung von Studierenden aus dem Ausland im Hochschulbetrieb anzuführen. Betrachtet man nur die deutschen Studierenden, so stieg die entsprechende Quote in beiden Ländern im Zeitraum 1998 bis 2013 weniger stark an, und zwar in Hessen von 33 auf 61 % und in Thüringen von 19 auf 51 %.

Auffällig sind „Quotensprünge“ in jüngerer Vergangenheit. Der starke Anstieg im Jahr 2011 ist v. a. auf die Aussetzung der Wehrpflicht im Sommer 2011 zurückzuführen. Anschließend legte die Quote in Thüringen wieder gleichmäßig zu, während in Hessen 2013 erneut ein kräftiger Sprung erfolgte. Dieser lässt sich durch verstärkte Abiturientenjahrgänge aufgrund des Übergangs auf die achtjährige Gymnasialzeit (G8) erklären. In Thüringen hingegen wurde – wie in Sachsen – die in der ehemaligen DDR übliche 12-jährige Schulzeit bis zum Abitur nach der Wende beibehalten.

Lagen die Studienanfängerquoten der Frauen in Hessen bis 1998 noch deutlich unterhalb derjenigen der Männer, so war der Abstand zwischen beiden seitdem – mit wenigen Ausnahmen – recht gering (2013, Männer: 63,4 %; Frauen: 64,9 %). In Thüringen verhielt es sich umgekehrt. Bis 1997 bewegte sich die Kurve bei beiden Geschlechtern annähernd auf gleicher Höhe, bevor diejenige der Frauen in der Folgezeit oberhalb derjenigen der Männer lag (2013, Männer: 55,5 %; Frauen: 65,3 %).



Studierende in Hessen mit Thüringer Hochschulzugangsberechtigung (HZB) sowie Studierende in Thüringen mit hessischer HZB im Wintersemester 1994/95 bis Wintersemester 2014/15



© kasto - Fotolia.com

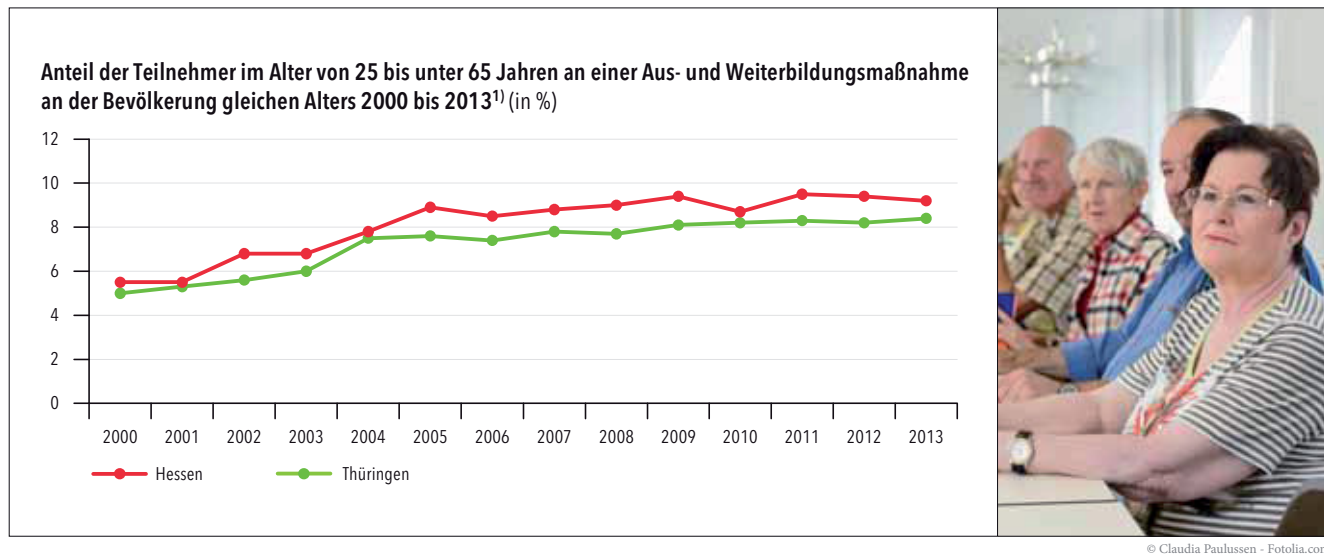
## Reger Studierendenaustausch zwischen Hessen und Thüringen

Mauerfall und Wiedervereinigung eröffneten allen Studienwilligen in Ost und West neue Perspektiven. So nahm im betrachteten Zeitraum in Hessen und Thüringen die Zahl der Studierenden, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im jeweils anderen Land erworben hatten, deutlich zu, wobei auch kleine Schwankungen zu beobachten waren. In Hessen legte die Zahl der Studierenden mit einer Thüringer Hochschulzugangsberechtigung von 992 im Wintersemester 1994/95 mit kleineren Unterbrechungen kräftig auf ca. 3 470 in den Wintersemestern 2010/11 und 2011/12 zu. In der Folgezeit ging sie jedoch leicht auf 3 141 im Wintersemester 2014/15 zurück. Frauen waren stärker vertreten; deren Anteil stieg von 56 % im Wintersemester 1994/95 auf 66 % im Wintersemester 2005/06, um danach wieder auf das Ausgangsniveau zurückzufallen (Wintersemester 2014/15: 54 %).

Einen anderen Kurvenverlauf auf niedrigerem Niveau zeigt die Zahl der in Thüringen Studierenden mit einer hessischen Hochschulzugangsberechtigung. Zunächst stieg sie von 476 im Wintersemester 1994/95 auf 1 153 im Wintersemester 2003/04 an, um anschließend ein halbes Jahrzehnt zu stagnieren. Danach folgte ein kräftiger Anstieg auf 2 472 im Wintersemester 2014/15. Hier waren die Frauen unterrepräsentiert, wenn auch im abnehmenden Maße; deren Anteil stieg von 30 % im Wintersemester 1995/96 auf 46 % im Wintersemester 2014/15.

Die beobachtete Zunahme des Studierendenaustausches zwischen den beiden Ländern ist u. a. auf den allgemeinen Trend zur Höherqualifizierung und zu steigenden Studienanfängerquoten (vgl. S. 31) zurückzuführen, sodass es auch zu stärkeren absoluten Studierendenbewegungen zwischen den Ländern kommt. In diesem Zusammenhang fällt auf, dass der Anteil der Studierenden mit hessischer Hochschulzugangsberechtigung an den in Thüringen Studierenden zwischen dem Wintersemester 2008/09 und dem Wintersemester 2013/14 von 2,4 sprunghaft auf 4,4 % anstieg. Zuvor bewegte sich dieser noch zwischen 1,8 bis 2,5 %. Umgekehrt legte der Anteil der Studierenden mit Thüringer Hochschulzugangsberechtigung an den in Hessen Studierenden von 0,6 % im Wintersemester 1994/95 deutlich auf 1,9 % im Wintersemester 2005/06 zu. Anschließend stagnierte dieser bis zum Wintersemester 2008/09, bevor er auf 1,4 % im Wintersemester 2013/14 zurückging. Dieser zuletzt beobachtete Rückgang verlief teilweise parallel zur oben dargestellten absoluten Abnahme der Zahl der Studierenden in Hessen mit Thüringer Hochschulzugangsberechtigung. Dafür dürfte die in Thüringen niedrige Zahl der Schulabsolventen (mit Hochschulreife) der geburtschwachen Jahrgänge von 1992 bis 1995 mitverantwortlich sein.

Insgesamt belegen die oben aufgeführten Daten einen Zuwachs der grenzüberschreitenden Mobilität bildungswilliger Menschen zwischen Hessen und Thüringen. Dieser Zuwachs dürfte sicherlich auch auf eine gewachsene Vielfalt und Attraktivität von Studiermöglichkeiten in beiden Ländern zurückzuführen sein.



## Inanspruchnahme des Aus- und Weiterbildungswesens für Erwachsene konstant

Die Arbeitswelt, aber auch die privaten Lebensumstände unterliegen in technologischer und gesellschaftlicher Sicht einem immer schnelleren Wandel und verlangen sowohl von Erwerbstätigen, von Arbeitssuchenden als auch von Nichterwerbspersonen eine ständige Anpassung ihrer Fähigkeiten und Fertigkeiten an sich verändernde Gegebenheiten. Der Unterstützung dieses Anpassungsprozesses widmen sich die Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für Personen im Erwachsenenalter, was schlagwortartig als „Lebenslanges Lernen“ bezeichnet wird.

Der Indikator „Lebenslanges Lernen“ basiert auf Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebung der EU (AKE) und dient u. a. zur Beobachtung der nachhaltigen Entwicklung in Europa. Er bezieht sich auf Personen im Alter zwischen 25 und 64 Jahren, die in der AKE angegeben haben, dass sie in den vier Wochen vor der Erhebung an einer Aus- oder Weiterbildungsmaßnahme teilgenommen haben. Für den Indikator wird diese Zahl ins Verhältnis zur Gesamtbevölkerung derselben Altersgruppe gesetzt. Die erfassten Informationen beziehen sich auf alle Formen der allgemeinen und beruflichen Bildung, unabhängig davon, ob sie für die gegenwärtige oder mögliche zukünftige Arbeitsstelle der Befragten relevant sind.

In Hessen nahmen im Jahr 2000 gut 185 000 der 25- bis 64-jährigen Personen an Aus- oder Weiterbildungsmaß-

nahmen teil. Diese Teilnehmerzahl legte in der Folgezeit deutlich zu auf knapp 300 000 im Jahr 2005. Seitdem hält sie sich auf diesem Niveau. 2009 und in den Berichtsjahren 2011 bis 2013 wurde die Schwelle von 300 000 Bildungsteilnehmern sogar überschritten (2013: 307 200).

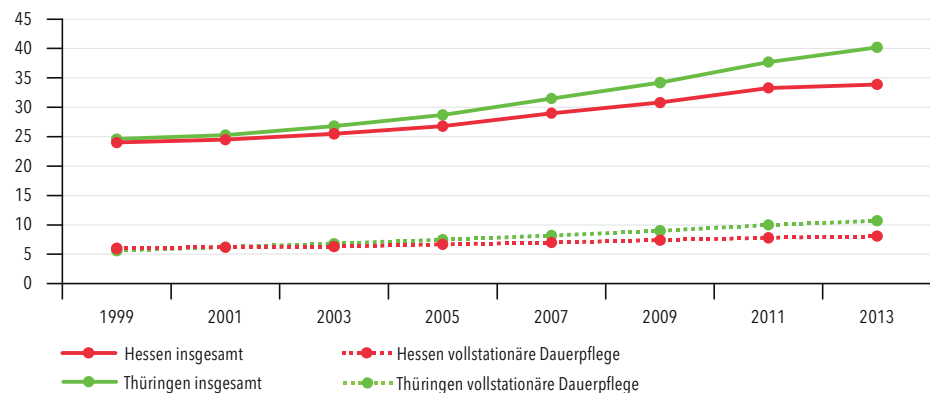
Entsprechend der Entwicklung der Teilnehmerzahl bewegte sich ihr Anteil an der Bevölkerung gleichen Alters: Lag sie im Jahr 2000 bei 5,5 %, so bewegte sie sich ab 2005 deutlich oberhalb der Schwelle von 8,0 %. Das Maximum von 9,5 % fiel auf das Jahr 2011. 2013 war der Anteil mit 9,2 % unwesentlich niedriger.

Eine ähnliche Entwicklung wie in Hessen lässt sich auch für Thüringen festhalten, und zwar auf einem nur geringfügig niedrigeren Niveau: Lag die Teilnehmerquote 2000 bei 5,0 %, so legte sie bis 2004 schnell auf 7,5 % zu, um in der Folgezeit langsam die 8%-Schwelle (2009) zu erreichen und weiter auf 8,4 % im Jahr 2013 anzusteigen. Zur Jahrtausendwende nahmen rund 68 000 Erwachsene an den Aus- oder Weiterbildungskursen teil. Zwischen 2004 und 2008 bewegte sich die Teilnehmerzahl knapp unter der Schwelle von 100 000 und seit 2009 leicht darüber (2013: rund 102 100).

Eine Unterscheidung der Teilnehmerquote nach Geschlecht ergibt entgegengesetzte Ergebnisse zwischen den Ländern: Abgesehen von 2006 und 2010 lag die Quote im gesamten Betrachtungszeitraum bei den Männern in Hessen leicht oberhalb derjenigen der Frauen (2013 Männer: 9,6 %; Frauen: 8,8 %). Hingegen war die Quote der Männer in Thüringen im selben Zeitraum geringfügig niedriger als diejenige der Frauen (2013 Männer: 8,0 %; Frauen: 8,7 %), mit Ausnahme der Jahre 2005 und 2006.



Pflegebedürftige je 1 000 Einwohner 1999 bis 2013 nach ausgewählter Leistungsart



© Kzenon - Fotolia.com

## Immer mehr Menschen brauchen Hilfe

Seit der Einführung der Pflegestatistik im Jahr 1999 ist die Zahl der Pflegebedürftigen im Sinne des Elften Sozialgesetzbuches (SGB XI) in beiden Ländern kontinuierlich angestiegen. Im Jahr 2013 waren 86 900 Thüringer und 205 100 Hessen pflegebedürftig<sup>1)</sup>. Gegenüber dem Jahr 1999 entspricht dies einer Steigerung von 44 % in Thüringen (1999: 60 300 Personen). In Hessen fiel die Steigerung mit 41 % etwas geringer aus (1999: 145 400 Personen). Bezogen auf die Gesamtbevölkerung stellt sich die Entwicklung wie folgt dar: 1999 waren in Hessen 24 Personen je 1 000 Einwohner als pflegebedürftig eingestuft, 2013 waren es 34 Personen. Im selben Zeitraum stieg die Zahl in Thüringen von 25 auf 40 Personen.

Pflegebedürftigkeit hat viele Facetten, wie auch die Art, wie Pflegeleistungen erbracht werden. In vielen Fällen übernehmen Angehörige oder Bekannte die Pflege, ambulante Pflegedienste kommen zum Einsatz oder es werden teilstationäre Angebote in Anspruch genommen. Oft ist es auch eine Mischung aus den vorhandenen Möglichkeiten, die den Pflegebedürftigen ermöglicht, im heimischen Umfeld zu bleiben. Doch bisweilen ist eine Unterbringung in vollstationärer Dauerpflege, d. h. in einem Pflegeheim, die beste Lösung, dem Hilfebedarf gerecht zu werden.

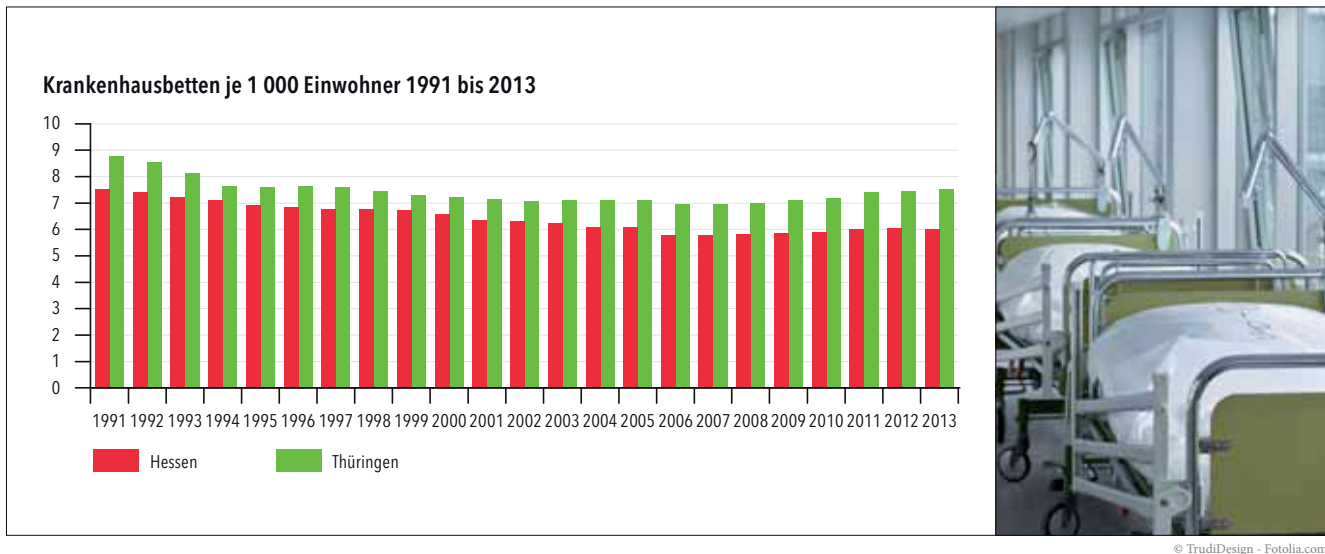
1999 wurde ein Viertel aller hessischen Pflegebedürftigen in einem Heim versorgt, in Thüringen lag der Anteil geringfügig darunter. Bis 2013 kehrten sich die Verhältnisse um: 24 % der pflegebedürftigen Hessen, also ein etwas gerin-

gerer Anteil als 1999, waren Ende 2013 auf die Versorgung in einem Heim angewiesen, während sich in Thüringen der Anteil der Heimbewohner unter den Pflegebedürftigen auf 27 % erhöht hatte.

Einwohnerbezogen zeichnet sich für 2013 folgendes Bild: Von 1 000 Einwohnern waren in Hessen 34 pflegebedürftig, davon wurden 26 im häuslichen Umfeld von Angehörigen und/oder ambulanten Pflegediensten und 8 in einem Pflegeheim versorgt. Von den 40 pflegebedürftigen unter je 1 000 Thüringern wurden 30 zu Hause und 11 in einem Heim gepflegt<sup>2)</sup>.

Welche Ursachen den dargestellten Entwicklungen tatsächlich zugrunde liegen, bedarf einer eigenen, umfassenden Analyse. Da immer mehr Menschen immer älter werden und der Bedarf an Pflegeleistungen mit zunehmendem Alter steigt, liegt es nahe, hierin eine der Ursachen für die steigende Zahl von Pflegebedürftigen generell zu suchen.





## Krankenhausbettendichte zunächst rückläufig, aktuell stagnierend

Die Entwicklung der Kapazitäten im stationären Krankenhaussektor seit Einführung der Krankenhausstatistik im Jahr 1991 verlief in den beiden Nachbarländern Hessen und Thüringen annähernd gleich. Im Jahr 1991 gab es in den 69 Thüringer Krankenhäusern 22 800 aufgestellte Betten zur vollstationären Behandlung von Patienten. Das waren

8,8 Betten je 1 000 der Bevölkerung. Im gleichen Jahr gab es in den 189 hessischen Krankenhäusern 43 700 aufgestellte Betten. Bezogen auf 1 000 Einwohner waren das 7,5 Betten.

Bis 2013 verringerte sich die Zahl der Krankenhäuser in Thüringen um 25 bzw. 36 % auf 44. Im gleichen Zeitraum ist ein Abbau von 6 500 bzw. 29 % der aufgestellten Betten auf 16 200 zu verzeichnen. In Hessen verringerten sich die Zahl der Einrichtungen im stationären Krankenhaussektor und die Zahl der aufgestellten Betten im Vergleichszeitraum weniger stark. Von 1991 bis 2013 wurde ein Rückgang um 17 bzw. 9,0 % der Einrichtungen auf 172 Krankenhäuser festgestellt. Gleichzeitig ging die Zahl der zur Verfügung stehenden Betten um 7 500 bzw. 17 % auf 36 200 zurück. Die Veränderungsrate (17 %) in Hessen lag damit um 12 Prozentpunkte unter der thüringischen (29 %).

Der Bettenabbau in den Versorgungseinrichtungen des Gesundheitswesens wird insbesondere bei der Betrachtung der Bettendichte deutlich. Hier gab es in den Ländern Hessen und Thüringen einen Rückgang der Zahl der zur Verfügung stehenden Betten je 1 000 Einwohner bis 2006. In beiden Ländern wurde 2006 die niedrigste Bettendichte verbucht. Je 1 000 Thüringer standen 6,9 zur vollstationären Behandlung von Patienten aufgestellte Betten zur Verfügung, während in Hessen im selben Jahr ein Minimum von 5,8 Betten je 1 000 Einwohner gemessen wurde.

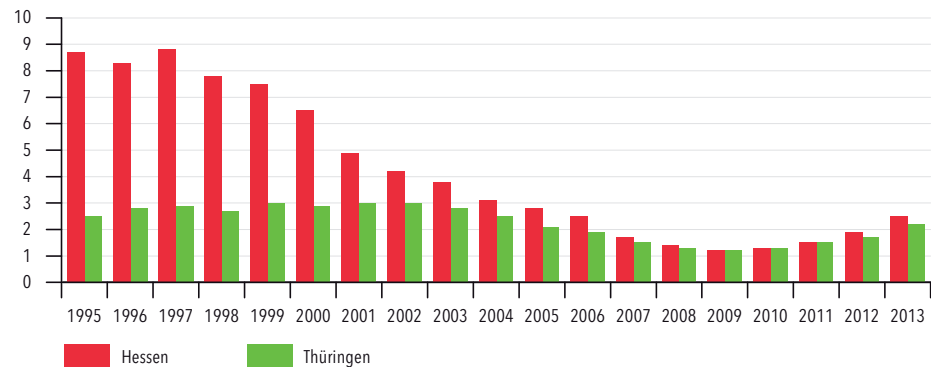
Mit zuletzt 7,5 Betten je 1 000 Einwohner in Thüringen und 6,0 Betten je 1 000 Einwohner in Hessen kann nach 2006 bis zum Jahr 2013 eher von einer Stagnation der Versorgungskapazitäten im stationären Krankenhaussektor gesprochen werden.



© bluedesign - Fotolia.com



Empfänger von Asylbewerberregelleistungen je 1 000 Einwohner 1995 bis 2013



© Marco2811 - Fotolia.com

## Seit 2010 wieder mehr Empfänger von Regelleistungen

„Zuständig für die Durchführung des Asylverfahrens ist der Bund durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Verantwortlich für die Unterbringung der Asylbewerber sowie die Gewährung der Geld- und Sachleistungen zu ihrer Existenzsicherung sind die Bundesländer. Um eine gleichmäßige Verteilung der Asylbewerber auf die Bundesländer zu gewährleisten, wird für jedes Bundesland eine Aufnahmequote aufgrund der Einwohnerzahl und des Steueraufkommens festgelegt. Zur Erstunterbringung haben die einzelnen Bundesländer Aufnahmeeinrichtungen geschaffen, an die die Außenstellen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge angeschlossen sind.“<sup>(1)</sup> Die genannten Geld- und Sachleistungen sind im Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) geregelt.

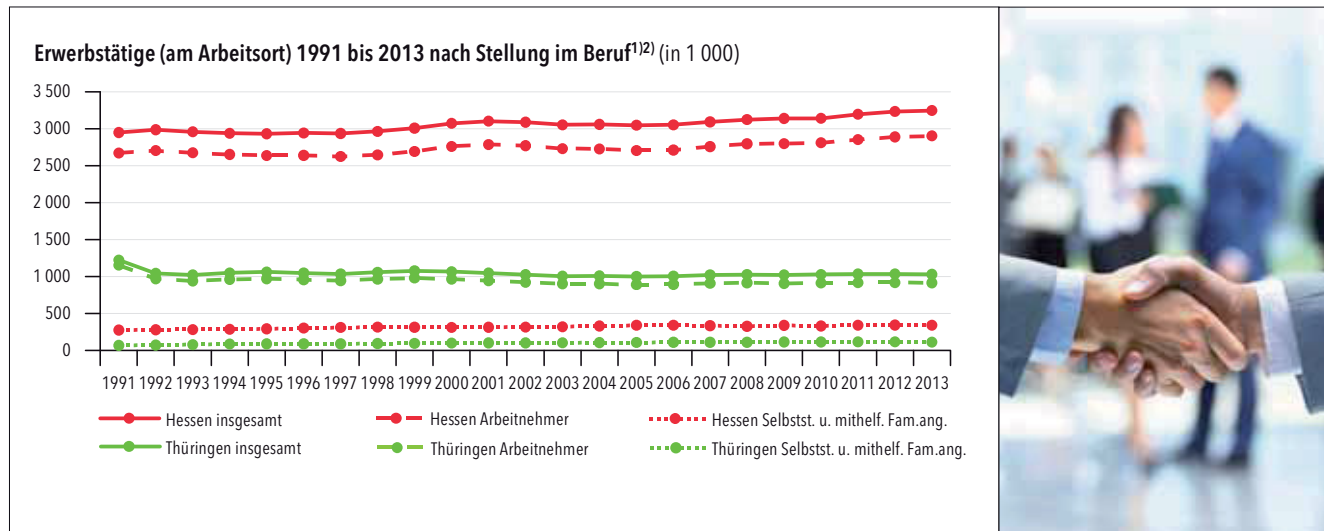
Am 31. Dezember 1995 erhielten in Hessen 52 100 Personen Leistungen nach diesem Gesetz in Form von Regelleistungen, in Thüringen waren dies zum selben Zeitpunkt 6 200 Personen. Das bisherige Maximum an Empfängern wurde in Hessen wie auch in Thüringen am 31. Dezember 1997 ermittelt. Ein Grund hierfür liegt darin, dass ab Anfang 1997 der Personenkreis der Leistungsempfänger auch die Bürgerkriegsflüchtlinge umfasst. Während im neuen Bundesland Thüringen 7 300 Regelleistungsempfänger gezählt wurden, gab es in Hessen etwa das Siebenfache an Empfängern (53 300 Personen). Betrachtet man die Zahl der Empfänger je 1 000 Einwohner, relativiert sich

die Differenz zwischen beiden Bundesländern: Kamen im Jahr des Höchststandes auf 1 000 Einwohner in Thüringen 2,9 Empfänger von Regelleistungen, so waren es in Hessen 8,8 Empfänger je 1 000 Einwohner, also noch das Dreifache.

Ab 1998 ist in Hessen und ab 2003 auch in Thüringen ein rückläufiger Trend der Anzahl der Empfänger von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zu verzeichnen. Diese absteigende Entwicklung setzte sich in beiden Ländern bis 2009 fort und ließ sich in Hessen an einem absoluten Rückgang von 45 800 Personen (- 86 %) seit 1997 und in Thüringen von 4 500 Personen (- 62 %) seit 2002 feststellen. Der stärkste prozentuale Rückgang im Vorjahresvergleich seit Einführung der Statistik wurde im Jahr 2007 verzeichnet, und zwar in Hessen mit 33 % (- 4 900 Personen) sowie in Thüringen mit 22 % (- 1 000 Personen).

Mit 1,2 Empfängern je 1 000 Einwohnern hat sich im Jahr 2009 die Zahl der Empfänger in Hessen und Thüringen bezogen auf die Bevölkerung des jeweiligen Bundeslandes erstmals angeglichen. Erhielten in Hessen 7 500 Personen Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, waren dies in Thüringen 2 700.

Seit 2010 ist in beiden Ländern ein Anstieg der Zahl von Empfängern von Asylbewerberregelleistungen festzustellen. Am 31. Dezember 2013 lag die Empfängerzahl in Hessen bei 15 000 und in Thüringen bei 4 800. Bezogen auf 1 000 Einwohner war sie in Thüringen mit 2,2 nur geringfügig niedriger als in Hessen.



© FotolEdhar - Fotolia.com

## Erwerbstätigenzahl steigt in Hessen und stagniert in Thüringen

In der Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder werden alle Personen erfasst, die eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben. In Thüringen sank die Zahl der Erwerbstätigen von 1,223 Millionen im Jahr 1991 deutlich um 15 % auf 1,043 Millionen im Folgejahr. Dieser Rückgang war Folge der Wirtschaftsneustrukturierung nach der Wende. In der Folgezeit hielt Thüringen die Erwerbstätigenzahl auf recht konstantem Niveau (2013: 1,030 Millionen). Die Stabilisierung des Arbeitsmarktes wurde durch staatliche Einflussnahme unterstützt. Dazu gehörten insbesondere die sogenannten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen („ABM“). Für leichte Schwankungen der Erwerbstätigenzahl sorgten v. a. konjunkturelle Einflüsse. So entfallen leichte Dellen zwischen 1996 und 1998 sowie zwischen 2002 und 2006 auf wirtschaftlich schwache Phasen und im Jahr 2009 auf die Finanz- und Wirtschaftskrise. Umgekehrt bewirkten Wirtschaftsaufschwünge vergleichsweise höhere Werte zwischen 1998 und 2001 sowie in den Jahren 2007 und 2008.

Die oben aufgezeigten Schwankungen der Erwerbstätigenzahl sind in der hessischen Erwerbstätigenstatistik auf einem höheren absoluten Niveau ebenfalls erkennbar. Die Erwerbstätigenzunahme seit den prosperierenden Jahren 2007 und 2008 wurde in den Krisenjahren 2009 und 2010 nur zwischenzeitlich gebremst. Auch auf lange Sicht zeigte sich eine deutliche Zunahme der Erwerbstätigenzahl von 2,931 Millionen im Jahr 1995 um 11 % auf 3,246 Millionen im Jahr 2013.

Die Erwerbstätigen lassen sich in zwei Hauptgruppen einteilen: Selbstständige (und mithelfende Familienangehörige) sowie Arbeitnehmer. Zu Letzteren gehören sozialversicherungspflichtig und „marginal“ Beschäftigte (z. B. Mini-Jobber, 1-Euro-Jobber) sowie Beamte. In Hessen verringerte sich der Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen von 90,6 % im Jahr 1991 auf 88,8 % im Jahr 2006, bevor er geringfügig auf 89,4 % im Jahr 2013 anstieg. Im Gegenzug nahm der Anteil der Selbstständigen an den Erwerbstätigen zunächst von 9,4 % (1991) auf 11,2 % (2006) zu, bevor er leicht auf 10,6 % (2013) zurückfiel.

In Thüringen lag der Anteil der Arbeitnehmer bis 2006 immer oberhalb des hessischen Wertes, allerdings im abnehmenden Maße. So sank er von 94,4 % im Jahr 1991 auf 88,9 % im Jahr 2006. In der Folgezeit hielt er sein Niveau und lag bis zuletzt (2013: 88,9 %) geringfügig unter dem hessischen Niveau. Ähnliches gilt unter umgekehrtem Vorzeichen für den Anteil der Selbstständigen, der sich – unterhalb des Niveaus von Hessen – von 1991 (5,6 %) bis 2006 (11,1 %) nahezu verdoppelte, in der Folgezeit sein Niveau hielt (2013: 11,1 %) und sich geringfügig über dem hessischen Niveau bewegte.

Der deutliche Anstieg der Selbstständigenquote in Thüringen in der ersten Hälfte des gesamten Betrachtungszeitraums dürfte in erster Linie auf Transformationsprozesse nach der Wiedervereinigung zurückzuführen sein. Ab 2003 waren wohl insbesondere Zuschüsse für die Gründung von selbstständigen Unternehmen sowohl in Hessen als auch in Thüringen für den Anstieg der Quote mitverantwortlich. Offensichtlich ließ die Einschränkung dieser Fördermaßnahmen ab 2006 diese Quote – wie oben dargestellt – in Hessen sinken und in Thüringen stagnieren.



Geleistete Arbeitsstunden je Erwerbstätigen (am Arbeitsort) 2000 bis 2013<sup>1)</sup>



© V - Fotolia.com

## Arbeitsvolumen geht sowohl in Hessen als auch in Thüringen zurück

Das Arbeitsvolumen umfasst die Gesamtzahl der während eines Berichtszeitraums am jeweiligen Arbeitsort von Arbeitnehmern und Selbstständigen innerhalb einer Region tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden. Es berücksichtigt weder Intensität noch Qualität der geleisteten Arbeit. Das Arbeitsvolumen ergibt sich als Produkt aus Erwerbstätigenzahl und Arbeitszeit je Erwerbstätigen.

In Hessen stieg die Zahl der Erwerbstätigen von 3,072 Millionen im Jahr 2000 um 5,7 % auf 3,246 Millionen im Jahr 2013. Trotzdem gingen die von den Erwerbstätigen pro Jahr geleisteten Arbeitsstunden im gleichen Zeitraum von 4,529 Milliarden um 0,4 % auf 4,511 Milliarden zurück. Daraus ergibt sich, dass die geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen von 1 474 im Jahr 2000 um 5,7 % auf 1 390 im Jahr 2013 sanken.

In Thüringen verringerte sich die Zahl der Erwerbstätigen von 1,067 Millionen im Jahr 2000 um 3,4 % auf 1,030 Millionen im Jahr 2013. Stärker ausgeprägt war die Abnahme der geleisteten Arbeitsstunden im selben Zeitraum von 1,676 Milliarden um 8,4 % auf 1,534 Milliarden. Damit ging – ähnlich wie in Hessen – ein Rückgang der geleisteten Arbeitsstunden je Erwerbstätigen von 1 571 im Jahr 2000 um 5,2 % auf 1 490 im Jahr 2013 einher. Im betrachteten Zeitraum war die je Erwerbstätigen erbrachte Jahresarbeitsleistung in Thüringen durchschnittlich um rund 7 % höher als in Hessen.

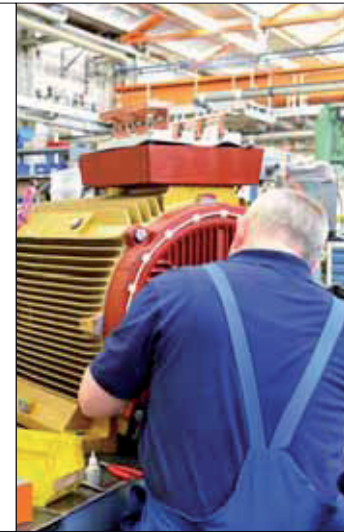
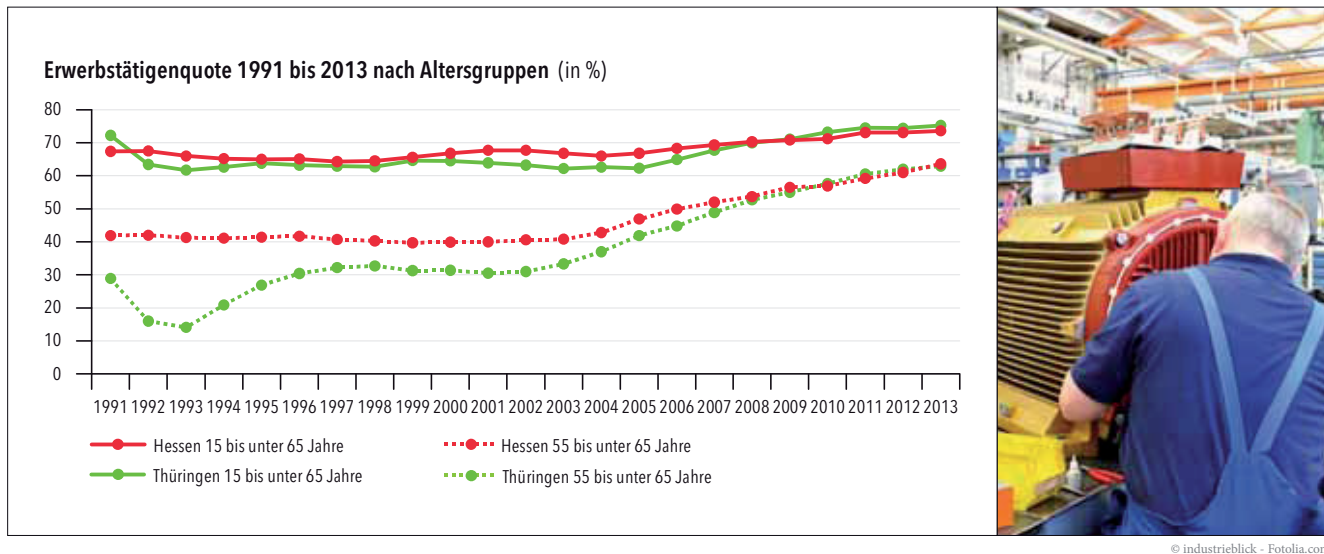
Die aufgezeigten Zeitreihen verdeutlichen, dass das geleistete Arbeitsvolumen im Zeitablauf auf mehr Erwerbstätige aufgeteilt wurde. Dies ist ein Hinweis darauf, dass althergebrachte Arbeits(-zeit)formen zunehmend durch alternative Arbeits(-zeit)modelle ersetzt wurden. So nahm z. B. die Bedeutung der Teilzeitarbeit deutlich zu (vgl. S. 68).

Auffällig sind im Verlauf der beiden dargestellten Kurven zwei Dellen. Die – in Thüringen stärkeren – Vertiefungen in den Jahren 2002 und 2003 waren wohl Folge der als dot-com-Krise bezeichneten Wirtschaftskrise. Noch deutlicher war der Einbruch im Jahr 2009 im Zuge der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise; insbesondere in dieser Krisenzeit hatte sich das arbeitsmarktpolitische Instrument „Kurzarbeit“ bewährt<sup>2)</sup>. Dadurch konnten Entlassungen im größeren Umfang vermieden werden. Für den nachfolgenden Konjunkturaufschwung konnten die Unternehmen damit ohne Zeitverzug direkt auf den vorhandenen eingearbeiteten und erfahrenen Mitarbeiterstab zurückgreifen.



© moonrun - Fotolia.com





## 55- bis 65-Jährige zunehmend am Erwerbsleben beteiligt

Die Erwerbstätigenquote stellt den Anteil der Erwerbstätigen einer Altersgruppe an der Bevölkerung gleichen Alters dar<sup>1)</sup>. In beiden Ländern bewegte sich die Quote der 15- bis unter 65-Jährigen im Zeitraum 1991 bis 2004 wellenförmig. Ausgehend von 67,4 % im Jahr 1991 sank sie in Hessen aufgrund der schwachen Wirtschaftsentwicklung auf 64,3 % im Jahr 1997, bevor sie im Zuge eines Konjunkturaufschwungs auf 67,7 % im Jahr 2001 zulegte. Die sogenannte dot-com-Krise ließ sie wieder auf 66,0 % im Jahr 2004 fallen. Es folgte ein kontinuierlicher Anstieg der Quote auf 73,6 % bis zum Jahr 2013, den die Finanz- und Wirtschaftskrise nach 2008 nur geringfügig bremste.

In Thüringen fiel die Quote zunächst rapide von 72,2 % im Jahr 1991 auf 61,7 % im Jahr 1993, was auf die Entlassungen im Zuge des wirtschaftlichen Umbruchs zurückzuführen war. Nachdem sich der Erwerbstätigenanteil bis 1995 (63,8 %) erholte, unterlag er im Folgenden ähnlichen Konjunkturfaktoren wie in Hessen und schwankte bis zum zwischenzeitlichen Tiefpunkt von 62,3 % im Jahr 2005. Danach legte er fast ununterbrochen auf 75,2 % im Jahr 2013 zu.

Dieser Anstieg war – wie in Hessen – u. a. Folge eines seit 2002 zu beobachtenden starken Zuwachses der Erwerbsbeteiligung bei den 55- bis unter 65-Jährigen. So stieg die Erwerbstätigenquote dieser Altersgruppe in Hessen von 40,0 % im Jahr 2001 um 23,6 Prozentpunkte auf 63,6 % im Jahr 2013. In Thüringen verdoppelte sie sich gar von 30,5 % um 32,4 Prozentpunkte auf 62,9 %. In den Jahren

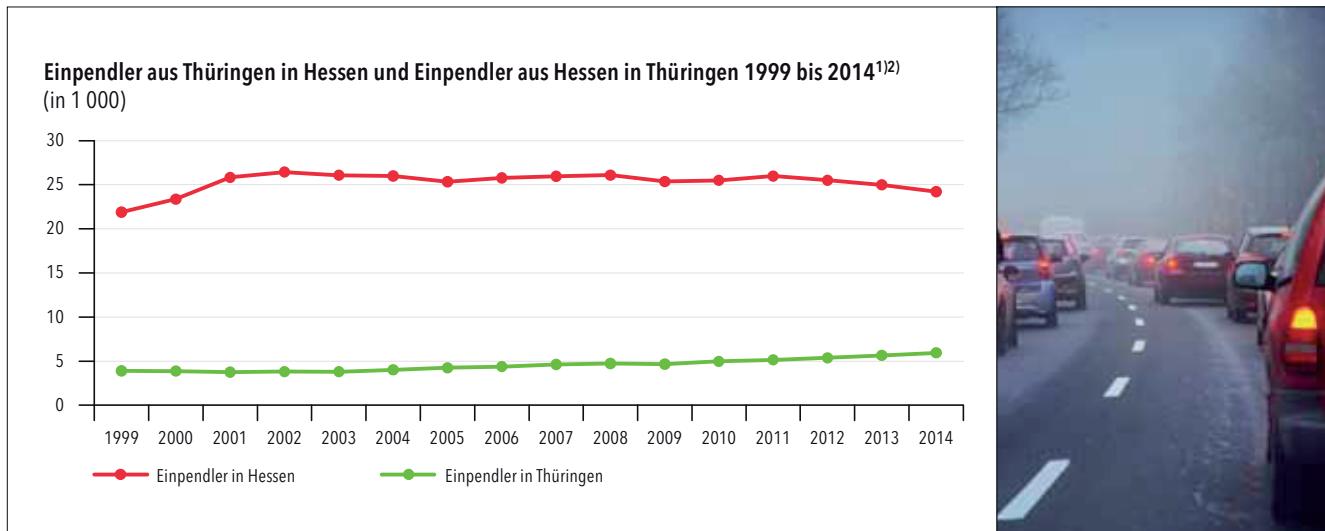
vor 2001 bewegte sie sich in Hessen auf konstantem Niveau, während sie in Thüringen zwischen 1991 und 1997 eine tiefe Talsohle durchschritt. Von den oben aufgeführten Entlassungen waren insbesondere Ältere betroffen, sodass die Quote der 55- bis unter 65-Jährigen von 28,9 % im Jahr 1991 auf 14,1 % im Jahr 1993 fiel. Der Rückgang konnte jedoch bis 1996 (30,4 %) ausgeglichen werden.

Seit 2008 liegen die Erwerbstätigenquoten beider Altersgruppen in beiden Ländern nahe beieinander.

Die Erwerbstätigenquote der 15- bis unter 65-jährigen Männer sank in beiden Ländern vom annähernd gleichen Ausgangsniveau im Jahr 1991 (Hessen: 78,9 %; Thüringen 79,0 %) bis zum Jahr 2004 in Hessen auf 72,8 % und in Thüringen auf 65,7 %. In der Folgezeit stiegen die Quoten wieder an und erreichten 2013 jeweils wieder das Ausgangsniveau (Hessen: 78,3 %; Thüringen 78,0 %).

Die Erwerbsbeteiligung der Frauen war in der ehemaligen DDR deutlich höher als in der ehemaligen Bundesrepublik. So lag die Erwerbstätigenquote der 15- bis unter 65-jährigen Frauen in Thüringen im Jahr 1991 mit 65,5 % deutlich über jener der gleichaltrigen Frauen in Hessen mit 55,3 %. Die Quote fiel in Thüringen zunächst rapide um 11,5 Prozentpunkte auf 54,0 % im Jahr 1993 und damit auf das hessische Niveau (1993: 55,1 %). In der Folgezeit stieg sie in beiden Ländern bis 2013 kräftig an, und zwar in Hessen auf 68,9 % und in Thüringen auf 72,4 %, sodass der Abstand zur Quote der Männer zuletzt nur noch 9,4 (Hessen) bzw. 5,6 Prozentpunkte (Thüringen) betrug. In beiden Ländern ging die seit 2005 gestiegene Erwerbstätigenquote der 15- bis unter 65-Jährigen also v. a. auf die stärkere Erwerbsbeteiligung der Älteren und der Frauen zurück.





© Petair - Fotolia.com



## Hessen mit positivem und Thüringen mit negativem Pendlersaldo

Menschen verbleiben vielfach an ihrem ansässigen Wohnort, wenn sie einen (neuen) Arbeits- bzw. Ausbildungsplatz außerhalb ihrer Wohngemeinde aufsuchen. Daraus resultieren regelmäßige Pendlerbewegungen zwischen Wohnort und Arbeitsstätte. Der Mauerfall und die folgende Wiedervereinigung ermöglichten auch die berufliche Mobilität zwischen Hessen und Thüringen. Im Folgenden werden die Pendlerverflechtungen zwischen den beiden Ländern anhand der Angaben der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit betrachtet.

Ende Juni 2014 gingen in Hessen 2,360 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ihrer Arbeit nach (Beschäftigte am Arbeitsort). Gleichzeitig waren 2,234 Millionen Beschäftigte in einem hessischen Wohnort ansässig (Beschäftigte am Wohnort), darunter waren 213 700 außerhalb von Hessen beschäftigt, die sogenannten Auspendler. Demnach hatten 2,020 Millionen Menschen ihren Arbeits- und Wohnort in Hessen. Zur Gesamtzahl der Beschäftigten mit Arbeitsort in Hessen trugen 339 900 Einpendler aus einem Wohnort außerhalb Hessens bei. Von diesen Einpendlern stammten gut 24 200 aus Thüringen. Das entsprach 7,1 % aller nach Hessen einpendelnden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Dieser bezogen auf alle nach Hessen einpendelnden Personen vergleichsweise niedrige Anteil dürfte darauf zurückzuführen sein, dass attraktive und oft gut bezahlte Arbeitsplätze sich insbesondere in

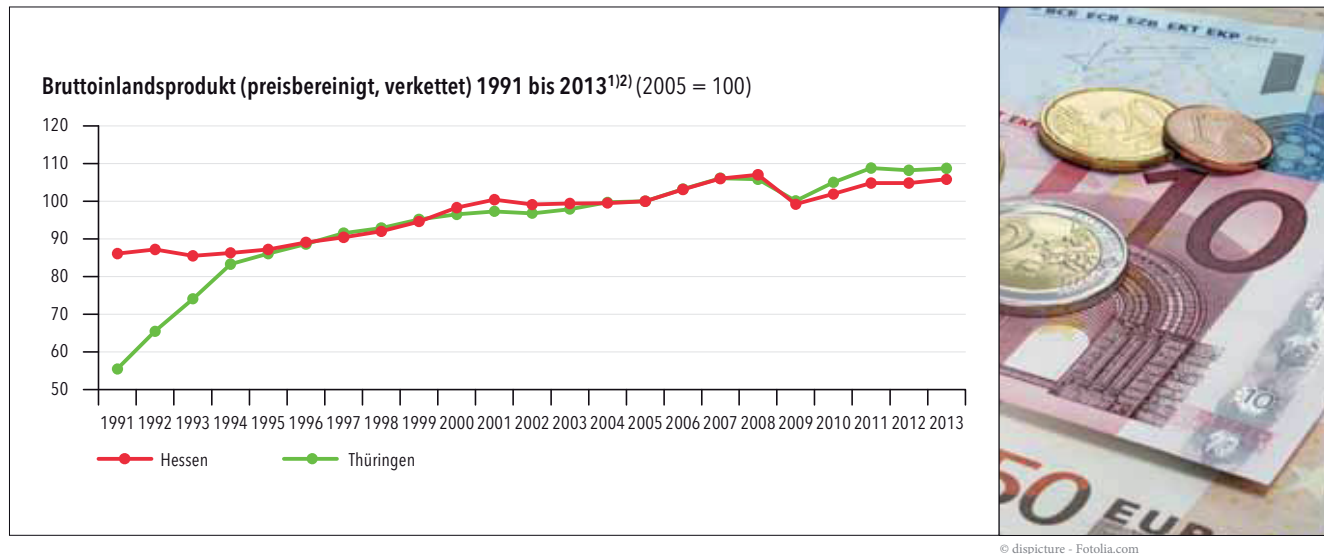
Ballungsräumen konzentrieren, welche in Hessen oftmals an andere (und bevölkerungsreichere) Bundesländer grenzen und somit aus diesen auch die Einpendler anziehen. Unter umgekehrten Vorzeichen dürfte dies dann auch für die hessischen Auspendler gelten. So war der Anteil der hessischen Auspendler nach Thüringen an den hessischen Auspendlern insgesamt mit 2,8 % oder 5 900 Personen niedriger.

In Thüringen standen den 782 200 Beschäftigten am Arbeitsort 843 800 Beschäftigte am Wohnort gegenüber, und die Zahl der Auspendler war mit 124 200 knapp doppelt so hoch wie die der Einpendler mit 62 600. Im Gegensatz zu Hessen bestand hier also ein negativer Pendlersaldo. Von den Auspendlern waren 24 200 bzw. knapp 20 % in Hessen tätig. Von den Einpendlern nach Thüringen kamen 5 900 bzw. rund 10 % aus Hessen.

Eine Darstellung der Pendlerbewegungen ist ab dem Jahr 1999 möglich. Ab 1999 erhöhte sich die Zahl der Einpendler aus Thüringen nach Hessen von 21 900 im Jahr 1999 auf 25 800 im Jahr 2001, um sich dann bis zuletzt auf diesem Niveau zu halten. In umgekehrter Richtung stagnierte die Zahl der Einpendler aus Hessen nach Thüringen im Zeitraum von 1999 bis 2003 zwischen 3 750 (2001) und 3 897 (1999), bevor sie langsam, aber kontinuierlich auf 5 943 im Jahr 2014 anstieg.

Es lässt sich festhalten, dass die Pendlerbewegungen zwischen Hessen und Thüringen im Zeitraum nach der Jahrtausendwende auf einem relativ konstanten Niveau blieben.





## Thüringen kam besser durch die Finanz- und Wirtschaftskrise als Hessen

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist ein Maß für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft, und die Veränderungsrate des preisbereinigten BIP dient als Messgröße für das Wirtschaftswachstum. Zwar gibt es im Rahmen der Diskussion um eine stärker nachhaltig ausgerichtete Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft zunehmend Kritik an der starken Fokussierung der politischen und wirtschaftlichen Entscheidungsträger auf diese Messgrößen, weil nach Ansicht der Kritiker damit u. a. vielfältige ökonomische, ökologische und soziale Aspekte nicht ausreichend berücksichtigt werden. Dennoch ist Wachstum nach wie vor ein zentrales Argument für (wirtschafts-)politische Entscheidungen.

Während Hessens Wirtschaftsleistung zwischen 1991 und 1995 stagnierte oder gar schrumpfte, erlebte diejenige von Thüringen einen beispiellosen Aufschwung. So legte der Index des preisbereinigten BIP von 55,5 im Jahr 1991 im Zuge der wirtschaftlichen Neustrukturierung, die mit öffentlichen Mitteln unterstützt wurde, sprunghaft auf 86,1 im Jahr 1995 zu.

Fortan entwickelte sich die Wirtschaft in beiden Ländern mehr oder weniger positiv, mit jährlichen Steigerungsraten von 0,9 bis 3,9 %, bis diese von 2002 bis 2005 durch eine als dot-com-Krise bezeichnete schwere Rezession deut-

lich gedämpft wurde, sodass der Index in Thüringen von 97,3 im Jahr 2001 vergleichsweise schwach auf 100,0 im Jahr 2005 anstieg und in Hessen im gleichen Zeitraum von 100,4 auf 100,0 sank.

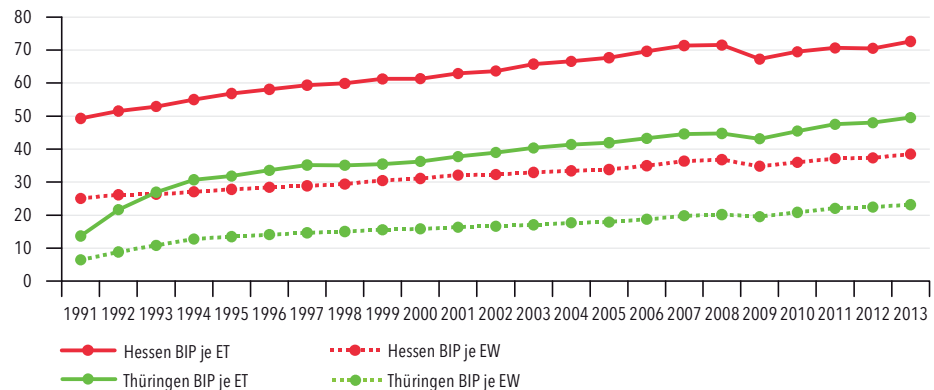
Es folgte ein kräftiger Aufschwung mit vergleichsweise hohen Steigerungsraten in den Jahren 2006 (Hessen: + 3,1 %; Thüringen: + 3,2 %) und 2007 (jeweils: + 2,8 %). Nach einem verhaltenen Jahr 2008 ließ die schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise in der Nachkriegsgeschichte Deutschlands den Index in Hessen von 107,0 (2008) auf 99,2 im Jahr 2009 und in Thüringen von 105,8 auf 100,1 stürzen. Hessen war u. a. wegen der bedeutenden und von der Krise schwer getroffenen Wirtschaftsbereiche „Finanz- und Versicherungsdienstleister“ sowie „Unternehmensdienstleister“ stärker von der Krise betroffen als Thüringen. Die hessische Wirtschaft erholte sich in der Folgezeit auch wesentlich langsamer, sodass der Index des realen BIP in Hessen mit 105,8 im Jahr 2013 das Vorkrisenniveau des Jahres 2008 von 107,0 noch nicht wieder erreichte. In Thüringen lag der Index mit 108,7 im Jahr 2013 bereits deutlich über dem Stand von 2008 (105,8).

Geht man vom Zeitraum ab 1995 aus, so betrug die durchschnittliche jährliche Veränderungsrate des preisbereinigten BIP seitdem 1,1 % in Hessen und 1,3 % in Thüringen. Die geringe Differenz zwischen diesen beiden Raten sowie die seit 1996 annähernd parallel verlaufenden Indexkurven illustrieren, dass das Wirtschaftswachstum beider Länder im vereinigten Deutschland gleichermaßen den jeweiligen externen Konjunkturfaktoren (wie internationalen Aufschwüngen und Krisen) unterworfen war.





Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jeweiligen Preisen je Erwerbstätigen<sup>1)</sup> (ET) bzw. je Einwohner (EW) 1991 bis 2013<sup>2)3)</sup> (in 1 000 Euro)



© Goss Vitalij - Fotolia.com

## Bruttoinlandsprodukt weiterhin auf unterschiedlichem Niveau

Auf der vorherigen Seite war bei der Betrachtung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) anhand des Indexes mit Basisjahr 2005 das Niveau der Volkswirtschaften beider Länder nicht erkennbar. Hier erfolgt nun die Betrachtung des BIP in jeweiligen Preisen, und zwar bezogen zum einen auf die (im jeweiligen Land arbeitenden) Erwerbstätigen und zum anderen auf die Einwohner, sodass ein Niveauunterschied ersichtlich wird.

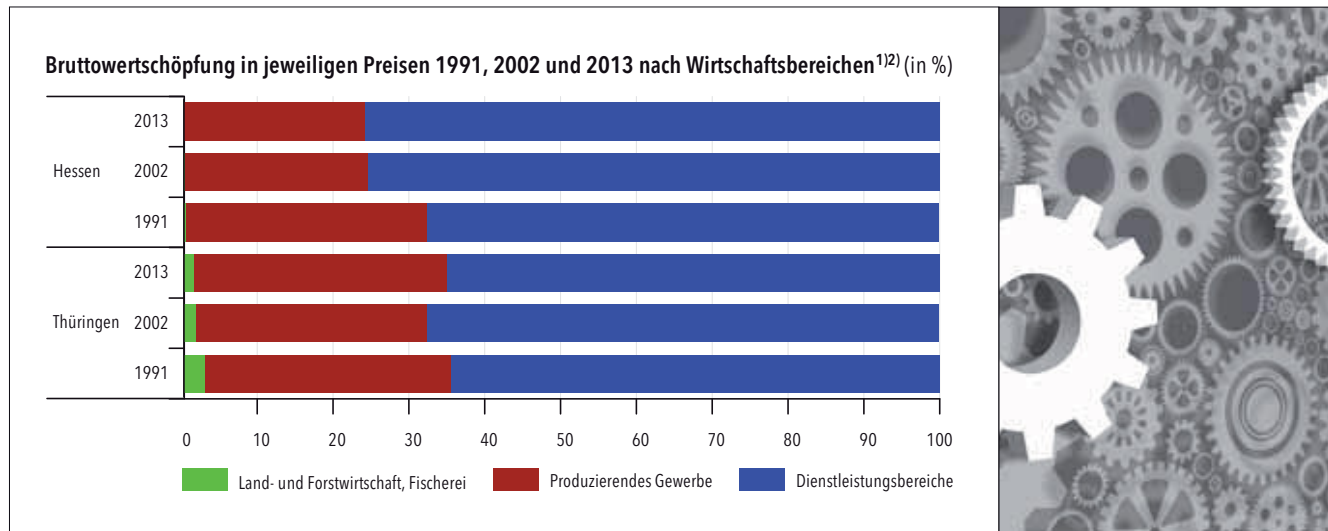
Durch das Verhältnis der gesamtwirtschaftlichen Leistung (BIP) und der Zahl der Arbeitskräfte (Erwerbstätige), die an ihrer Entstehung beteiligt waren, wird die Arbeitsproduktivität dargestellt. In Thüringen stieg das BIP je Erwerbstätigen zunächst kräftig von 13 700 Euro im Jahr 1991 um 125 % auf 30 700 Euro im Jahr 1994 an. In der Folgezeit legte es um 61 % auf 49 500 Euro im Jahr 2013 zu. In Hessen nahm die Arbeitsproduktivität von 55 000 Euro je Erwerbstätigen im Jahr 1994 um knapp ein Drittel (32 %) auf 72 600 Euro je Erwerbstätigen im Jahr 2013 zu. In beiden Ländern wurde die grundsätzlich steigende Tendenz der Kennzahl im Jahr 2009 durch die bereits genannte Finanz- und Wirtschaftskrise deutlich unterbrochen. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität ist insbesondere auf den Anstieg des BIP zurückzuführen und weniger auf die Entwicklung der Erwerbstätigenzahl.

1994 lag die Arbeitsproduktivität in Hessen um 24 300 Euro bzw. 79 % und 2013 um 23 100 Euro bzw. 47 % über der-

jenigen von Thüringen. Der Abstand zwischen beiden Ländern verringerte sich also im Zeitablauf. Dies war neben einer in Thüringen stärkeren BIP-Zunahme insbesondere auf die Entwicklung der Erwerbstätigenzahl zurückzuführen. Während diese in Hessen von 2,938 Millionen im Jahr 1994 um 10 % auf 3,246 Millionen im Jahr 2013 stieg, sank sie in Thüringen von 1,050 Millionen im Jahr 1994 um 1,8 % auf 1,030 Millionen im Jahr 2013.

In internationalen Vergleichen wird häufig der Bezug der durch das BIP ausgedrückten Wirtschaftskraft einer Regionaleinheit auf die entsprechende Bevölkerung bevorzugt. Die oben dargestellten Grundzüge der Kurvenverläufe sind auch für die Entwicklung des BIP je Einwohner charakteristisch. So schnellte diese Kennzahl in Thüringen zunächst von 6 500 Euro im Jahr 1991 auf 12 800 Euro im Jahr 1994 hinauf, um dann gemäßigter auf 23 200 Euro im Jahr 2013 anzusteigen. In Hessen lag der entsprechende Wert 1994 mit 27 100 Euro um 14 300 Euro bzw. 112 % und 2013 mit 38 500 Euro um 15 300 Euro bzw. 66 % über dem von Thüringen. Wie bei der Arbeitsproduktivität ist hier nach wie vor ein deutlicher Niveauunterschied zwischen beiden Ländern zu erkennen.

Beim Niveauvergleich zwischen beiden Ländern ist allerdings zu berücksichtigen, dass Hessen bei beiden Kennzahlen auch deutlich über dem bundesdeutschen Durchschnitt (2013 BIP je Erwerbstätigen: 65 400 Euro, BIP je Einwohner: 33 400 Euro) lag, u. a. aufgrund der hochproduktiven Wirtschaftsstruktur (insbesondere finanz- und unternehmensnahe Dienstleistungen). Thüringen reichte bislang nicht an den Bundesdurchschnitt heran.



## Bedeutungsverlust des Produzierenden Sektors zuletzt gestoppt

Die Bruttowertschöpfung (BWS) ergibt sich aus dem Produktionswert der erzeugten Güter abzüglich des Werts der Vorleistungen<sup>3)</sup>. Ihre Aufgliederung nach Wirtschaftsbereichen gibt Aufschluss über die Wirtschaftsstruktur einer Region.

Im Jahr 2013 war die BWS (in jeweiligen Preisen) in Hessen 19 bzw. 60 % höher als in den Jahren 2002 bzw. 1991. Die BWS Thüringens legte gegenüber dem Stand von 2002 bzw. 1991 um 27 bzw. knapp 200 % zu.

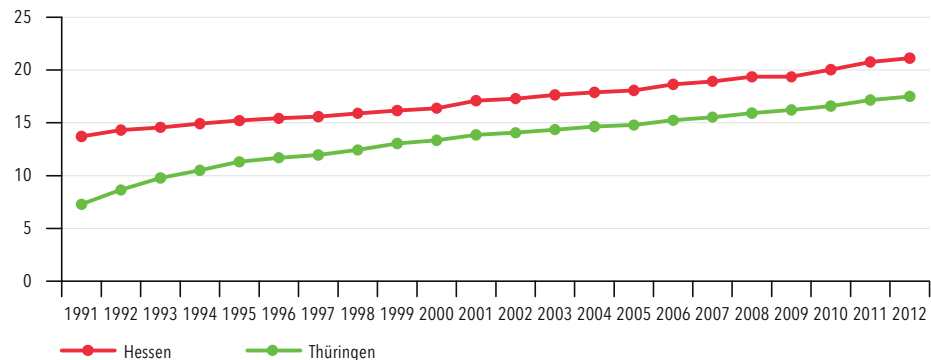
Zur BWS trugen die einzelnen Wirtschaftssektoren im Zeitablauf in unterschiedlichem Maße bei. Gemeinsam ist beiden Ländern der Rückgang des ohnehin niedrigen Beitrags des primären Sektors zur Wirtschaftsleistung. In Thüringen sank der Anteil der „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ an der BWS von 3,1 % im Jahr 1991 – allerdings nicht kontinuierlich – auf 1,7 % im Jahr 2013 und in Hessen von 0,7 auf 0,4 %.

Die Bedeutung der übrigen Sektoren war Schwankungen im Zeitablauf unterworfen. Das in der Grafik berücksichtigte Jahr 2002 lässt sich v. a. für Thüringen gut als Wendepunkt in der zeitlichen Entwicklung der Wertschöpfungsanteile der Sektoren interpretieren. Die Anteile des Produzierenden Sektors gingen in Hessen von 32 % im Jahr 1991 auf 24 % im Jahr 2002 und in Thüringen von 33 auf 30 % zurück, während die Anteile des Dienstleistungssektors in Hessen von 68 % im Jahr 1991 auf 75 % im Jahr 2002 und

in Thüringen von 64 auf 68 % zulegten. Der Bedeutungszuwachs des tertiären Sektors war damit in Hessen stärker. Die aufgezeigten Wertschöpfungsanteile zeigen, dass beide Länder zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung längst durch eine Dienstleistungsgesellschaft geprägt waren.

Die weitere Entwicklung der Wertschöpfungsanteile verlief konträr zur vorangegangenen. Die Anteile des sekundären und des tertiären Sektors in Hessen zwischen den Jahren 2002 und 2013 blieben weitgehend konstant (2013 sekundärer Sektor: 24 %, tertiärer Sektor: 76 %), während in Thüringen der Anteil des sekundären Sektors wieder um 3 Prozentpunkte auf 33 % im Jahr 2013 anstieg und der Anteil des tertiären Sektors um ebenfalls 3 Prozentpunkte auf 65 % sank. Einen Sonderfall stellt das Jahr 2009 dar, als im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise in beiden Ländern die Wertschöpfungsanteile des Produzierenden Gewerbes gegenüber dem Vorjahr um 2 (Hessen) bzw. 3 Prozentpunkte (Thüringen) sanken und die des Dienstleistungssektors um 2 (Hessen) bzw. 3 Prozentpunkte (Thüringen) stiegen. Daraus lässt sich indirekt ableiten, dass das Produzierende Gewerbe von der Krise besonders stark betroffen war.

Der Anteil der Erwerbstätigen im sekundären Sektor an den Erwerbstätigen insgesamt sank in Hessen zwischen 1991 und 2002 deutlich von 33 auf 25 % und in Thüringen von 43 auf 30 %; in der Folgezeit ging er in Hessen weiter, aber nicht mehr so kräftig, auf 22 % im Jahr 2013 zurück, während er sich in Thüringen kaum mehr bewegte (2013: 30 %). Umgekehrt nahm der Anteil der Erwerbstätigen im tertiären Sektor in Hessen zwischen 1991 und 2002 von 65 auf 74 % und in Thüringen von 52 auf 67 % zu. Anschließend stieg er in Hessen weiter auf 77 %, während er in Thüringen stagnierte (2013: 68 %).


**Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner 1991 bis 2012<sup>1)2)</sup> (in 1 000 Euro)**


© Gina Sanders - Fotolia.com

## Einkommen steigt in Hessen und Thüringen gleichermaßen

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ist ein Ergebnis der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und entspricht dem Primäreinkommen, dem einerseits empfangene monetäre Sozialleistungen und sonstige laufende Transfers hinzugefügt und von dem andererseits geleistete Einkommen- und Vermögensteuern, Sozialbeiträge sowie sonstige laufende Transfers abgezogen werden. Es steht den Haushalten für Konsum- und Sparzwecke zur Verfügung.

In Hessen erhöhte sich das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte von 79,5 Milliarden Euro im Jahr 1991 weitgehend gleichmäßig um 62 % auf 128,9 Milliarden Euro im Jahr 2012. Etwas stärkere Zuwächse gab es in den Jahren 1992, 2001 sowie zuletzt 2010 und 2011, womit die Stagnation im Jahr 2009 wieder wettgemacht wurde. Durchschnittlich entfiel auf einen Einwohner im Jahr 1991 ein verfügbares Einkommen von 13 700 Euro. Im Jahr 2012 war dieses mit 21 100 Euro um 54 % höher als 1991. Dieser Zuwachs fiel wegen der Bevölkerungszunahme im gleichen Zeitraum etwas niedriger aus als der oben aufgeführte Zuwachs des Einkommens.

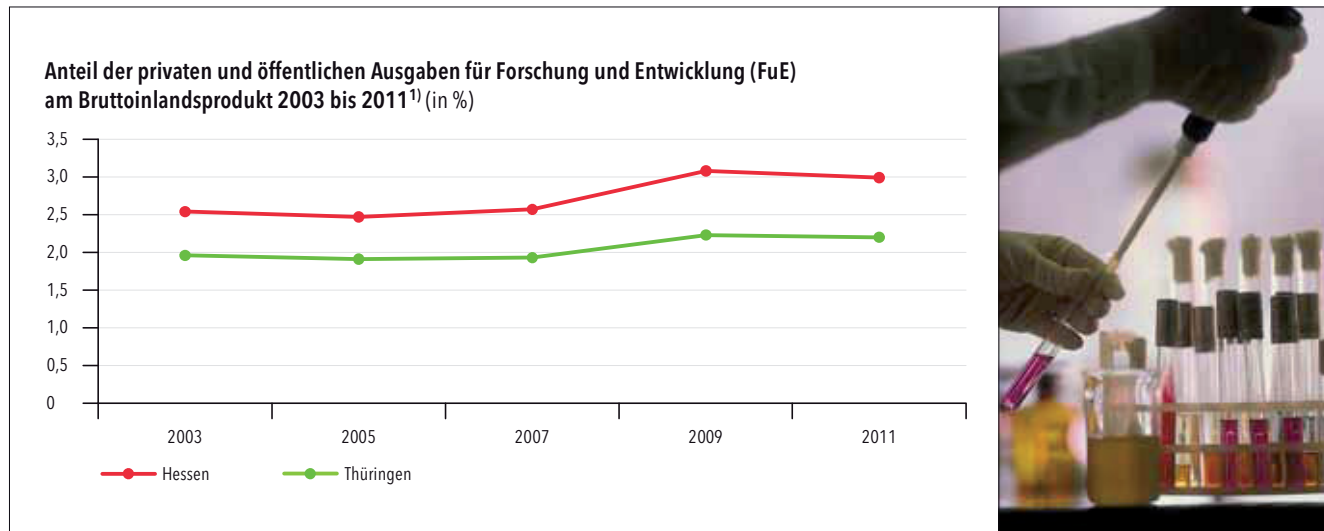
In Thüringen stieg das Einkommen zunächst sprunghaft von 18,9 Milliarden Euro im Jahr 1991 auf 28,4 Milliarden Euro im Jahr 1995, bevor es gleichmäßig auf 38,7 Milliarden Euro im Jahr 2012 zulegte. Über den gesamten betrachte-

ten Zeitraum nahm es auf mehr als das Doppelte (bzw. um 105 %) zu. Rechnerisch standen einem Einwohner im Jahr 1991 rund 7 300 Euro und im Jahr 2012 knapp 17 500 Euro zur Verfügung, was einer Steigerung um 140 % entspricht. Die Zuwachsrate fiel höher aus, weil die Bevölkerungszahl – im Gegensatz zu Hessen – abnahm und das verfügbare Einkommen dennoch wuchs.

Bezogen auf die Einwohnerzahl reduzierte sich der Abstand des Einkommens zwischen den beiden Ländern von 6 400 Euro im Jahr 1991 deutlich auf 3 600 Euro im Jahr 1997. Fortan schwankte er zwischen 3 100 und – wie zuletzt – 3 600 Euro. Zwar betrug die Differenz des Einkommens 1997 und 2012 jeweils 3 600 Euro, aber durch die Steigerung des jeweiligen Einkommensniveaus in diesem Zeitraum erhöhte sich das Verhältnis des thüringischen zum hessischen Pro-Kopf-Einkommen von 77 auf 83 %.

Einen Großteil des Einkommens verbraucht der Bürger zu Konsumzwecken. Die Differenz aus Einkommen und Konsum ergibt das Angesparte. Das Verhältnis aus Gespartem und dem verfügbaren Einkommen ergibt die Sparquote<sup>3)</sup>. Im Hinblick auf die Entwicklung der Sparquote gingen die Unterschiede zwischen beiden Ländern von 1991 bis 1993 deutlich zurück. So sank die Sparquote in Hessen von 14,2 % im Jahr 1991 auf 13,1 % im Jahr 1993, während sie sich in Thüringen im gleichen Zeitraum von 7,3 auf 9,9 % erhöhte. Seitdem schwankte die Differenz der Sparquote zwischen beiden Ländern zwischen 1,4 und 3,8 Prozentpunkten. Zuletzt betrug die Sparquote in Hessen 11,6 % und in Thüringen 8,5 %<sup>1)2)</sup>.

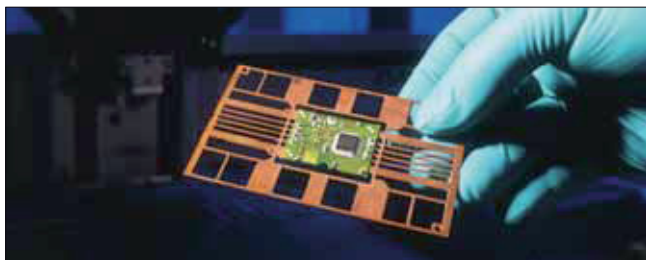




## Forschung und Entwicklung ist für eine dynamische Wirtschaft unverzichtbar

Forschung und Entwicklung (FuE) ist insbesondere in Industriestaaten mit vergleichsweise hohen Lohnkosten und geringen Rohstoffressourcen ein unverzichtbarer Faktor im globalen Wettbewerb. Wettbewerbsvorsprünge werden u. a. mit Prozessinnovationen, hochwertigen und innovativen Produkten und Dienstleistungen erzielt. Je höher die (finanziellen) Investitionen von Staat und Wirtschaft in FuE sind, desto größer ist die Aussicht auf eine dynamischere Entwicklung der Produktivität, ein stärkeres Wirtschaftswachstum und letztendlich eine verbesserte Wettbewerbsfähigkeit. Die EU misst der FuE einen hohen Stellenwert bei und legte als Ziel für die Mitgliedstaaten einen Anteil der öffentlichen und privaten Ausgaben für FuE am Bruttoinlandsprodukt von 3 % im Jahr 2020 fest.

Hessen und Thüringen weisen bei diesem Indikator einen ähnlichen Kurvenverlauf auf. Dabei lagen die Anteilswerte von Hessen im betrachteten Zeitraum 2003 bis 2011 zwischen 0,6 und 0,8 Prozentpunkte über denen Thüringens.



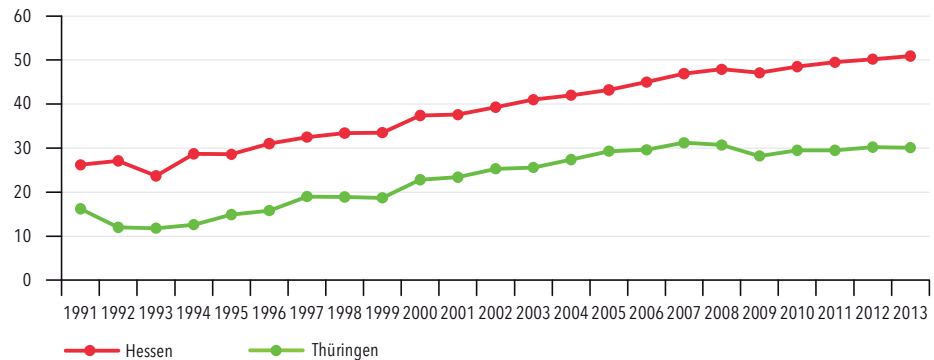
In Hessen stagnierte der Anteil der Ausgaben für FuE zwischen 2003 und 2007 zunächst bei 2,5 bzw. 2,6 % (2007), bevor er 2009 auf 3,1 % anstieg und 2011 bei 3,0 % lag und damit zuletzt den EU-Zielwert erreichte. In Thüringen verharrte er zwischen 2003 und 2007 zunächst bei 1,9 bzw. 2,0 % (2003), bevor er 2009 auf 2,2 % zulegte und diesen Wert auch 2011 beibehielt.

Der im Jahr 2009 erhöhte Anteilwert ist v. a. in Hessen nur zu einem geringeren Teil auf das gesunkene Bruttoinlandsprodukt in diesem Finanz- und Wirtschaftskrisenjahr, sondern vielmehr auf steigende FuE-Ausgaben zurückzuführen. So betragen diese im Jahr 2007 noch 5,68 Milliarden Euro (Hessen) und 0,88 Milliarden Euro (Thüringen), wohingegen für das Jahr 2009 merklich höhere Beträge von 6,50 Milliarden Euro (Hessen) bzw. 0,98 Milliarden Euro (Thüringen) zu verzeichnen waren. Zwar nahmen diese im Jahr 2011 weiterhin zu (Hessen: 6,82 Milliarden Euro; Thüringen: 1,08 Milliarden Euro); da aber auch das Bruttoinlandsprodukt gegenüber 2009 wieder stark anzog, verharrte der Indikatorwert 2011 auf dem Niveau von 2009.

Unterschiede zwischen beiden Ländern ergeben sich bei der Aufteilung der FuE-Ausgaben nach Leistungssektoren: Während sich in Hessen die private Wirtschaft zuletzt mit 78 %, der Hochschulsektor mit 15 % und der staatliche Sektor mit 7,5 % an den FuE-Aufwendungen beteiligt hatten, lagen in Thüringen der Anteilwert des Wirtschaftssektors mit 46 % niedriger und die Anteilswerte des Hochschulsektors mit 29 % und des staatlichen Sektors mit 25 % jedoch höher. Innerhalb des Wirtschaftssektors wiesen in beiden Ländern insbesondere industrielle Branchen hohe FuE-Intensitäten auf.



© anekoho - Fotolia.com

Exportquote im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe<sup>1)</sup> 1991 bis 2013 (in %)

## Export im Aufwind

Im Jahr 2013 erzielte die hessische Industrie Umsätze in Höhe von insgesamt 110 Milliarden Euro, mehr als die Hälfte davon im Ausland. Das Allzeithoch wurde mit 113 Milliarden Euro bereits 2011 verzeichnet. Auffällig war die äußerst gegensätzliche Entwicklung der Inlands- und Auslandsumsätze vom Beginn der 90er-Jahre an. Zunächst profitierte Hessen von der verstärkten Nachfrage, die von dem nun erweiterten Binnenmarkt ausging. Doch dann ließ die Inlandsnachfrage langsam nach, und 1993 sank auch der Auslandsumsatz. Der Anteil des im Ausland erzielten Umsatzes am Gesamtumsatz, also die Exportquote, verringerte sich von 27 % (1992) auf 24 % (1993), den niedrigsten Stand in der gesamten hier dargestellten Zeitspanne. Ab Mitte der 90er-Jahre wurden die Kunden im Ausland zunehmend wichtiger für die hessische Industrie. Während der Inlandsumsatz von Jahr zu Jahr schwankte, entwickelte sich der Auslandsumsatz kontinuierlich aufwärts. Erstmals überstieg der Auslandsumsatz 2012 mit einem Anteil von 50 % den Umsatz auf dem inländischen Markt. Erwähnenswert ist dabei, dass der nominale Inlandsumsatz der hessischen Industrie 2013 mit 54 Milliarden Euro 5 % niedriger ausfiel als 1991, als 57 Milliarden Euro an Umsatz innerhalb Deutschlands erzielt wurden. Der Auslandsumsatz lag 1991 nominal noch bei 20 Milliarden Euro, 2013 dagegen bei 56 Milliarden Euro, was einer Steigerung von 77 % entspricht. Der Gesamtumsatz fiel 2013 um 33 Milliarden Euro bzw. 43 % höher aus als 1991.

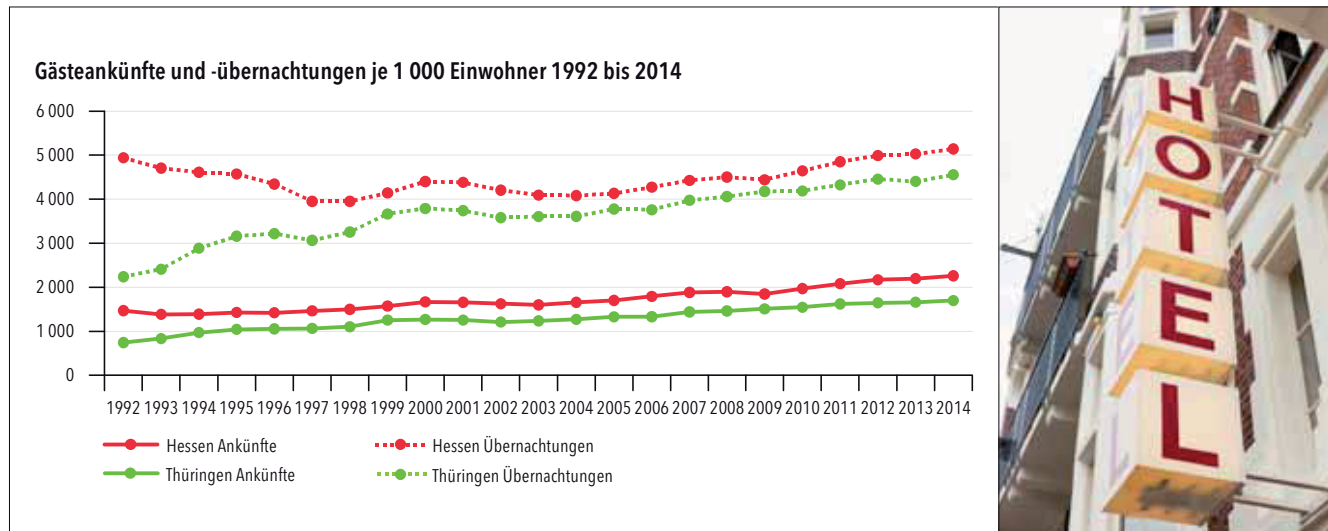
Stellt man denselben Zeitvergleich für Thüringen an, ergeben sich weitaus höhere Veränderungsraten: 2013 verfünffachte sich der Umsatz insgesamt im Vergleich zu 1991, der

Inlandsumsatz stieg um 314 % und der Auslandsumsatz um 819 %. Doch der Aussagewert von Veränderungsraten ist bekanntlich sehr gering, wenn man das Ausgangsniveau nicht kennt. Insgesamt wurden 1991 Umsätze in Höhe von rund 6 Milliarden Euro getätigt, 5 Milliarden Euro im Inland und 1 Milliarde Euro im Ausland. Die Thüringer Industrie befand sich in einer Gründungs- oder Neustrukturierungsphase, der Umsatz war dementsprechend entwicklungs-fähig. Im hier zuletzt betrachteten Jahr 2013 setzten die Thüringer Industriebetriebe Waren im Wert von 32 Milliarden Euro ab, knapp 10 Milliarden Euro bzw. 30 % davon im Ausland.

Die Exportquote spiegelt die Dynamik der Zeit zu Beginn der 90er-Jahre eindrücklich wider. Die ohnehin niedrige Quote sank in Thüringen von 16 % im Jahr 1991 weiter auf unter 12 % im Jahr 1993, denn die traditionellen Absatzmärkte der ehemaligen DDR in Osteuropa waren infolge der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion weggebrochen. Neue Handelsbeziehungen mussten erst aufgebaut werden, was nach und nach gelang, wie sich am fast ständig steigenden Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz ab 1994 zeigt. Dabei entwickelte sich der nominale Umsatz der Thüringer Industrie im In- und Ausland mit Ausnahme der Jahre 1992, 2009 und 2012 im gesamten Betrachtungszeitraum positiv.



© Bogdan Vasilescu - Fotolia.com



© Christian Schwier - Fotolia.com

## Bedeutung des Fremdenverkehrs steigt in beiden Ländern gleichartig

Mit der Öffnung der Grenzen erschlossen sich nicht nur für die Ostdeutschen neue Reisemöglichkeiten. Quasi über Nacht war in der Nachbarschaft zu Hessen ein weiteres Urlaubsziel verfügbar. Ob es nun eine direkte Folge der Grenzöffnung war, lässt sich nur vermuten: Fest steht, dass das hessische Beherbergungsgewerbe in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung zunächst einen Rückgang verkräften musste, während auf Thüringer Seite der Tourismus rasch an Bedeutung gewann.

Vergleicht man die Gästezahlen von 1992 mit denen von 2014, so stieg die Zahl der Reisenden im Geschäfts-, Urlaubs- oder Gesundheitstourismus in Hessen von 8,6 auf 13,7 Millionen. Dies entspricht einer Steigerungsrate von 59 %. Mit lediglich 7 % fiel die Steigerungsrate bei den Übernachtungen hingegen deutlich geringer aus, denn die Gäste buchten im Durchschnitt weniger Übernachtungen: 1992 betrug die durchschnittliche Aufenthaltsdauer 3,4 und 2014 nur noch 2,3 Tage.

Derselbe Vergleich, auf die Thüringer Entwicklung angewendet, weist auf eine erheblich dynamischere Entwicklung hin. In Thüringen checkten 1992 insgesamt 1,9 Millionen Gäste in einem der Beherbergungsbetriebe ein, 2014 waren es 3,7 Millionen, was einer Steigerungsrate von 93 % entspricht. Mit 72 % war der Zuwachs bei der Zahl der Übernachtungen nicht ganz so hoch. Die Gäste blieben 1992 im Durchschnitt 3,0 Tage, also weniger lang als in Hessen.

Zwar sank auch in Thüringen die Verweildauer, aber in geringerem Maße als in Hessen. Ein Gast verbrachte 2014 im Schnitt 2,7 Tage in Thüringen, also länger als in Hessen.

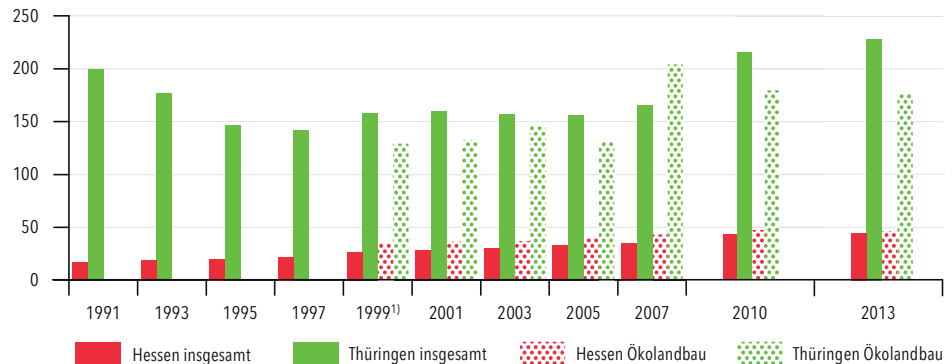
Trotz erheblicher Steigerungsraten auf Thüringer Seite vor allem in den Anfangsjahren und vielfältiger Anstrengungen zum Aufbau einer modernen Infrastruktur hat der Tourismus in Hessen immer noch die größere wirtschaftliche Bedeutung. Die Abbildung veranschaulicht dies anhand der Gästeankünfte und -übernachtungen in Beherbergungsbetrieben<sup>1)</sup>, jeweils bezogen auf 1 000 Einwohner. 2014 wurden in Hessen 2 259 Gäste je 1 000 Einwohner registriert, in Thüringen nur 1 698. Aufgrund der in Thüringen längeren Aufenthaltsdauer ist das Verhältnis bei den Übernachtungszahlen etwas ausgeglichener (Hessen: 5 141 Übernachtungen je 1 000 Einwohner, Thüringen: 4 566).

Doch der Vergleich hinkt: Das hessische Gesamtergebnis wird nämlich sehr stark von der Stadt Frankfurt am Main beeinflusst. Die Stadt als Verkehrsknotenpunkt und Drehkreuz für den internationalen Luftverkehr sowie als Finanz-, Messe- und Dienstleistungszentrum ist Ziel oder Durchgangsstation von vielen Geschäftsreisenden und Touristen. 2014 wurden allein hier etwa ein Drittel aller Gästeankünfte und rund ein Viertel aller Übernachtungen in Hessen gezählt – das ebenfalls profitierende Umland noch nicht mitgerechnet.

Trotz struktureller und regionaler Unterschiede und Schwankungen belegen die dargestellten Werte eine Gemeinsamkeit beider Länder, nämlich den nach wie vor ungebrochenen Wachstumstrend in der Tourismuswirtschaft.



Landwirtschaftlich genutzte Fläche je Landwirtschaftsbetrieb 1991 bis 2013  
nach ausgewählter Wirtschaftsform (in ha)



## Unterschiedliche Größenstruktur der Betriebe

Im Jahr 2013 bewirtschafteten in Hessen knapp 17 000 Betriebe rund 771 900 Hektar landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF<sup>1)</sup>). In Thüringen wurden hingegen 3 400 Betriebe mit einer LF von 780 700 Hektar ermittelt. Somit verfügten die Landwirte beider Bundesländer über ein annähernd gleiches Produktionspotenzial. Die durchschnittliche Betriebsgröße lag in Hessen mit 45 Hektar je Betrieb um 183 Hektar unter der von 228 Hektar je Betrieb in Thüringen. Die in Thüringen größer strukturierten Betriebseinheiten resultieren größtenteils aus der sozialistischen Landwirtschaft in der ehemaligen DDR. Die früheren landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) und Staatsgüter (VEG) bestanden nach der Wende zumeist privatwirtschaftlich organisiert als juristische Personen fort und behielten ihre umfangreiche Flächenausstattung.

Die kleiner strukturierte hessische Landwirtschaft beruht zum einem auf der traditionell höheren Anzahl kleinerer, von Familien geführten Betrieben sowie dem klimatisch bedingten höheren Anteil des Anbaus von Sonderkulturen wie Gemüse oder Wein. Diese wertschöpfungsintensiven Sonderkulturen benötigen eine geringere Flächenausstattung zur Erwirtschaftung eines ausreichenden Einkommens.

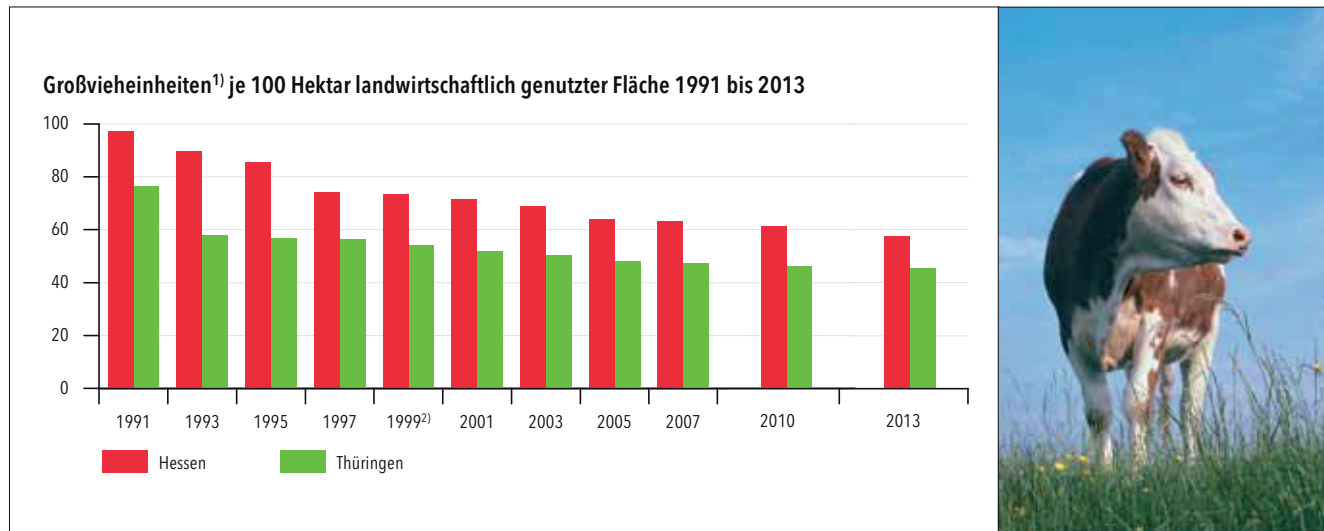
In Hessen ist seit Anfang und in Thüringen seit Ende der 90er-Jahre ein Anstieg der durchschnittlichen Betriebsgröße zu verzeichnen. Dieser Trend zu weniger, aber größeren

Betrieben folgt dem technischen und züchterischen Fortschritt in der Landwirtschaft, sodass die nur in begrenztem Maße vorhandene Ressource LF bei Betriebsaufgaben zumeist von bestehenden Landwirtschaftsbetrieben übernommen wird.

In Hessen wirtschafteten im Jahr 2013 rund 1 700 Betriebe mit einer LF von 81 600 Hektar nach den Kriterien des ökologischen Landbaus<sup>2)</sup> und unterlagen dem Kontrollverfahren entsprechend der EG-Verordnung 834/2007 für die Bodenbewirtschaftung und die Tierhaltung. Die durchschnittliche Betriebsgröße lag bei 47 Hektar und damit um 2 Hektar über derjenigen aller landwirtschaftlicher Betriebe. In Thüringen wurden 200 Ökobetriebe mit einer LF von 40 000 Hektar festgestellt. Die durchschnittliche Flächenausstattung war mit 177 Hektar je Betrieb um 51 Hektar niedriger als in der Thüringer Landwirtschaft insgesamt.

Knapp 11 % der hessischen LF und 5 % der Thüringer LF wurden ökologisch bewirtschaftet. Bundesweit lag dieser Anteil bei 6 %.

Im Vergleich dazu wirtschafteten im Jahr 1999 in Hessen ca. 1 200 Betriebe mit einer LF von 43 100 Hektar und in Thüringen 120 Betriebe mit einer Flächenausstattung von 15 600 Hektar nach den Kriterien des ökologischen Landbaus. Ein hessischer Ökobetrieb verfügte damals über durchschnittlich 35 Hektar und sein Thüringer Berufskollege über 129 Hektar LF. Der Anteil der Ökofläche an der gesamten LF betrug in Thüringen 2 %; in Hessen lag dieser bei 6 % und damit auch im Jahr 1999 über dem Bundesdurchschnitt von 3 %.



## Hessische und Thüringer Landwirte halten weniger Vieh als der Bundesdurchschnitt

Im Jahr 2013 hielten in Hessen 12 500 bzw. drei Viertel der knapp 17 000 landwirtschaftlichen Betriebe Vieh. In Thüringen wurden ebenfalls in 75 % bzw. 2 500 der 3 400 Landwirtschaftsbetriebe Rinder, Schweine, Schafe, Ziegen, Hühner, sonstiges Geflügel wie Gänse, Enten und Truthühner oder Einhufer gehalten. Der Viehbestand entsprach in Hessen 445 600 und in Thüringen 355 500 Großvieheinheiten (GV)<sup>1)</sup>. Bei etwa gleich großer landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF) von 771 900 bzw. 780 700 Hektar (ha) ergibt sich somit für Hessen mit 58 GV je 100 ha ein um 12 GV höherer Viehbesatz als in Thüringen mit 46 GV je 100 ha LF.

Mit dem Viehbesatz wird die Intensität der Viehhaltung in Bezug auf z. B. Überweidung und Überdüngung dargestellt. Im Bundesdurchschnitt lag der Viehbesatz im Jahr 2013 bei 78 GV je 100 ha LF und damit um 21 GV über dem Hessens und 33 GV über dem Thüringens.

Der hessische Rinderbestand entsprach mit 329 500 GV knapp drei Viertel und der Schweinebestand mit 62 700 GV 14 % der gesamten GV. In Thüringen trug der Rinderbestand mit 237 500 GV zwei Drittel und der Schweinebestand mit 82 100 GV knapp ein Viertel zu den gesamten GV bei. Aufgrund des höheren Grünlandanteils in Hessen mit 37 % an der LF – in Thüringen sind es 21 % – stehen mehr Flächen zur Erzeugung des Grundfutters bzw. Weideflächen für das Vieh zur Verfügung.

Sowohl in Hessen als auch in Thüringen ist ein seit 1991 rückläufiger Viehbesatz resultierend aus rückläufigen Viehbeständen zu verzeichnen.

Zur ersten gemeinsamen Landwirtschaftszählung nach der Wiedervereinigung wurden in Hessen noch 749 800 GV und in Thüringen 584 300 GV festgestellt. Bezogen auf die LF entsprach dies einem Viehbesatz von 97 GV je 100 ha in Hessen und 77 GV je 100 ha LF in Thüringen, der damit um 40 bzw. 31 GV je 100 ha LF über den zur Agrarstrukturhebung 2013 ermittelten Werten lag.

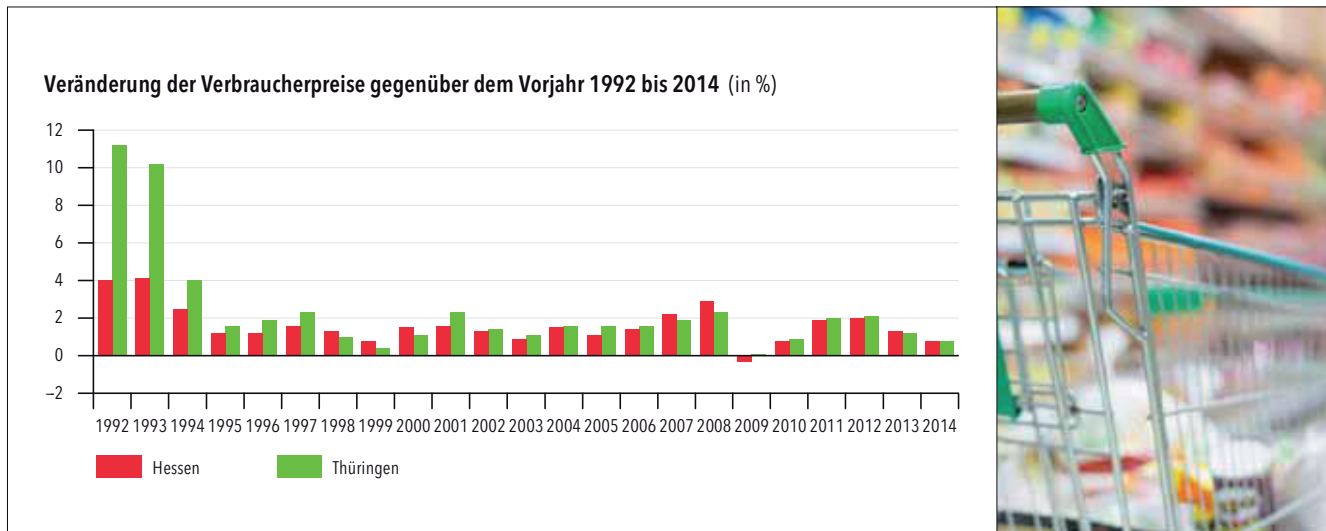
In den letzten 25 Jahren erfolgte in Hessen ein Bestandsabbau bei Rindern und Schweinen um mehr als ein Drittel und führte damit zu einem geringeren Viehbesatz. In Thüringen ist der gesunkene Viehbesatz hauptsächlich auf eine Halbierung der Rinderbestände im letzten Vierteljahrhundert zurückzuführen.

Im Jahr 2013 wirtschafteten in Hessen 12 % der viehhaltenden Betriebe nach den Kriterien des ökologischen Landbaus entsprechend EG-Verordnung 834/2007 über die ökologische Produktion. In Thüringen lag dieser Anteil mit 8 % um 4 Prozentpunkte unter dem Hessens.

In Hessen wurden ein Drittel der Ziegen, ein Fünftel der Schafe und jedes zehnte Rind in ökologisch wirtschaftenden Betrieben gehalten. Die ökologische Schweinehaltung spielte mit einem Anteil von 2 % eher eine untergeordnete Rolle. In Thüringen lag dieser Anteil ebenfalls bei 2 %. Bei einem Anteil der ökologisch gehaltenen Ziegen von 8 %, von 3 % bei Schafen und von 6 % bei Rindern konnten die hessischen Werte nicht erreicht werden.







© Art Allianz - Fotolia.com



## Preissteigerung weitgehend moderat

Der Verbraucherpreisindex und dessen Veränderung setzen sich aus den gewichteten Preisen u. a. für Nahrung, Getränke, Kleidung, Wohnung, Energie, Wohnungseinrichtung, Verkehr und Freizeit zusammen und können auch nach diesen differenziert werden. Darüber wird in den Medien regelmäßig berichtet.

Gerade in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung zogen die Verbraucherpreise in einem Maß an, das sich bis heute nicht wiederholt hat. Dies galt insbesondere für Thüringen. Dort stiegen die Preise nach der Einführung der D-Mark am 1. Juli 1990 in den Jahren 1992 und 1993 um über 10 % und im Jahr 1994 noch um 4,0 % gegenüber dem Vorjahr an. In Hessen lag das Verbraucherpreisniveau in diesen Jahren um ca. 4,0 % (1992 und 1993) bzw. um 2,5 % (1994) über dem jeweiligen Vorjahreswert.

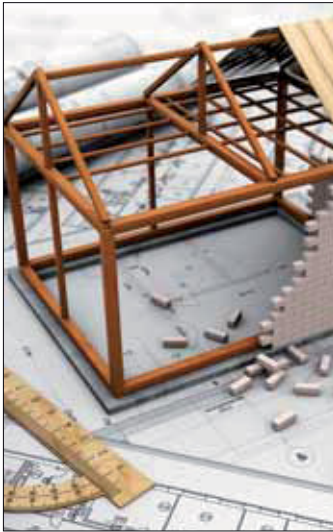
Diese inflationäre Preisentwicklung ist in Thüringen nicht zuletzt verursacht durch den Abbau staatlicher Subventionen. Dadurch erhöhten sich z. B. kommunale Gebühren, die Preise für Gas, Elektrizität, Verkehrstarife sowie Gebühren für den Besuch kultureller Veranstaltungen oder für die Kinderbetreuung. Von großem Einfluss war auch der Anstieg der Wohnungsmieten einschl. der Nebenkosten.

In der Folgezeit pendelte sich die Veränderungsrate des Verbraucherpreisindex in beiden Ländern auf ein Niveau unterhalb der 3,0 %-Schwelle ein. In diesem Rahmen folgte die Veränderungsrate einem wellenförmigen Kurvenverlauf. Dabei lag die jahresdurchschnittliche Veränderungsrate nach 1994 in Hessen bei 1,4 % und in Thüringen bei

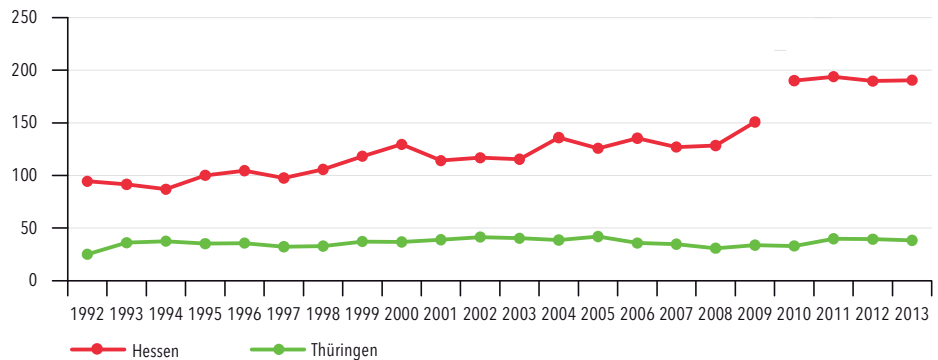
1,5 %. In diesem Zeitraum war die hessische Rate in 6 Jahren höher und in 13 Jahren niedriger als die thüringische Rate. Die Preise nahmen in Thüringen etwas stärker zu als in Hessen.

Am 1. Januar 2002 wurde in Deutschland der Euro als Bargeld eingeführt. Die vielfach geäußerten Klagen über allgemeine Preissteigerungen („Teuro“) lassen sich nicht durch die vorliegende Datenlage begründen. Auffällig in der Zeitreihe der Veränderungsrate ist, dass diese im Finanz- und Wirtschaftskrisenjahr 2009 zurückgingen; in Hessen war die Teuerungsrate sogar negativ. Zurückzuführen war das nahezu gleichbleibende Niveau der allgemeinen Preise insbesondere auf eine Senkung der Preise für Heizöl und Kraftstoffe, die wiederum aus der gesunkenen Weltnachfrage nach diesen Produkten resultierte. Im Folgejahr wurde dieser produktbereichsspezifische Preisrückgang wieder weitgehend ausgeglichen. Nichtsdestotrotz ist seit der Wiedervereinigung unter den betrachteten Waren und Dienstleistungen im Energiebereich mit Abstand die stärkste Preissteigerung festzustellen. So legten diese im betrachteten Zeitraum sowohl in Hessen als auch in Thüringen um deutlich mehr als die Doppelte zu und zogen den Verbraucherpreisindex nach oben.

In den Jahren 2011 und 2012 lagen die Veränderungsdaten in Hessen und Thüringen bei ca. 2,0 %. Seitdem sanken sie über 1,3 % (Hessen) bzw. 1,2 % (Thüringen) im Jahr 2013 auf 0,8 % sowohl in Hessen als auch in Thüringen im Jahr 2014. Die derzeit im Euroraum geäußerten Befürchtungen einer Deflation, die negative Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung nach sich ziehen kann, lassen sich anhand der Entwicklung der Verbraucherpreise im Verlauf des Jahres 2014 in den beiden Ländern nicht erkennen.



Durchschnittlicher Kaufwert von baureifem Land 1992 bis 2013 (Euro je m<sup>2</sup>)



© Maxim\_Kazmin - Fotolia.com

## Baulandpreise in Hessen und in Thüringen zuletzt konstant

Beim zuvor betrachteten Verbraucherpreisindex und seiner Veränderung werden die Kaufwerte für Bauland<sup>1)</sup> nicht betrachtet. Diese erfüllen beim zeitlichen Vergleich nicht die Voraussetzungen für einen reinen Preisvergleich, nämlich das Vorhandensein von Gütern gleicher Qualität. Bauland ist ein sehr verschiedenartiges Wirtschaftsgut, dessen Wert u. a. von der jeweiligen Lage, der Beschaffenheit, dem Verwendungszweck und vor allem vom großräumigen Umfeld (z. B. Großstadt, Stadtumland, Fremdenverkehrsgebiet, ländlicher Bereich) bestimmt wird. Die hier dargestellten durchschnittlichen Kaufwerte können lediglich zu einer groben Orientierung dienen. Aufgrund der geringen Fallzahl der umgesetzten Flächen können sich extreme Preise für einzelne Baulandflächen auf die Durchschnittswerte für die Kreise und kreisfreien Städte und sogar auf das Landesergebnis auswirken.

Die Entwicklung der Preise für baureifes Land seit 1992 unterscheidet sich zwischen Hessen und Thüringen deutlich, und zwar im Hinblick sowohl auf das Preisniveau als auch auf den Kurvenverlauf. In den letzten 3 Berichtsjahren lagen die durchschnittlichen Kaufwerte in Hessen mit 190 bzw. 194 (2011) Euro je m<sup>2</sup> knapp um das 5-fache über denjenigen in Thüringen mit 38 bis 40 Euro je m<sup>2</sup>. Bereits zu Beginn der 90er-Jahre betrug die hessischen Kaufwerte (1993: 92 Euro je m<sup>2</sup>) deutlich mehr als das Doppelte der thüringischen Kaufwerte (1993: 36 Euro je m<sup>2</sup>); wahrscheinlich war der damalige preisliche Abstand zwischen beiden angesichts einer bis 2009 bestehenden Untererfassung in

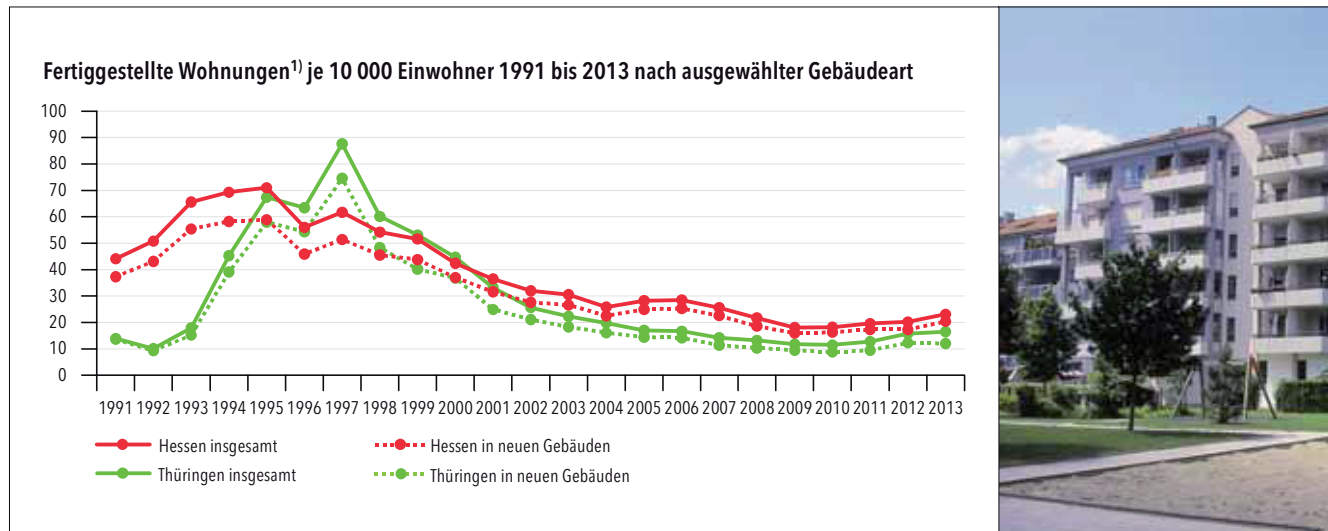
Hessen<sup>1)</sup> sogar größer. Zurückzuführen sind die Preisunterschiede sicherlich u. a. auf die jeweilige Bevölkerungs- und Wirtschaftsstruktur: Mit 286 Einwohnern je km<sup>2</sup> Ende 2013 ist Hessen wesentlich dichter besiedelt und damit auch urbaner geprägt als Thüringen mit 134 Einwohnern je km<sup>2</sup>. Des Weiteren ist Thüringen im Gegensatz zu Hessen vom Bevölkerungsrückgang betroffen. Und das Land verfügt nicht über ein Wirtschaftszentrum wie Hessen mit der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main, in dem die Kaufwerte für Bauland auch innerhalb Hessens überdurchschnittlich hoch sind. Die daraus resultierende stärkere Nachfrage nach Grund und Boden in Hessen wird an den vergleichsweise hohen Grundstückspreisen sichtbar.

Zwischen 1993 und 2009 war in Hessen eine Zunahme der durchschnittlichen Kaufwerte für baureifes Land um knapp 65 % zu verzeichnen. Die Preisentwicklung zwischen 2009 und 2010 kann anhand der Datenlagen nicht dargestellt werden. Danach stagnierten die Grundstückskosten. In Thüringen hingegen blieben die entsprechenden Kaufwerte nach einem einmaligen Anstieg von 25 Euro je m<sup>2</sup> im Jahr 1992 auf 36 Euro je m<sup>2</sup> im Jahr 1993 relativ stabil; sie bewegten sich in der Folgezeit zwischen 30 und 42 Euro je m<sup>2</sup>.



© Alexander Rath - Fotolia.com





## Wende löste Bauboom in Hessen und Thüringen aus

Das Geschehen im Wohnungsbau spiegelt insbesondere gesellschaftliche Entwicklungen wider. So sorgte in Hessen zu Beginn der 90er-Jahre der verstärkte Zuzug aus den neuen Ländern und von deutschstämmigen Übersiedlern aus Osteuropa bzw. den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion für steigenden Bedarf an Wohnraum, der die Zahl der fertiggestellten Wohnungen kräftig anwachsen ließ. Rund 25 600 Wohnungen entstanden im Jahr 1991, 17 % mehr als noch ein Jahr zuvor. Seinen Höhepunkt erreichte der Bauboom im Jahr 1995 mit rund 42 600 fertiggestellten Wohnungen. Dies entsprach 71 Wohnungen je 10 000 Einwohner. Davon waren 59 neu errichtete Wohnungen und 12 Um- oder Ausbaumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. Ab 1998 sank die Zahl der fertiggestellten Wohnungen; lediglich in den Jahren 2005 und 2006 war ein leichter Anstieg zu verzeichnen, befördert durch den geplanten Wegfall der Eigenheimzulage ab 2006. Im

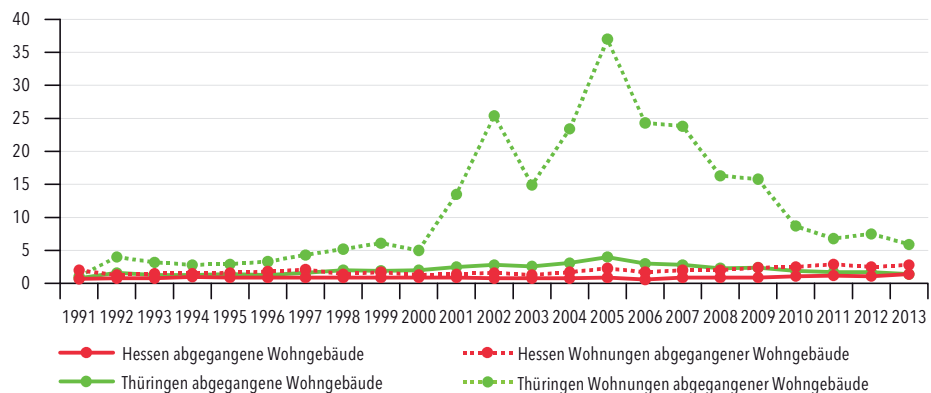


Jahr 2009 erreichte die Zahl der Wohnungsfertigstellungen mit 11 000 ihren bisherigen Tiefpunkt. Bezogen auf die Bevölkerung waren dies 18 Wohnungsfertigstellungen je 10 000 Einwohner; 16 davon waren Neuerrichtungen.

In den Thüringer Zahlen spiegelt sich die Situation in den ersten Jahren nach der Neugründung des Freistaats gleich in mehrfacher Hinsicht. Da die für die Statistik meldepflichtigen Bauaufsichtsämter – ebenso wie die gesamten Behörden – noch im Aufbau begriffen waren, kam es vermutlich zu Untererfassungen bei den Wohnungsfertigstellungen. Erst eine im Jahr 1995 durchgeführte Gebäude- und Wohnungszählung brachte die erforderliche Zuverlässigkeit der Daten.

Ungeachtet dessen bedurfte es einer gewissen „Anlaufzeit“, bevor die Bautätigkeit Fahrt aufnehmen konnte. Ungeklärte Eigentumsverhältnisse bei Grund und Boden beispielsweise verzögerten zunächst viele Bauvorhaben, sodass in den Anfangsjahren lediglich jeweils zwischen 3 000 und 5 000 Wohnungsfertigstellungen gemeldet wurden. Im Jahr 1994 wurde dann ein deutlicher Anstieg auf zunächst 11 400 verzeichnet. Bis zum Höhepunkt des Baubooms im Jahr 1997 verdoppelte sich die Zahl nochmals, sodass in diesem Jahr auf 10 000 Einwohner 88 Wohnungsfertigstellungen entfielen; davon waren 75 Neuerrichtungen und 13 Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden. Danach wurden Jahr für Jahr weniger Wohnungsfertigstellungen registriert, so im bisherigen Tiefpunktjahr 2010 nur noch knapp 2 600 bzw. 12 Fertigstellungen je 10 000 Einwohner.

Seit 2011 werden sowohl in Hessen als auch in Thüringen wieder mehr Wohnungen fertiggestellt. Niedrige Kosten für Kredite erleichtern die Entscheidung zu bauen.

Abgänge aus dem Wohngebäude- und Wohnungsbestand je 10 000 Einwohner 1991 bis 2013<sup>1)</sup>

© M. Schuppich - Fotolia.com

## Überangebot führte in Thüringen zeitweise zu vermehrter Abrisstätigkeit

Während die Wanderungsbewegung von Osten nach Westen in Hessen eine erhöhte Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt und in der Folge den erwähnten Bauboom auslöste, bewirkte sie in Thüringen wie in den anderen neuen Ländern eine historisch neue Situation, nämlich ein Überangebot an Wohnungen. Vom daraus resultierenden Leerstand betroffen waren in erster Linie Wohnungen in den sogenannten „Plattenbauten“, die für viele Mieter uninteressant geworden waren, weil inzwischen auch komfortablere Wohnungen in attraktiverer Umgebung zur Verfügung standen. Dieser Wohnungsleerstand hatte u. a. zur Folge, dass die betroffenen Wohnungsunternehmen in wirtschaftliche Schwierigkeiten bis hin zur Existenzgefährdung gerieten. In Reaktion auf diese Situation wurde vom Bund und den neuen Ländern 2002 das Programm „Stadtumbau-Ost“ ins Leben gerufen. Im Rahmen dieses Programms wurde u. a. der Abriss von Gebäuden bzw. deren Rückbau gefördert.

Daraufhin stieg in Thüringen die Zahl der sogenannten Wohnungsabgänge sprunghaft an. Zwischen 2002 und 2009 betrug die Zahl der Wohnungsabgänge im Schnitt 5 284 bzw. 23 je 10 000 Einwohner. Dies war eine deutliche Steigerung gegenüber dem Zeitraum 1991 bis 2001 mit durchschnittlich 1 156 Wohnungsabgängen pro Jahr bzw. 5 je 10 000 Einwohner. Im gesamten Zeitraum von 1991 bis 2013 wurden rund 11 300 Gebäude mit insgesamt 61 300 Wohnungen vom Markt genommen. Das

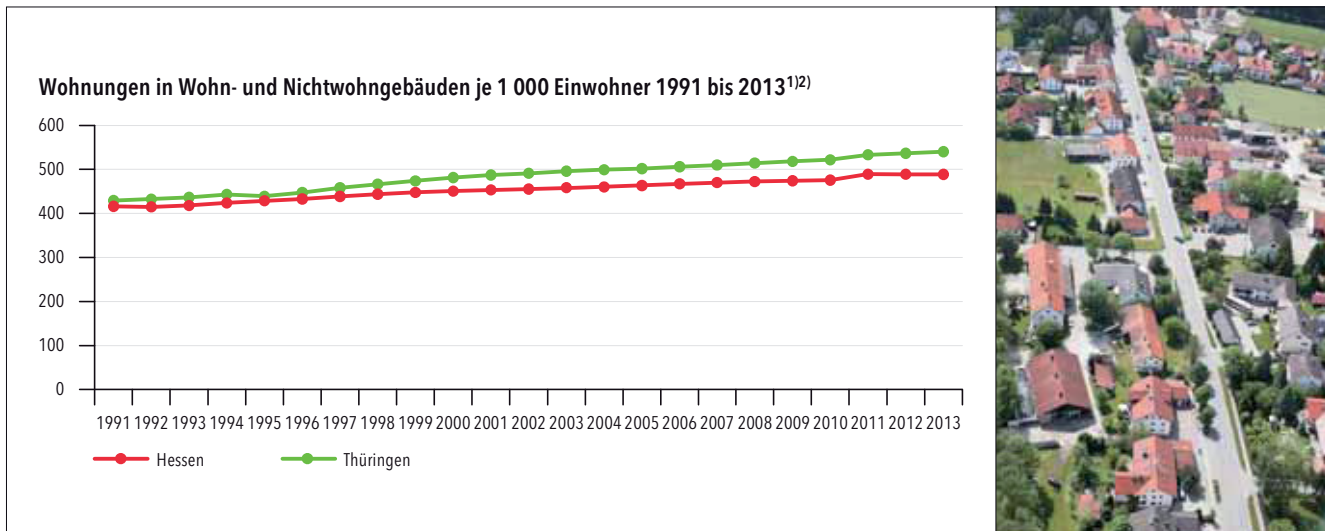
waren im Durchschnitt jährlich 2 667 Wohnungen; bezogen auf jeweils 10 000 Einwohner waren dies in Thüringen 11 Wohnungen. Der in der obigen Grafik für das Jahr 2005 ausgewiesene Spitzenwert von 37 Wohnungen je 10 000 Einwohner ist allerdings der Tatsache geschuldet, dass 2003 und 2004 nicht alle Bauabgänge gemeldet wurden. Die bis dahin statistisch nicht erfassten Meldungen wurden im Nachhinein zu den Meldungen des Jahres 2005 hinzugerechnet.

In Hessen waren im gesamten Betrachtungszeitraum etwa 12 600 Gebäude mit 26 100 Wohnungen Opfer der Abrissbirne, im Durchschnitt also 1 137 Wohnungen pro Jahr. Bezogen auf jeweils 10 000 Einwohner waren dies 2 Wohnungen in vom Abriss betroffenen Gebäuden.

In den letzten Jahren sind die Zahlen in Thüringen rückläufig, 2013 wurden nur noch 1 287 Wohnungsabgänge bzw. 6 Wohnungsabgänge je 10 000 der Bevölkerung gemeldet. Einwohnerbezogen liegt der Wert noch immer deutlich höher als in Hessen mit knapp 3 Wohnungsabgängen je 10 000 Einwohner, doch insgesamt wurden 2013 hier mit 1 665 erstmals wieder mehr Wohnungen vom Markt genommen als in Thüringen, wo im selben Jahr 1 287 Wohnungsabgänge gemeldet wurden.



© Fotoschlick - Fotolia.com

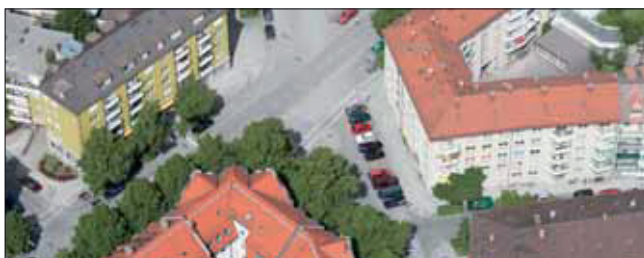


## Wohnungsbestand: Versorgung mit Wohnraum verbessert sich

Die Versorgung mit Wohnraum ist eine unabdingbare Voraussetzung für das Funktionieren von Wirtschaft und Gesellschaft in einer Region. Sie wird hier dargestellt anhand der Zahl der den Einwohnern zur Verfügung stehenden Wohnungen, die die Wohnungen in Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäusern wie auch in Gebäuden einschließt, die nicht überwiegend zu Wohnzwecken dienen, z. B. Hausmeisterwohnungen in Schulen.

Der Bestand an Wohnungen entwickelte sich in den beiden Ländern positiv. In Hessen wuchs die Zahl der Wohnungen stetig. Ende 2013 gab es annähernd 3 Millionen Wohnungen, rund 526 000 bzw. 22 % mehr als Ende 1991. Auch in Thüringen gab es 2013 insgesamt mehr Wohnungen als 1991. Der Zuwachs fiel mit einem Plus von 63 400 bzw. 6 % im Vergleich zu Hessen geringer aus. Knapp 1,2 Millionen Wohnungen standen Ende 2013 in Thüringen insgesamt zur Verfügung.

Anders als in Hessen wuchs der Bestand an Wohnungen in Thüringen nicht kontinuierlich. Vielmehr wurden hier von

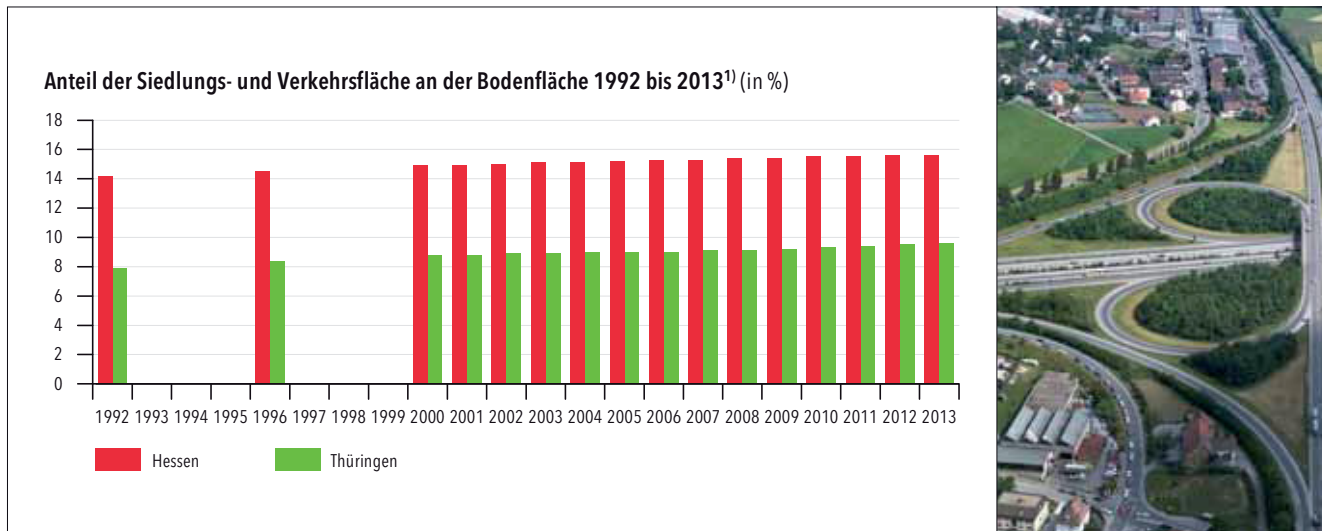


2004 bis 2009 jedes Jahr mehr Wohnungen aus dem Bestand entfernt als Zugänge zu vermelden waren, was die Zahl der Wohnungen am Markt zeitweilig verringerte. Der „Stadtumbau Ost“ zeigte seine Wirkung (vgl. S. 56). Erst ab 2010 wurden mehr Wohnungen fertiggestellt als abgerissen, sodass der Wohnungsbestand wieder leicht anstieg.

Die Zahl der Wohnungen, die jeweils 1 000 Einwohnern zur Verfügung stehen, hat sich in beiden Ländern aufwärts entwickelt, in Thüringen stärker als in Hessen. Dies lässt sich dadurch erklären, dass in Hessen der Wohnungsbestand zwar stärker wuchs (+ 22 %) als in Thüringen (+ 6 %); allerdings nahm die Bevölkerung in Hessen zu (+ 4 %), während sie in Thüringen zurückging (- 16 %). Als 1995 in Thüringen und in den anderen neuen Ländern die Gebäude- und Wohnungszählung durchgeführt wurde, standen infolge der hohen Bevölkerungsverluste Ende der 80er- und Anfang der 90er-Jahre in Thüringen mit 439 Wohnungen je 1 000 Einwohner rechnerisch 10 Wohnungen mehr zur Verfügung als in Hessen. Sowohl in Hessen als auch in Thüringen stieg diese Zahl im Laufe der Jahre stetig, aber nicht parallel an. Ende 2013 standen 1 000 hessischen Einwohnern 489 Wohnungen zur Verfügung, den Thüringern trotz Reduzierung des Wohnungsbestandes 540.

Es bleibt noch anzumerken, dass weder die absolute Zahl der Wohnungen noch die Kennziffer „Wohnungen je 1 000 Einwohner“ darüber Auskunft gibt, ob der Wohnraum, der zur Verfügung steht, tatsächlich dem Bedarf entgegenkommt, beispielsweise in Bezug auf Lage, Größe oder Preis. So kann es, auch wenn die Kennziffer landesweit eine günstige Relation aufweist, regional oder in bestimmten Segmenten des Wohnungsmarktes durchaus zu Engpässen kommen.





## Fläche für Siedlungs- und Verkehrszwecke dehnt sich aus

Die Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche<sup>2)</sup> im Zeitablauf ist in zweifacher Hinsicht von Interesse: Zum einen in ökologischer Hinsicht, denn mit der Umwidmung von land- und forstwirtschaftlich genutzten oder naturbelassenen Flächen zu Siedlungs- und Verkehrsflächen ist die Zersiedlung und die Versiegelung von Flächen mit allen damit einhergehenden ökologischen Folgen verbunden<sup>3)</sup>. Zum anderen im Hinblick auf die Nutzungsansprüche, denn mit der wirtschaftlichen Entwicklung und dem steigenden Lebensstandard nimmt der Bedarf an Platz für Wohn- und Produktionszwecke sowie für die Infrastruktur zu. Insofern lässt sich die Entwicklung der Siedlungs- und Verkehrsfläche gewissermaßen auch als Indikator für die ökonomische Entwicklung einer Region betrachten.

Die Bodenfläche Hessens ist mit 21 100 km<sup>2</sup> um rund 1 Drittel größer als diejenige Thüringens (16 200 km<sup>2</sup>). Siedlungs- und Verkehrszwecken dienten Ende 2013 in Hessen etwa 16 % (3 302 km<sup>2</sup>) und in Thüringen rund 10 % der Bodenfläche (1 549 km<sup>2</sup>). Die Differenz zwischen diesen Anteilen lässt sich zum großen Teil durch die unterschiedliche Einwohnerdichte erklären. Ende 2013 lag diese in Hessen bei 286 und in Thüringen bei 134 Einwohnern je km<sup>2</sup>.

Im Betrachtungszeitraum der gemeinsamen, nach einheitlichen Kriterien durchgeführten Erhebung über die Flächennutzung ab dem Stichtag 31.12.1992 wurde die Siedlungs- und Verkehrsfläche in beiden Ländern ausgeweitet. In Hessen dehnte sie sich bis Ende 2013 um 300 km<sup>2</sup> aus, was

einer Zunahme von 10 % entspricht. In Thüringen vergrößerte sich die zu Siedlungs- und Verkehrszwecken genutzte Fläche um 273 km<sup>2</sup>; aufgrund der geringeren Ausgangsgröße kam dies jedoch einer Zunahme von 20 % gleich.

In beiden Ländern war die Erweiterung der Gebäude- und Freifläche maßgeblich an der Ausdehnung der gesamten Siedlungs- und Verkehrsfläche beteiligt, und zwar in Thüringen (+ 142 km<sup>2</sup> bzw. + 24 %) stärker als in Hessen (+ 138 km<sup>2</sup> bzw. + 10 %). Aber auch die Ausdehnung der Verkehrsfläche spielte in beiden Ländern eine bedeutende Rolle (Hessen: + 66 km<sup>2</sup> bzw. + 5 %; Thüringen: + 70 km<sup>2</sup> bzw. + 11 %).

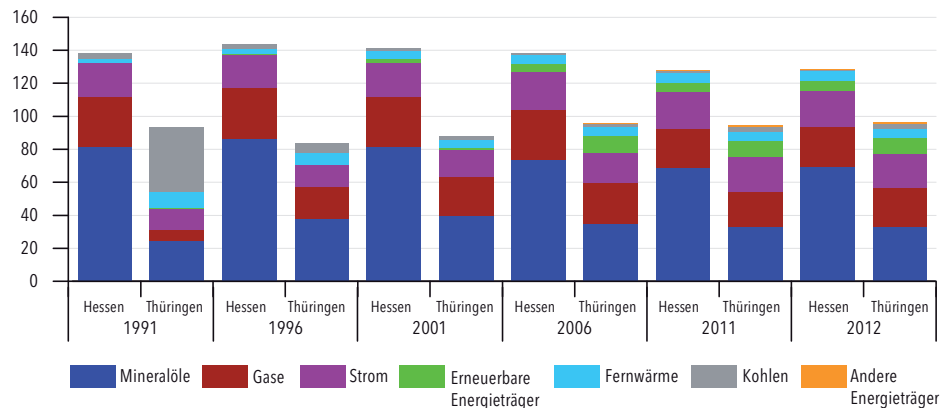
Die Flächeninanspruchnahme erfolgte in Hessen zulasten der Fläche für Landwirtschaft; diese ging zurück, je mehr sich die Siedlungs- und Verkehrsfläche (und in geringerem Maße auch die Waldfläche) ausdehnte. Insgesamt wurden der Landwirtschaft zwischen Ende 1992 und Ende 2013 etwa 385 km<sup>2</sup> bzw. 4 % der ursprünglichen Flächen entzogen. Anders in Thüringen, wo die Landwirtschaftsfläche beinahe unverändert blieb, während Flächen anderer Nutzung – u. a. für militärische Zwecke vorgesehene Flächen – umgewidmet wurden.



© Eisenhans - Fotolia.com



**Endenergieverbrauch je Einwohner 1991, 1996, 2001, 2006, 2011 und 2012 nach Energieträgern<sup>1)2)</sup>(in GJ)**



## Bedeutung der erneuerbaren Energien nimmt zu

Da die weltweiten Vorkommen der fossilen Energieträger endlich sind und deren Verbrauch negative Auswirkungen auf die Umwelt hat, liegt eine der größten Herausforderungen der heutigen Zeit zum einen in der Reduktion des Energieverbrauchs und zum anderen in der stärkeren Verwendung der erneuerbaren Energieträger anstelle der konventionellen. Die hier betrachteten Zeitreihen zeigen, dass in Hessen und Thüringen erste Schritte zur Bewältigung dieser Mammutaufgaben erfolgten.

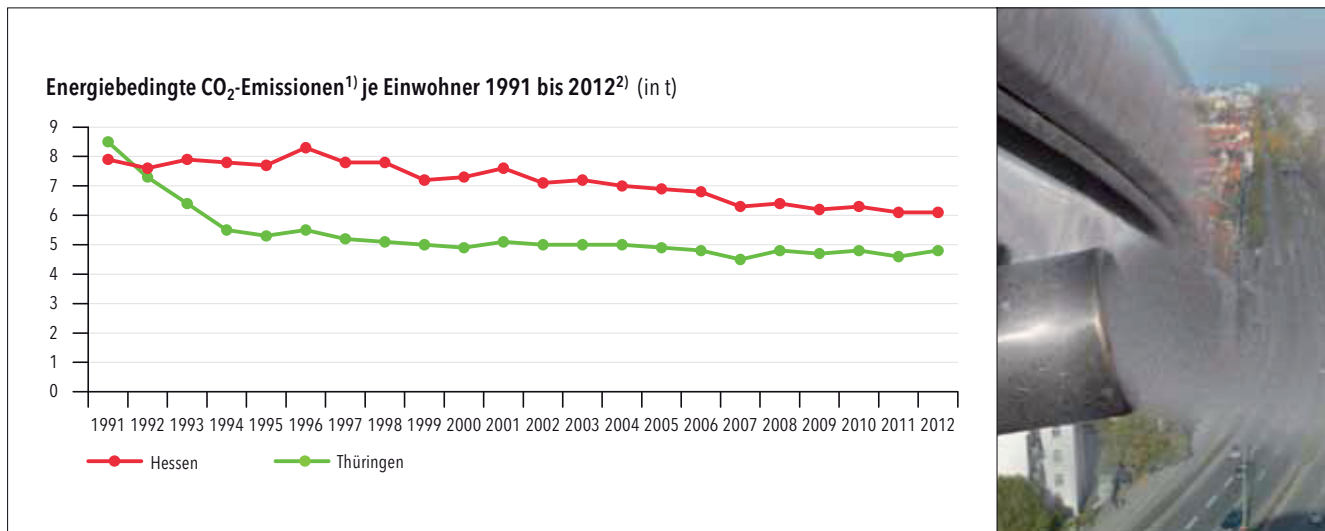
Die Endenergie ist die für die endgültige Nutzung als Wärme, Licht, Bewegung oder Kraft benötigte Energiemenge. Zwar stieg in Hessen der Verbrauch zunächst von 800 Petajoule (PJ) im Jahr 1991 auf 865 PJ im Jahr 1996, doch nach der Jahrtausendwende sank dieser zunächst langsam und dann recht deutlich auf 771 PJ im Jahr 2012. Bezogen auf die Bevölkerungszahl war der Verbrauch zuletzt mit 128 Gigajoule (GJ) je Einwohner um 7 % niedriger als 1991 (138 GJ).

Der Endenergieverbrauch in Thüringen war – auch bezogen auf die Einwohnerzahl – deutlich niedriger, es zeigt sich aber ein gegenüber Hessen abweichender Kurvenverlauf: Zunächst sank der Endenergieverbrauch rapide von 242 PJ im Jahr 1991 auf 210 PJ im Jahr 1996. Diese Verbrauchssenkung erfolgte v. a. im Industriesektor, wo es im Anschluss an die Wiedervereinigung zu zahlreichen Betriebsstilllegungen kam. In der Folgezeit bewegte sich der gesamte Endenergieverbrauch weitgehend auf kon-

stantem Niveau und kam im Jahr 2012 wie im Jahr 1996 auf 210 PJ. Damit wurden zuletzt 33 PJ weniger Endenergie verbraucht als 1991. Dennoch war der Endenergieverbrauch je Einwohner 2012 mit 96 GJ geringfügig höher als 1991 (93 GJ). Dies lässt sich durch die gegenüber 1991 deutlich niedrigere Einwohnerzahl im Jahr 2012 erklären. Gegenüber Hessen war der Endenergieverbrauch pro Kopf zuletzt um ein Viertel niedriger. Zuvor fiel der Abstand zwischen beiden Ländern noch etwas größer aus.

Auch die Zusammensetzung der Energieträger hat sich im Zeitablauf geändert, und zwar insbesondere in Thüringen. Dort entfielen 1991 noch rund 42 % der Energieträger auf Kohle, v. a. Braunkohle. Dieser Anteil sank rapide auf 6,6 % im Jahr 1996 und weiter auf 2,6 % im Jahr 2012. Auch der Anteil der Fernwärme ging von 10,6 % im Jahr 1991 auf 6,2 % im Jahr 2012 zurück. Dafür nahm in diesem Zeitraum die Bedeutung v. a. von Gas (1991: 7,2 %; 2012: 24 %), Mineralöl (1991: 26 %; 2012: 34 %) und Strom (1991: 14 %; 2012: 22 %) zu. „Newcomer“ waren die erneuerbaren Energieträger, die nach der Wende noch eine völlig unbedeutende Rolle spielten und zuletzt 9,7 % des Endenergieverbrauchs ausmachten. Nicht berücksichtigt sind deren Beitrag bei der Erzeugung von Strom und Fernwärme, deren Herkunft hier nicht weiter quantifiziert wird.

Auf die erneuerbaren Energieträger gingen in Hessen beinahe die größten Änderungen in der Zusammensetzung der Energieträger zurück. Ihr Anteil stieg von quasi Null auf 4,5 % im Jahr 2012; damit war dieser zuletzt allerdings deutlich niedriger als in Thüringen. Etwas größer fiel die Bedeutungsveränderung beim Mineralöl aus, dessen Anteil von 59 % im Jahr 1991 auf 54 % im Jahr 2012 sank. Die Beiträge der übrigen Energieträger variierten nur geringfügig.



## Rückgang der CO<sub>2</sub>-Emissionen seit Mitte der 90er-Jahre

Treibhausgasemissionen sind hauptverantwortlich für die menschengemachte, globale Erderwärmung und dem daraus resultierenden Klimawandel. Diese Emissionen entstehen hauptsächlich bei der Verbrennung fossiler Energieträger, wie Kohle, Erdöl oder Gas, aber auch in der Landwirtschaft durch Viehhaltung und Verwendung von Düngemitteln sowie in Herstellungsprozessen.

Im Jahr 2011 emittierte Hessen, ohne Berücksichtigung des internationalen Luftverkehrs, eine Treibhausgasmenge von 41,0 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub>-Äquivalenten und damit gut 3-mal soviel wie Thüringen (13,3 Millionen Tonnen)<sup>3)</sup>. Davon entfielen in Hessen 89 % und in Thüringen 76 % auf energiebedingtes, d. h. durch den Energieverbrauch freigesetztes, Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>). Die übrige Menge verteilte sich auf Methan (CH<sub>4</sub>, Hessen: 4,7 %, Thüringen: 12 %), Lachgas (N<sub>2</sub>O, Hessen: 4,8 %, Thüringen: 12 %) und auf eine Restmenge des prozessbedingten, d. h. bei industriellen und anderen Prozessen freigesetzten, CO<sub>2</sub>. In beiden Ländern fiel CH<sub>4</sub> v. a. in der Abfallwirtschaft bzw. in der Abwasserbeseitigung an und N<sub>2</sub>O v. a. in der Landwirtschaft<sup>4)</sup>.

Für den Ausstoß von energiebedingtem CO<sub>2</sub> existieren durchgehende Zeitreihen von 1991 bis 2012<sup>5)</sup>. In Hessen stiegen diese – v. a. bedingt durch einen witterungsbedingt steigenden Energieverbrauch der Haushalte und übriger Verbraucher (Handel, Kleingewerbe etc.) – zunächst von 46,0 Millionen Tonnen im Jahr 1991 auf 49,9 Millionen

Tonnen im Jahr 1996 an, bevor sie relativ gleichmäßig auf 36,7 Millionen Tonnen im Jahr 2012 zurückgingen. Damit kamen 1991 und 1996 auf einen Einwohner 7,9 bzw. 8,3 Tonnen; zuletzt waren es mit 6,1 Tonnen je Einwohner merklich weniger.

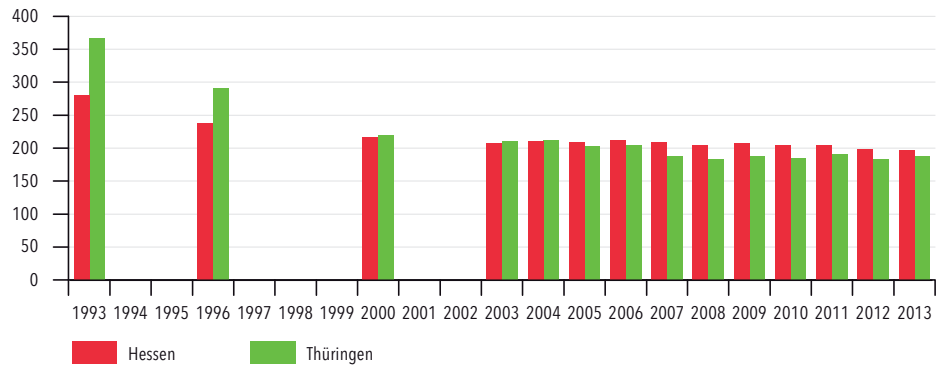
Ein anderer Kurvenverlauf zeigte sich für Thüringen. Zunächst reduzierten sich die energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen von 22,1 Millionen Tonnen im Jahr 1991 deutlich auf 14,0 Millionen Tonnen im Jahr 1994. Zurückzuführen war dies v. a. auf die Senkung der Emissionsmenge im Industriesektor, was durch Betriebsstilllegungen sowie durch die Modernisierung der Energieerzeugung im Anschluss an die Wiedervereinigung zu erklären ist. In der Folgezeit ging die gesamte Emissionsmenge langsam und recht kontinuierlich auf 10,4 Millionen Tonnen im Jahr 2012 zurück. Bezogen auf die Einwohnerzahl waren die CO<sub>2</sub>-Emissionen in Thüringen 1991 mit 8,5 Tonnen je Einwohner etwas höher, aber im Folgejahr bereits niedriger und ab 1994 (5,5 Tonnen je Einwohner) mit deutlichem Abstand niedriger als in Hessen. Zuletzt wiesen sie mit 4,8 Tonnen je Einwohner gut die Hälfte des bundesdeutschen Durchschnitts von 9,5 Tonnen auf.

Die Rückgänge der Emissionen in den letzten Jahren sind in beiden Ländern in erster Linie durch Einsparungen des Brennstoffeinsatzes in den privaten Haushalten zu erklären. In geringerem Umfang trug der Straßenverkehr zur aufgezeigten Energiesenkung bei. In Hessen kam auch dem Industriesektor eine enorme Bedeutung in den Reduktionsbemühungen zu. Nicht zuletzt wird bei der Stromerzeugung durch den vermehrten Einsatz von erneuerbaren Energien der CO<sub>2</sub>-Ausstoß vermindert.





Aufkommen an Haus- und Sperrmüll je Einwohner 1993, 1996, 2000 und 2003 bis 2013 (in kg)



## Nach 2000 langsames Tempo der Haus- und Sperrmüllreduktion

Das 1972 verabschiedete Abfallbeseitigungsgesetz wurde 1986 in der damaligen Bundesrepublik Deutschland novelliert. Im Zuge dieser Novelle wurde das Prinzip der Abfallvermeidung erstmals berücksichtigt, womit die Verwertung Vorrang erhielt vor der Deponierung oder Verbrennung. Seitdem muss neben den gefährlichen Abfällen auch der anfallende Abfall getrennt gesammelt werden. Zudem beschloss die Bundesregierung 1991 die Verpackungsverordnung, die zur Kennzeichnung des wiederverwertbaren Verpackungsmülls durch den „Grünen Punkt“ führte<sup>1)</sup>.

Das Aufkommen an Haus- und Sperrmüll, einer Teilmenge des gesamten Haushaltsabfalls, ging in beiden Ländern bis zur Jahrtausendwende deutlich zurück, und zwar in Hessen von gut 1,669 Millionen Tonnen im Jahr 1993 um 15 % auf gut 1,423 Millionen Tonnen im Jahr 2000 und in Thüringen von 926 000 Tonnen um 42 % auf 533 000 Tonnen. Diese Abnahme ist zumindest in Hessen wohl auch auf die zeitlich verzögerte Umsetzung gesetzlicher Vorgaben zur Abfallvermeidung und -trennung zurückzuführen. So stieg umgekehrt im selben Zeitraum die Menge der getrennt erfassten Haushaltsabfälle in Hessen von rund 1,046 Millionen Tonnen auf rund 1,611 Millionen Tonnen. Letztere ergeben sich aus den gesamten Haushaltsabfällen abzüglich des Haus- und Sperrmülls und setzen sich aus den getrennt erfassten organischen Abfällen, den getrennt erfassten Wertstoffen sowie sonstigen Abfällen zusammen<sup>2)</sup>. Daten zu getrennt erfassten Haushaltsabfällen bis 2000 lagen für Thüringen nicht vor.

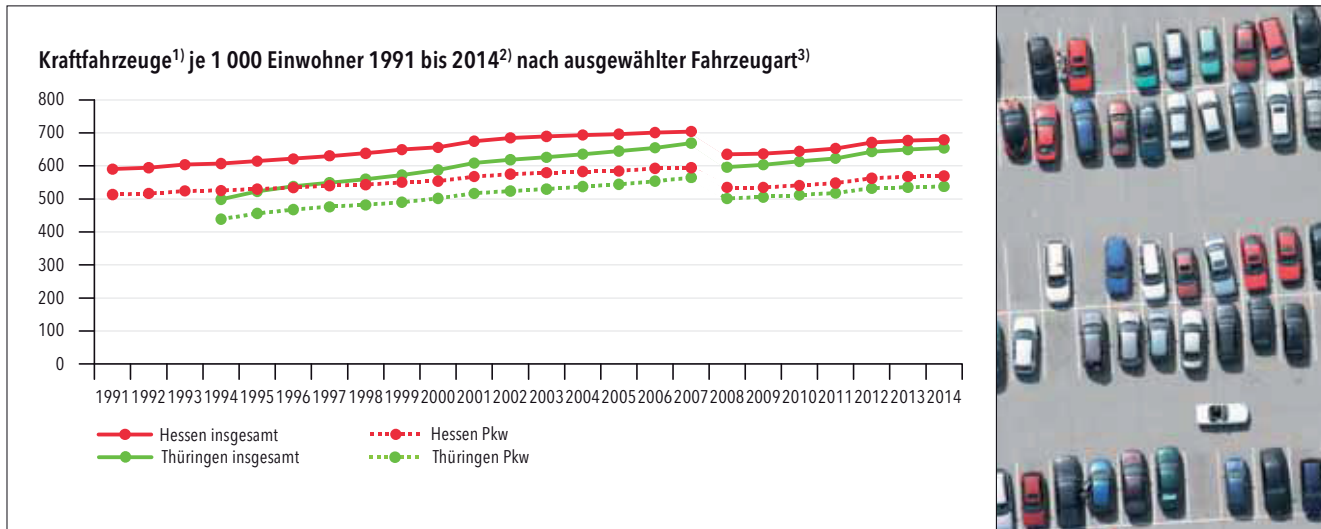
Bezogen auf die Einwohnerzahl war 1993 die Menge des Haus- und Sperrmülls in Thüringen mit 366 Kilogramm noch deutlich größer als in Hessen mit 280 Kilogramm. Zur Jahrtausendwende fiel sie in beiden Ländern bereits nahezu gleich groß aus (Hessen: 217 Kilogramm je Einwohner, Thüringen: 219 Kilogramm) und ebenso im Jahr 2013 auf einem nur geringfügig niedrigeren Niveau (Hessen: 196 Kilogramm je Einwohner, Thüringen: 187 Kilogramm).

2013 fiel in Hessen eine Haus- und Sperrmüllmenge von 1,182 Millionen Tonnen an und in Thüringen von knapp 404 900 Tonnen. Dies waren in Hessen 42 % und in Thüringen 46 % des gesamten Aufkommens an Haushaltsabfällen. Darüber hinaus entfielen 30 % (Hessen) bzw. 32 % (Thüringen) der Haushaltsabfälle auf getrennt erfasste Wertstoffe und weitere 27 % (Hessen) bzw. 21 % (Thüringen) auf getrennt erfasste organische Abfälle.



© eyetronic - Fotolia.com

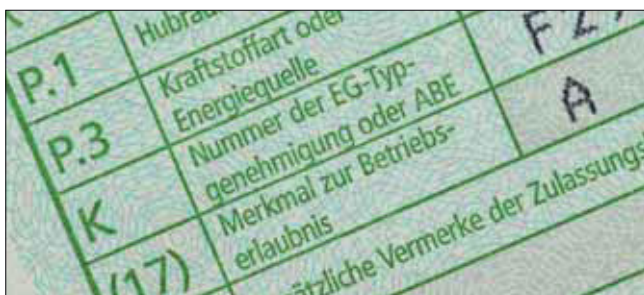




## Ungebrochene Zunahme des Kraftfahrzeugbestandes

In Hessen waren im Jahr 1991 rund 3,402 Millionen Kraftfahrzeuge (Kfz) und darunter 2,959 Millionen Personenkraftwagen (Pkw) angemeldet. 2007 gab es mit 4,277 Millionen Kfz bzw. 3,612 Millionen Pkw bereits 875 000 bzw. 653 000 mehr. Nach einer Methodenumstellung, in deren Folge vorübergehende Stilllegungen und Außerbetriebsetzungen von angemeldeten Fahrzeugen nicht mehr berücksichtigt wurden (in der Grafik durch unterbrochene Linien dargestellt), stieg die Zahl der Kfz und Pkw von 3,857 bzw. 3,247 Millionen im Jahr 2008 auf 4,106 bzw. 3,441 Millionen im Jahr 2014. Auf 1 000 Einwohner entfielen demnach im Jahr 1991 gut 590 Kfz bzw. 513 Pkw und im Jahr 2014 679 Kfz bzw. 569 Pkw.

Am 3.10.1990 wurden die neuen Bundesländer an das Zentrale Verkehrsinformationssystem beim Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg angebunden. In der Folge wurden die Daten zum Kfz-Bestand im Rahmen der Umstellung von den



© B. Wylezich - Fotolia.com

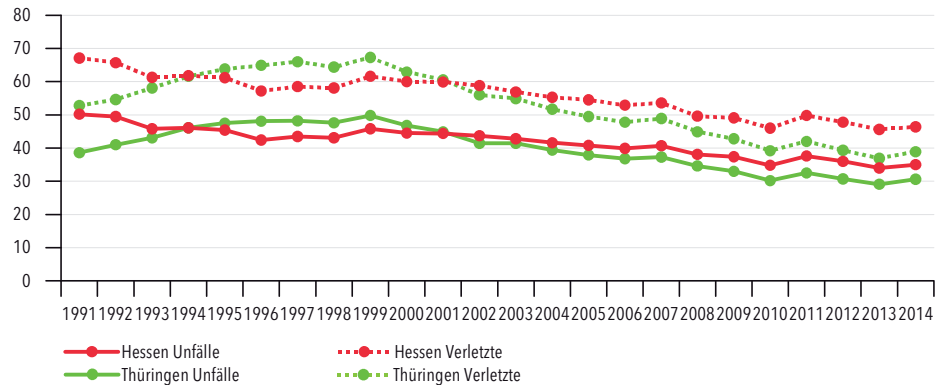
DDR-Kennzeichen auf die in der Bundesrepublik üblichen Autokennzeichen sukzessive im Zentralen Fahrzeugregister erfasst. Nach dem Abschluss dieses Vorgangs Ende 1993 konnte das Kraftfahrt-Bundesamt erstmals zum Berichtsjahr 1994 Ergebnisse zum Kfz-Bestand in Thüringen bereitstellen.

Im Zeitraum 1994 bis 2007 verzeichnete Thüringen eine im Vergleich zu Hessen deutlich stärkere Zunahme des Fahrzeugbestandes. So nahm die Zahl der Kfz und Pkw von 1,263 bzw. 1,111 Millionen im Jahr 1994 auf 1,546 bzw. 1,305 Millionen zu, was einem Zuwachs von 22 bzw. 18 % entsprach – in Hessen betrug die Zuwachsraten im gleichen Zeitraum 18 bzw. 15 %. Auf 1 000 Einwohner kamen in Thüringen 1994 noch 499 Kfz bzw. 439 Pkw und 2007 knapp 669 Kfz bzw. 565 Pkw, was einer Steigerungsrate von 34 % (Hessen: + 16 %) bzw. 29 % (Hessen: + 13 %) entsprach. Damit erreichte in Thüringen die Ausstattung mit motorisierten Verkehrsmitteln annähernd das Niveau Hessens (2007: 704 Kfz bzw. 595 Pkw je 1 000 Einwohner).

Nach der Methodenumstellung stieg die Kfz-Zahl in Thüringen von 1,364 Millionen im Jahr 2008 um 3,6 % (Hessen: + 6,4 %) auf 1,413 Millionen im Jahr 2014 und die Pkw-Zahl von 1,147 Millionen um 1,2 % (Hessen: + 6,0 %) auf 1,162 Millionen. In absoluten Zahlen fiel der Zuwachs damit schwächer aus als in Hessen, aber bezogen auf 1 000 Einwohner war die Zunahme von 596 Kfz bzw. 501 Pkw im Jahr 2008 um 9,8 % (Hessen: + 6,9 %) bzw. 7,2 % (+ 6,5 %) auf 654 Kfz bzw. 538 Pkw im Jahr 2014 dennoch etwas stärker. Dies war auf den Bevölkerungsrückgang in Thüringen zurückzuführen, während die Einwohnerzahl in Hessen nahezu stagnierte. Insgesamt lässt sich festhalten, dass der Kfz-Bestand in beiden Ländern weiterhin wächst.



**Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden und dabei verletzte Personen je 10 000 Einwohner 1991 bis 2014**



## Steigende Verkehrssicherheit

Der kontinuierliche Anstieg des Kfz-Bestandes in Hessen und Thüringen (vgl. S. 63) lässt zunächst vermuten, dass damit die Verkehrsunfallgefahr und die Gefährdung der Verkehrsteilnehmer steigen. Die vorliegenden Daten der Verkehrsunfallstatistik belegen jedoch – zumindest für den Zeitraum nach der Jahrtausendwende – das Gegenteil.

Allerdings nahmen zuvor in Thüringen die Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden zu. So stieg deren Zahl von 10 000 im Jahr 1991 auf 12 200 im Jahr 1999 bzw. – bezogen auf 10 000 Einwohner – von 39 auf 50. Parallel dazu erhöhte sich auch die Zahl der bei den Unfällen verletzten Personen von 13 700 im Jahr 1991 auf 16 500 im Jahr 1999 bzw. – bezogen auf 10 000 Einwohner – von 53 auf 67. Als Grund dafür dürfte u. a. die starke Zunahme der Kfz-Dichte angeführt werden werden. Trotzdem sank in diesem Zeitraum die Zahl der getöteten Personen deutlich – wenn auch nicht gleichmäßig – von 547 auf 336 bzw. – bezogen auf 100 000 Einwohner – von 21 auf 14 (vgl. auch Grafik auf S. 79). Die Schwere der Verkehrsunfälle ließ also nach, wohl u. a. durch die verstärkte Verbreitung von Kfz-Modellen, die gegenüber den in der ehemaligen DDR gefahrenen Modellen einen höheren Sicherheitsstandard aufwiesen.

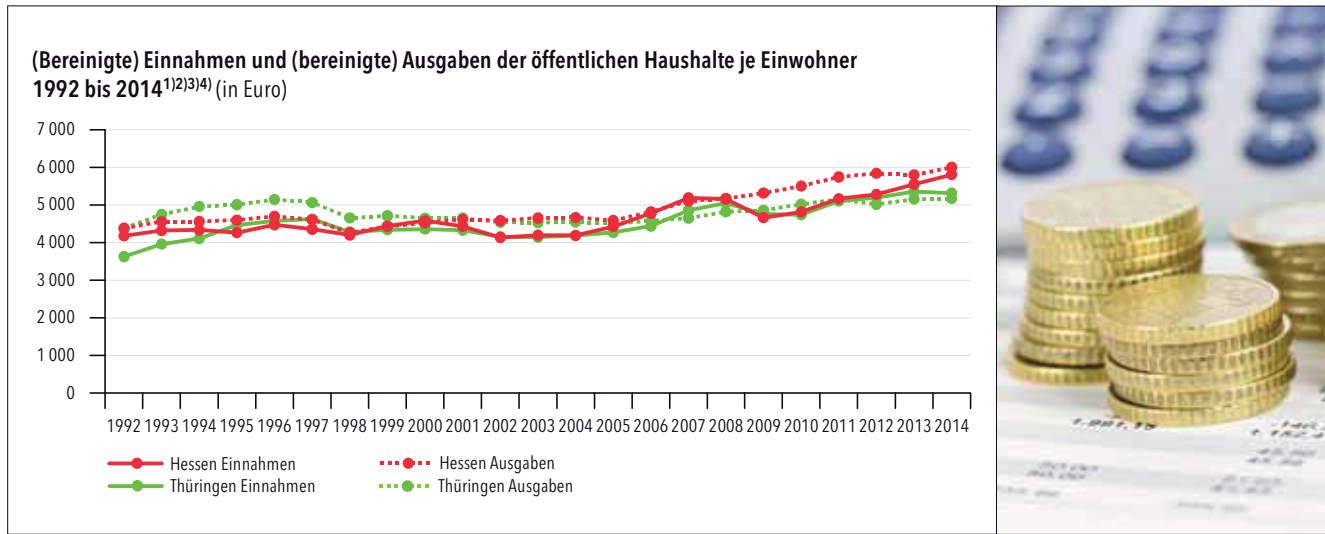
Ab 2000 sank die Zahl der Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden in Thüringen um rund die Hälfte (- 46 %) auf 6 600 bzw. um 39 % auf 31 je 10 000 Einwohner im Jahr 2014 und die Zahl der verletzten Personen um knapp die Hälfte (- 49 %) auf 8 400 bzw. um 42 % auf 39 je 10 000 Einwohner. Der zuvor schon festgestellte Rückgang der Zahl der Verkehrstoten setzte sich fort, und zwar um 64 % auf

121 bzw. um 59 % auf 5,6 je 100 000 Einwohner im Jahr 2014. Ursächlich dafür dürften u. a. eine kontinuierliche Verbesserung des Straßenverkehrsnetzes sowie der nun standardmäßige Einbau von modernen Techniken zur Verkehrssicherheit, wie u. a. des Airbags oder des elektronischen Stabilitätsprogramms (ESP), in Fahrzeugen sein.

Auch in Hessen sank u. a. durch die zuletzt genannten Sicherheitsmaßnahmen die Zahl der Verkehrsunfälle mit Personenschaden bereits ab 1991 von 29 100 um 27 % auf 21 200 im Jahr 2014 bzw. – bezogen auf 10 000 Einwohner – von 50 um 30 % auf 35 und die Zahl der dabei verletzten Personen von 38 900 um 28 % auf 28 200 bzw. – bezogen auf 10 000 Einwohner – von 67 um 31 % auf 46. Ebenso ging im gleichen Zeitraum die Zahl der tödlich Verunglückten von 749 um 70 % zurück auf 223 bzw. – bezogen auf 100 000 Einwohner – von 13 um 71 % auf 3,7.

Die auf die Einwohnerzahl bezogenen Unfall- und Verletzungszahlen in Hessen waren bis 1993 höher als in Thüringen, von 1994 bis 2001 niedriger und schließlich ab 2002 wieder höher. Die Zahl der Verkehrstoten je 100 000 Einwohner lag im betrachteten Zeitraum in Hessen immer unterhalb derjenigen Thüringens, wobei der Abstand zwischen beiden kontinuierlich zurückging. Insgesamt lässt sich festhalten, dass das Unfallgeschehen in beiden Ländern zuletzt auf annähernd gleich hohem Niveau lag.





## Seit 2005 deutliche Steigerung der Einnahmen und Ausgaben

Grundsätzlich werden die (bereinigten) Ausgaben eines Finanzhaushaltes durch die (bereinigten) Einnahmen begrenzt. Überschreiten die Ausgaben die Einnahmen, so ist die Aufnahme von Krediten erforderlich. Dies war in den öffentlichen Haushalten der beiden Länder seit der Wiedervereinigung die Regel. Bis auf wenige Ausnahmen fielen die Ausgaben größer aus als die Einnahmen.

Insbesondere zu Beginn und am Ende des gesamten Betrachtungszeitraums verliefen die Kurven der (um Kreditaufnahmen und Tilgungen sowie um Zahlungen gleicher Ebene bereinigten) Ausgaben und (bereinigten) Einnahmen in Hessen und Thüringen unterschiedlich. Im Zeitraum 1992 bis 2005 bewegten sich in Hessen die Einnahmen zwischen 24,6 (1992) und 27,7 Milliarden Euro (2000) bzw. zwischen 4 179 (1992) und 4 580 Euro je Einwohner (2000) und die Ausgaben zwischen 25,7 (1992) und 28,4 Milliarden Euro (2004) bzw. zwischen 4 381 (1992) und 4 665 Euro je Einwohner (2004). In diesem Zeitraum gelang Hessen 1999 und 2000 ein leichter Einnahmeüberschuss.

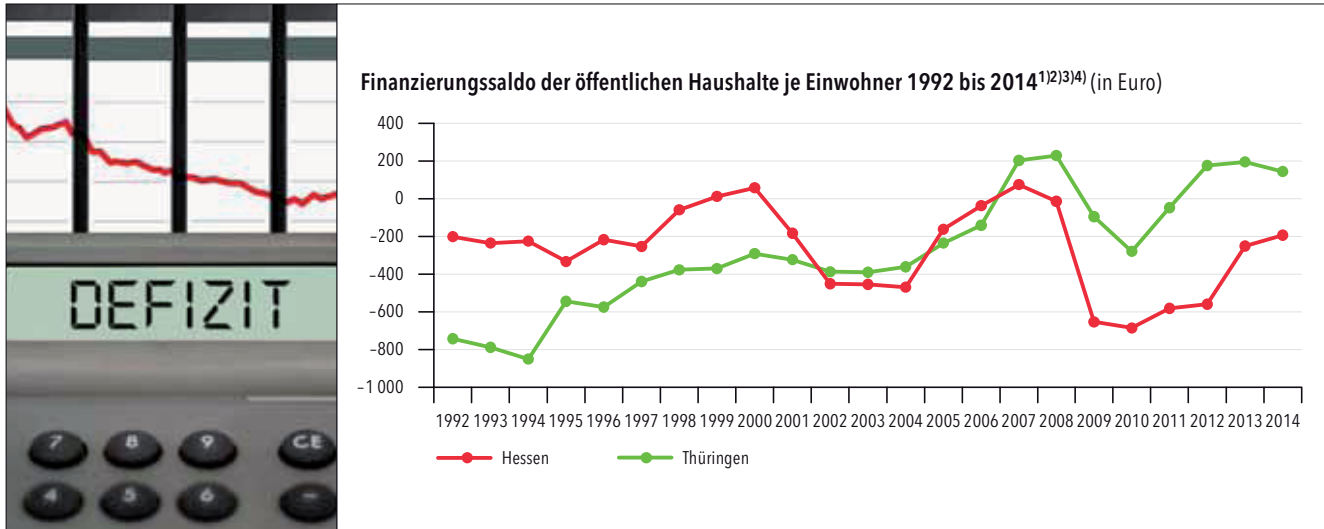
In Thüringen hingegen stiegen die Einnahmen von 9,3 Milliarden Euro im Jahr 1992 zunächst deutlich auf 11,5 Milliarden Euro im Jahr 1997 bzw. von 3 627 auf 4 624 Euro je Einwohner und die Ausgaben von 11,1 auf 12,8 Milliarden Euro im Jahr 1996 bzw. von 4 370 auf 5 145 Euro je Einwohner – wohl infolge der durch die Wiedervereinigung induzierten wirtschaftlichen Belebung. Nach einem Einbruch der Einnahmen und Ausgaben im Jahr 1998 pen-

delten sich diese auf einem annähernd gleichbleibenden Niveau ein.

Ab 2006 entwickelten sich die Finanzen in beiden Ländern durchwachsen, in Hessen mehr noch als in Thüringen. Beiden gelang in den konjunkturell erfolgreichen Jahren bis 2008 eine stärkere Zunahme bei den Einnahmen als bei den Ausgaben, sodass 2007 und in Thüringen auch 2008 ein Einnahmeüberschuss vorlag. Die schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise in der Nachkriegszeit ließ die Einnahmen beider Länder 2009 (Hessen) bzw. 2010 (Thüringen) auf ein Zwischenminimum fallen und die Ausgaben infolge der zusätzlichen Maßnahmen zur Konjunkturunterstützung weiter ansteigen. Hessen war von dieser Krise stärker betroffen, sodass sich in diesen Jahren – bezogen auf die Einwohnerzahl – der Abstand zwischen den Ausgaben und Einnahmen in Hessen stärker vergrößerte als in Thüringen.

Nach 2010 zogen die Einnahmen in beiden Ländern im Zuge des Konjunkturaufschwungs wieder stark an, und zwar in Hessen von 29,2 Milliarden Euro im Jahr 2010 auf 35,2 Milliarden Euro im Jahr 2014 bzw. von 4 815 auf 5 805 Euro je Einwohner und in Thüringen von 10,6 auf 11,5 Milliarden Euro bzw. von 4 739 auf 5 314 Euro je Einwohner.

In Thüringen bewegten sich die Ausgaben in diesem Zeitraum auf annähernd gleicher Höhe, und zwar zwischen 10,9 (2012) und 11,3 Milliarden Euro (2011) bzw. zwischen 5 016 (2012) und 5 170 Euro (2014), sodass dem Land seit 2012 wieder ein Einnahmeüberschuss gelang. In Hessen hingegen stiegen die Ausgaben nach 2010 weiter an, und zwar von 33,4 Milliarden Euro im Jahr 2010 auf 36,4 Milliarden Euro im Jahr 2014 bzw. von 5 500 auf 5 997 Euro je Einwohner, sodass diese weiterhin die Einnahmen überwogen.



© ferkelraggae - Fotolia.com

## Finanzierungssaldo erholt sich von jüngster Finanz- und Wirtschaftskrise

Der Finanzierungssaldo ergibt sich aus der Differenz von bereinigten Einnahmen und bereinigten Ausgaben, die auf der vorherigen Seite betrachtet wurden. Sind die Einnahmen größer als die Ausgaben, ergibt sich ein Finanzierungsüberschuss, sind sie kleiner, ein Finanzierungsdefizit.

In Hessen bewegte sich der negative Finanzierungssaldo bis 1997 auf dem Niveau von 1992 (- 1 184 Millionen Euro bzw. - 201 Euro je Einwohner), bevor er sich in den konjunkturell besonders erfolgreichen Jahren 1999 und 2000 in einen Finanzierungsüberschuss umwandelte (2000: + 353 Millionen Euro bzw. + 58 Euro je Einwohner). In diesem Zeitraum lag der Finanzierungssaldo in Thüringen (1992: - 1 893 Millionen Euro bzw. - 742 Euro je Einwohner, 2000: - 709 Millionen Euro bzw. - 291 Euro je Einwohner) deutlich unterhalb desjenigen in Hessen. Dafür waren wohl gerade in den Jahren nach der Wiedervereinigung die Ausgaben für die Maßnahmen zur wirtschaftlichen Belebung mitverantwortlich.

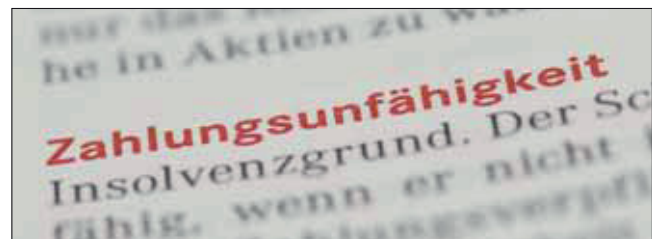
Ab dem Jahr 2001 sank der Finanzierungssaldo in Hessen deutlich, sodass das Defizit – bezogen auf die Einwohnerzahl – in Hessen 2002 bis 2004 größer ausfiel als in Thüringen. Der markante Rückgang des Saldos dürfte zwei Ursachen haben, die jeweils zu Einnahmeausfällen führten. Einmal mündete die weltweite Wirtschaftskrise (dot-com-Krise), verbunden mit den politischen Turbulenzen nach dem Anschlag auf das World-Trade-Center in New York, in einen starken konjunkturellen Rückgang, zum anderen führ-

te eine „große Steuerreform“ zum zeitweilig fast völligen Erliegen der Körperschaftsteuer.

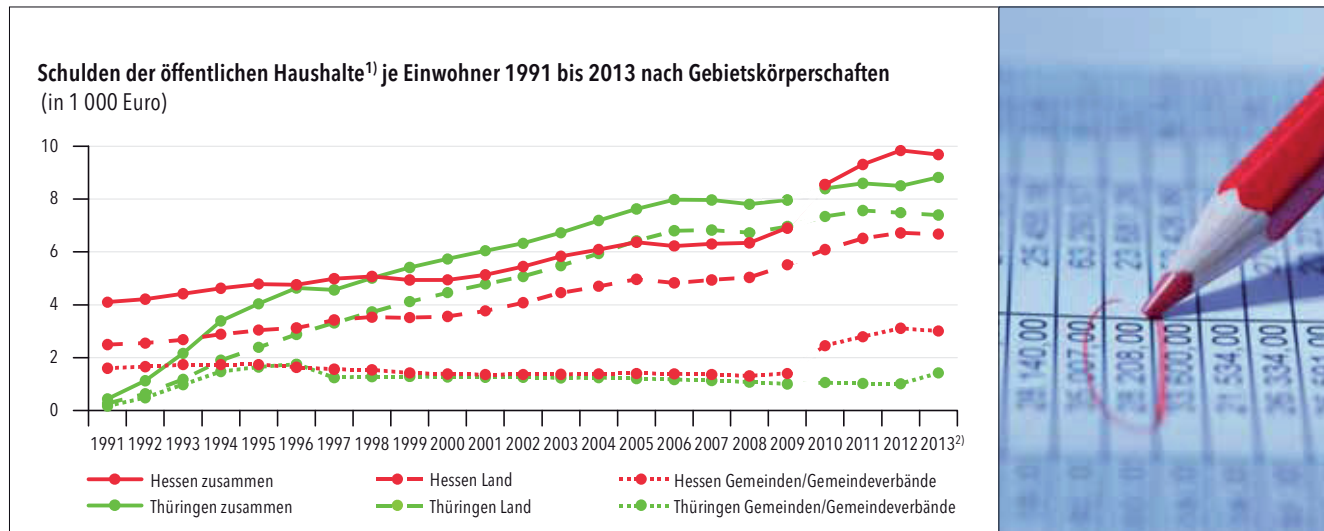
In der Folgezeit stieg der Finanzierungssaldo in beiden Ländern wieder derart an, dass dieser in den Jahren 2007 und 2008 ausgeglichen oder gar positiv ausfiel. Dafür waren wohl die wieder anziehende Wirtschaft und damit einhergehende Einnahmen verantwortlich. Gleichzeitig ließen Sparbestrebungen die Ausgaben nicht in dem Maße steigen wie die Einnahmen.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise in den beiden folgenden Jahren ließen die Einnahmen deutlich sinken und führten gleichzeitig zu steigenden Ausgaben zur Konjunkturunterstützung, sodass der Finanzierungssaldo wieder deutlich ins Minus fiel.

Der konjunkturelle Aufschwung ab 2011 wirkte sich positiv auf den Finanzierungssaldo beider Länder aus. 2012 bis 2014 konnte Thüringen wieder einen Finanzierungsüberschuss aufweisen (2014: + 311 Millionen Euro bzw. + 144 Euro je Einwohner). In Hessen, das wesentlich stärker von der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen war, lag der Finanzierungssaldo zuletzt immer noch im Minusbereich (2014: - 1 169 Millionen Euro bzw. - 193 Euro je Einwohner).



© SBH - Fotolia.com



## Eindämmung der Neuverschuldung durch Finanz- und Wirtschaftskrise unterbrochen

Auffällig ist die Schuldenentwicklung in Hessen und Thüringen bis zum Stand von 1996, dem Jahr, in dem beide Länder – auch bei einer Unterscheidung nach Gebietskörperschaftsgruppen – bezogen auf die Einwohnerzahl ein annähernd gleiches Schuldenniveau aufwiesen. Zuvor stieg in Thüringen das Schuldenniveau in beiden Gebietskörperschaftsgruppen – von quasi Null zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung ausgehend – kräftig an, während in Hessen das Schuldenniveau auf Gemeindeebene stagnierte und auf Landesebene allmählich anzog. In Thüringen sorgten die Kredite zur Wirtschaftsbelebung nach der Wiedervereinigung für den aufgezeigten Schuldenanstieg.

Nach 1996 stagnierte in beiden Ländern der auf die Einwohnerzahl bezogene Schuldenstand auf Kommunalebene bis 2009, während dieser auf Landesebene bis 2005 weiter anstieg, und zwar in Thüringen stärker als in Hessen. Zwischen 2006 und 2008 stagnierte der Schuldenstand in beiden Landeshaushalten, denn diese Jahre waren durch einen Wirtschaftsaufschwung sowie erste Sparbemühungen der Landeshaushalte geprägt.

Zwar sind die Länder durch die Beschlüsse der Föderalismuskommission II im Jahr 2009 grundsätzlich verpflichtet, bis zum Jahr 2020 einen ausgeglichenen Haushalt (im ka-

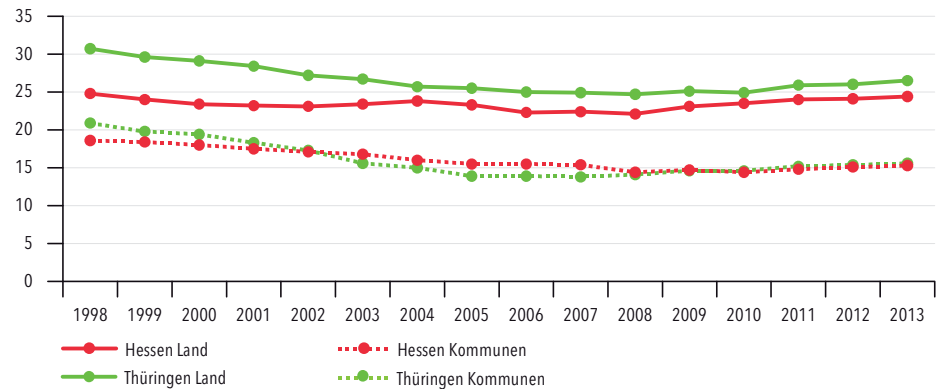
meralen Sinne) zu erreichen und dann eine Neuverschuldung zu vermeiden („Schuldenbremse“). Die im Jahr 2009 einsetzende Finanz- und Wirtschaftskrise dämpfte aber v. a. im stärker betroffenen Land Hessen die Bemühungen um die Schuldeneindämmung. Zwar verhinderten die hessischen Gebietskörperschaften im Jahr 2013 einen weiteren Schuldenanstieg. Letztlich aber stiegen die Schulden für den hessischen Landeshaushalt auf zuletzt 40,2 Milliarden Euro bzw. 6 673 Euro je Einwohner und für die hessischen Gemeinden und Gemeindeverbände auf 18,1 Milliarden Euro bzw. 3 010 Euro je Einwohner<sup>3)</sup>. Der leichte Rückgang bei den hessischen Kommunen im Jahr 2013 dürfte auf die Wirkung des kommunalen Entschuldungsprogramms der Landesregierung („kommunaler Schutzschirm“) zurückzuführen sein. In Thüringen gelang beim Landeshaushalt nach dem bis 2011 erfolgten Schuldenanstieg ein leichter Schuldenrückgang, und bei den thüringischen Gemeinden und Gemeindeverbänden ist nur für 2013 ein deutlicher Schuldenanstieg zu verzeichnen. Zuletzt beliefen sich die Schulden im thüringischen Landeshaushalt auf 16,0 Milliarden Euro bzw. 7 394 Euro je Einwohner und auf kommunaler Ebene auf 3,1 Milliarden Euro bzw. 1 425 Euro je Einwohner.

Erwähnenswert ist die Verteilung der Schulden innerhalb der Länder auf die Gebietskörperschaften: Entfielen 2013 in Hessen 69 % der Schulden insgesamt auf den Landeshaushalt und 31 % auf die Kommunen, so war in Thüringen der entsprechende Anteil des Landeshaushalts mit 84 % größer als in Hessen und der Anteil der Kommunen dementsprechend (16 %) niedriger.





Personal des öffentlichen Dienstes<sup>1)</sup> je 1 000 Einwohner 1998 bis 2013 nach Gebietskörperschaften (in Vollzeitäquivalenten)



© Gajus - Fotolia.com

## Zuletzt moderater Beschäftigungsanstieg im öffentlichen Dienst

Der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt stieg in Hessen von 14 % im Jahr 1999 auf 21 % im Jahr 2011 und in Thüringen von 12 auf 18 %<sup>2)</sup>. Angesichts der zunehmenden Verbreitung der Teilzeitarbeit bietet es sich daher immer mehr an, die Zahl der Beschäftigten in Vollzeitäquivalenten anzugeben, was im Weiteren auch bei der Darstellung der Beschäftigtenentwicklung im öffentlichen Dienst der Fall ist. Dabei werden die Beschäftigten anhand ihres Arbeitszeitfaktors in Vollzeitkräfte umgerechnet, d. h. Teilzeitbeschäftigte werden nur mit ihrem Anteil an der Arbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten berücksichtigt.

Sowohl in Hessen als auch in Thüringen reduzierte sich die Personaldecke im öffentlichen Dienst<sup>1)</sup> ab 1998 innerhalb einer Dekade deutlich. So ging in Hessen das Personal von 261 800 Vollzeitäquivalenten im Jahr 1998 um 15 % auf 221 400 im Jahr 2008 zurück. Dabei war dieser Rückgang im gewichtigeren Landesbereich von 149 400 Vollzeitäquivalenten um 10 % auf 134 100 weniger stark als im kommunalen Bereich (von 112 400 um 22 % auf 86 300). Bezogen auf 1 000 Einwohner sank die Personaldecke in Hessen in diesem Zeitraum insgesamt von 43,4 Vollzeitäquivalenten auf 36,5; im Landesbereich von 24,8 auf 22,1 und im kommunalen Bereich von 18,6 auf 14,4.

Ausgehend von einem deutlich höheren Niveau fiel der Personalabgang im öffentlichen Dienst Thüringens deutlicher aus. Die Zahl der Vollzeitäquivalente ging in Thüringen

von 127 200 im Jahr 1998 um 31 % auf 87 900 im Jahr 2008 zurück. Im kommunalen Bereich war das Minimum schon 2007 nach einem Rückgang von 51 500 (1998) um 39 % auf 31 700 erreicht und im Landesbereich erst 2010 nach einer Abnahme von 75 700 (1998) um 26 % auf 55 600. Bezogen auf 1 000 Einwohner fiel die Zahl der Vollzeitäquivalente insgesamt von 51,5 im Jahr 1998 auf 38,6 im Jahr 2008; im Landesbereich im selben Zeitraum von 30,6 auf 24,6 und im kommunalen Bereich von 20,9 auf 14,0.

Nach 2008 stabilisierte sich der Personalbestand in beiden Ländern bzw. legte er wieder etwas zu. In Hessen stieg die Zahl der Vollzeitäquivalente im Landesbereich v. a. durch die Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern um 9 % auf 146 800 (und dabei auf 24,4 je 1 000 Einwohner), im Kommunalbereich um 5 % auf 91 900 (15,3) und insgesamt um 8 % auf 238 700 (39,6) im Jahr 2013. In Thüringen nahm sie im Landesbereich um 3 % auf 57 500 (26,6), im Kommunalbereich um 6 % auf 33 800 (15,6) und insgesamt um 4 % auf 91 300 (42,2) zu.

Auffällig ist, dass im kommunalen Bereich die betrachteten Personalquoten in beiden Ländern im Betrachtungszeitraum recht nahe beieinander lagen. Dagegen war im Landesbereich die Quote in Thüringen höher als in Hessen, auch wenn der Abstand zwischen beiden Ländern ab 2004 nicht mehr so deutlich ausfiel wie zuvor.

2013 waren in Hessen von den Vollzeitäquivalenten insgesamt im Landesbereich, also im unmittelbaren und mittelbaren Landesdienst (ohne Berücksichtigung der Sozialversicherungsträger) 62 % verbeamtet und im kommunalen Bereich 13 %. In Thüringen waren im Landesbereich 50 % und im kommunalen Bereich 9 % verbeamtet.



## Hessen und Thüringen im Überblick

Merkmal	Einheit	Jahr Stichtag	Hessen	Thüringen
<b>Fläche, Bevölkerung und Privathaushalte</b>				
Fläche	km <sup>2</sup>	31.12.2013	21 115	16 173
darunter Siedlungs- und Verkehrsfläche	km <sup>2</sup>	31.12.2013	3 302	1 549
Bevölkerung <sup>1)</sup>	1 000	31.12.2013	6 045	2 161
und zwar				
männlich	1 000	31.12.2013	2 963	1 064
weiblich	1 000	31.12.2013	3 083	1 097
im Alter von unter 18 Jahren	1 000	31.12.2013	999	301
im Alter von 65 Jahren und mehr	1 000	31.12.2013	1 214	511
ausländisch	1 000	31.12.2013	744	44
Einwohner je km <sup>2</sup> <sup>1)</sup>	Anzahl	31.12.2013	286	134
Lebendgeborene	Anzahl	2013	52 185	17 426
Gestorbene	Anzahl	2013	63 893	27 593
Überschuss der Geborenen bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	2013	- 11 708	- 10 167
Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	2013	204 551	43 623
Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	2013	166 887	43 471
Überschuss der Zu- bzw. Fortzüge (-)	Anzahl	2013	37 664	152
Eheschließungen	Anzahl	2013	26 894	9 578
Ehescheidungen	Anzahl	2013	13 180	4 240
Privathaushalte <sup>2)</sup>	1 000	JD <sup>3)</sup> 2013	2 937	1 109
davon				
Einpersonenhaushalte	1 000	JD 2013	1 149	441
Mehrpersonehaushalte	1 000	JD 2013	1 788	668
<b>Wahlen<sup>4)</sup></b>				
<i>Wahlen zum 18. Deutschen Bundestag</i>				
Wahlberechtigte	1 000	22.09.2013	4 413	1 834
Wahlbeteiligung	%	22.09.2013	73,2	68,2
Gültige Stimmen	1 000	22.09.2013	3 148	1 231
darunter				
CDU	%	22.09.2013	39,2	38,8
SPD	%	22.09.2013	28,8	16,1
GRÜNE	%	22.09.2013	9,9	4,9
FDP	%	22.09.2013	5,6	2,6
DIE LINKE	%	22.09.2013	6,0	23,4
Sitze im 18. Deutschen Bundestag <sup>5)</sup>	Anzahl	22.09.2013	45	18



## Noch: Hessen und Thüringen im Überblick

Merkmal	Einheit	Jahr Stichtag	Hessen	Thüringen
<b>Bildung</b>				
Kinder in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Tagespflege <sup>6)</sup>	1 000	01.03.2014	193	78
davon				
im Alter von 0 bis unter 3 Jahren	1 000	01.03.2014	45	27
im Alter von 3 bis unter 6 Jahren	1 000	01.03.2014	148	51
Schüler an allgemeinbildenden Schulen	Anzahl	2013/14	631 588	182 266
Absolventen und Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen	Anzahl	2013/14	69 062	15 922
Studierende an Hochschulen <sup>7)</sup>	Anzahl	WS 2013/14	227 608	52 001
darunter im 1. Hochschulsemester	Anzahl	WS 2013/14	36 701	9 136
25- bis unter 65-jährige Teilnehmer einer Aus- und Weiterbildungsmaßnahme <sup>8/9)</sup>	1 000	2013	307	102
<b>Gesundheitswesen</b>				
Pflegebedürftige	1 000	15.12.2013	205	87
darunter				
in vollstationärer Pflege	1 000	15.12.2013	49	23
in ambulanter Pflege	1 000	15.12.2013	45	21
Krankenhäuser	Anzahl	31.12.2013	172	44
In Krankenhäusern aufgestellte Betten	1 000	JD 2013	36	16
<b>Sozialleistungen</b>				
Empfänger von Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz <sup>10)</sup>	Anzahl	31.12.2013	14 971	4 807
<b>Arbeitsmarkt</b>				
Erwerbstätige im Inland <sup>11)12)</sup>	1 000	JD 2013	3 246	1 030
davon				
Arbeitnehmer	1 000	JD 2013	2 903	916
Selbstständige und mithelfende Familienangehörige	1 000	JD 2013	343	114
davon (nach Wirtschaftssektoren)				
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	JD 2013	30	23
Produzierendes Gewerbe	1 000	JD 2013	704	311
Dienstleistungsbereiche	1 000	JD 2013	2 512	696
Geleistete Arbeitsstunden <sup>12)13)</sup>	Mill.	2013	4 511	1 534
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte <sup>14)15)</sup>	1 000	30.06.2014	2 360	782
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Einpendler	1 000	30.06.2014	340	63
Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Auspendler	1 000	30.06.2014	214	124
Registrierte Arbeitslose insgesamt <sup>15)</sup>	1 000	JD 2014	184	90
davon				
Männer	1 000	JD 2014	98	48
Frauen	1 000	JD 2014	86	42
Arbeitslosenquote – bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen <sup>15)</sup>	%	JD 2014	5,7	7,8
Arbeitslosenquote – bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen <sup>15)</sup>	%	JD 2014	6,5	8,6

## Noch: Hessen und Thüringen im Überblick

Merkmal	Einheit	Jahr Stichtag	Hessen	Thüringen
<b>Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen</b>				
Bruttoinlandsprodukt <sup>16/17)</sup>	Mrd. EUR	2013	236	51
Bruttowertschöpfung <sup>16/17)</sup>	Mrd. EUR	2013	211	46
davon (nach Wirtschaftssektoren)				
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	%	2013	0,4	1,7
Produzierendes Gewerbe	%	2013	23,8	33,3
Dienstleistungsbereiche	%	2013	75,8	65,0
Verfügbares Einkommen <sup>14)</sup>	Mrd. EUR	2012	129	39
Private und öffentliche Ausgaben für Forschung und Entwicklung <sup>9)</sup>	Mill. EUR	2011	6 819	1 078
<b>Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe<sup>18)</sup></b>				
Betriebe	Anzahl	30.09.2013	2 828	1 844
Beschäftigte in den Betrieben	1 000	30.09.2013	401	168
Umsatz	Mill. EUR	2013	110 340	31 791
darunter Auslandsumsatz	Mill. EUR	2013	56 138	9 555
<b>Tourismus</b>				
Ankünfte in Beherbergungsbetrieben <sup>19)</sup>	1 000	2014	13 703	3 663
Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben <sup>19)</sup>	1 000	2014	31 180	9 825
<b>Landwirtschaft<sup>20)</sup></b>				
Landwirtschaftliche Betriebe	1 000	01.03.2013	17	3
Landwirtschaftlich genutzte Fläche	1 000 ha	01.03.2013	772	781
darunter Ackerland	1 000 ha	01.03.2013	478	612
Schweinebestand	1 000	01.03.2013	621	815
Rinderbestand	1 000	01.03.2013	445	323
darunter Milchkühe	1 000	01.03.2013	148	109
Großvieheinheiten	1 000	01.03.2013	446	356
<b>Wohnungswesen</b>				
Fertiggestellte neue Wohngebäude	Anzahl	2013	5 514	1 672
davon				
mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	2013	4 892	1 606
mit 3 oder mehr Wohnungen	Anzahl	2013	622	66
Fertiggestellte Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden	Anzahl	2013	13 945	3 577
davon				
in neuen Gebäuden	Anzahl	2013	12 273	2 596
in bestehenden Gebäuden	Anzahl	2013	1 672	981
Abgegangene Wohngebäude	Anzahl	2013	824	307
Wohnungen von abgegangenen Wohngebäuden	Anzahl	2013	1 665	1 287
Wohnungsbestand <sup>21)</sup>	1 000	31.12.2013	2 954	1 167
Räume insgesamt <sup>21)</sup>	1 000	31.12.2013	13 476	5 050
Wohnfläche insgesamt <sup>21)</sup>	Mill. m <sup>2</sup>	31.12.2013	275	95

## Noch: Hessen und Thüringen im Überblick

Merkmal	Einheit	Jahr Stichtag	Hessen	Thüringen
<b>Umwelt</b>				
Endenergieverbrauch <sup>22)</sup>	PJ	2012	771	210
CO <sub>2</sub> -Emissionen <sup>23)24)</sup>	Mill. t	2012	36,7	10,4
Aufkommen an Haushaltsabfällen <sup>25)</sup>	1 000 t	2013	2 789	882
darunter Haus- und Sperrmüll	1 000 t	2013	1 182	405
<b>Verkehr</b>				
Bestand an Kraftfahrzeugen <sup>26)</sup>	1 000	01.01.2014	4 106	1 413
darunter Personenkraftwagen	1 000	01.01.2014	3 441	1 162
Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden <sup>27)</sup>	Anzahl	2014	21 220	6 591
Bei Straßenverkehrsunfällen Verunglückte <sup>27)</sup>	Anzahl	2014	28 382	8 513
davon				
Getötete	Anzahl	2014	223	121
Verletzte	Anzahl	2014	28 159	8 392
<b>Öffentliche Haushalte</b>				
<i>Einnahmen der öffentlichen Haushalte<sup>28)29)</sup></i>				
Land	Mill. EUR	2014	23 012	9 143
Gemeinden/Gemeindeverbände	Mill. EUR	2014	17 265	5 017
Zusammen	Mill. EUR	2014	35 207	11 460
<i>Ausgaben der öffentlichen Haushalte<sup>28)29)</sup></i>				
Land	Mill. EUR	2014	23 910	8 957
Gemeinden/Gemeindeverbände	Mill. EUR	2014	17 531	4 892
Zusammen	Mill. EUR	2014	36 371	11 149
<i>Finanzierungssaldo<sup>29)</sup></i>				
Land	Mill. EUR	2014	- 903	186
Gemeinden/Gemeindeverbände	Mill. EUR	2014	- 266	125
Zusammen	Mill. EUR	2014	- 1 169	311
<i>Schulden der öffentlichen Haushalte<sup>30)</sup></i>				
Land	Mill. EUR	31.12.2013	40 206	15 999
Gemeinden/Gemeindeverbände	Mill. EUR	31.12.2013	18 135	3 084
Zusammen	Mill. EUR	31.12.2013	58 342	19 082
Beschäftigte im öffentlichen Dienst nach Arbeitsort <sup>31)</sup>	1 000 VZÄ <sup>32)</sup>	30.6.2013	239	91
davon				
Landesbereich	1 000 VZÄ <sup>32)</sup>	30.6.2013	147	57
Kommunaler Bereich	1 000 VZÄ <sup>32)</sup>	30.6.2013	92	34

## Fußnoten

### Von der DDR-Statistik zur Bundesstatistik / Zeitzeugenberichte / Hessen und Thüringen im nationalen und internationalen Statistiksystem

1. Detaillierte Darstellungen zur Gründungsphase des Thüringer Landesamtes für Statistik enthält die Festschrift des Thüringer Landesamtes für Statistik (Hg.): 20 Jahre Thüringer Landesamt für Statistik, Erfurt, 2012.
2. Der Beitrag entstand bereits 2012. Er wurde in der Festschrift zum 20-jährigen Bestehen des Thüringer Landesamtes für Statistik in voller Länge veröffentlicht.
3. Statistisches Bundesamt (Hg.): Strategie- und Programmplan für die Jahre 2015 bis 2019, Wiesbaden, 2015.
4. Das älteste noch bestehende Statistische Landesamt in Deutschland ist das bayerische, gegründet 1808.
5. Die Statistischen Ämter der Länder Hamburg und Schleswig-Holstein schlossen sich Anfang 2004 zum Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein (Statistikamt Nord) zusammen, der Landesbetrieb für Datenverarbeitung und Statistik Brandenburg und das Statistische Landesamt Berlin zum 01.01.2007 zum Amt für Statistik (AfS) Berlin-Brandenburg.

### A. Bevölkerung

#### Indikator A.5 „Gemeindegrößen“

1) Die Verwaltungsgemeinschaft (VG) ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts benachbarter kreisangehöriger Gemeinden (mit weniger als 3 000 Einwohnern) desselben Landkreises. Sie entsteht mit der Anerkennung durch Rechtsverordnung des für das Kommunalrecht zuständigen Ministeriums.

2) Erfüllende Gemeinden sind kreisangehörige Gemeinden mit mindestens 3 000 Einwohnern, die durch Vereinbarung benachbarter kreisangehöriger Gemeinden desselben Landkreises die Aufgaben einer Verwaltungsgemeinschaft wahrnehmen. In diesem Fall gelten die auf die Verwaltungsgemeinschaft bezogenen Bestimmungen entsprechend für die erfüllende Gemeinde.

#### Indikator A.6 „Ausländische Bevölkerung“

- 1) Quelle: Ausländerzentralregister.
- 2) Quelle: <http://www.politische-bildung-brandenburg.de/lexikon/vertragsarbeiter>.

#### Indikator A.7 „Haushaltsgröße“

1) Ab 2005: Mit dem Mikrozensusgesetz 2005 wurde der Mikrozensus von einer Erhebung mit fester Berichtswoche

(bis 2004 üblicherweise die letzte feiertagsfreie Woche im April) auf eine kontinuierliche Erhebung mit gleitender Berichtswoche umgestellt. Die Ergebnisse ab 2005 liefern damit nicht mehr eine „Momentaufnahme“ einer bestimmten Kalenderwoche, sondern geben den Stand im Durchschnitt des Erhebungsjahres an. Ab 2011: Hochrechnung anhand der Bevölkerungsfortschreibung auf Basis des Zensus 2011.

### B. Wahlen

#### Indikator B.1 „Beteiligung bei Bundestagswahlen“

1) Quelle: Bundeswahlleiter.

#### Indikator B.2 „Stimmenverteilung bei Bundestagswahlen“

- 1) Quelle: Bundeswahlleiter.
- 2) 1990: Bündnis 90/Die Grünen (Wahlgebiet Ost) und DIE GRÜNEN (Wahlgebiet West).
- 3) 1990: PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus), später DIE LINKE.
- 4) B90/GR - Bündnis 90/Die Grünen-BürgerInnenbewegung: zur Bundestagswahl 1990 bestehende Listenvereinigung aus den Parteien bzw. anderen politischen Vereinigungen Demokratie Jetzt (DJ), Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM), Neues Forum (NF), Unabhängiger Frauenverband (UFV) und Die Grünen. Nachdem die ostdeutschen Grünen unmittelbar nach dieser Wahl mit den westdeutschen Grünen fusionierten, vollzogen Bündnis 90 und die Grünen Westdeutschlands diesen Schritt erst 1993.
- 5) PDS: Partei des Demokratischen Sozialismus, später DIE LINKE.
- 6) AfD: Alternative für Deutschland.

### C. Bildung und Soziales

#### Indikator C.1 „Kindertagesbetreuung“

- 1) Stichtag der Erfassung ist bis 2008 jeweils der 15.3. und ab 2009 der 1.3. eines Berichtsjahres.
- 2) Gegenstand der Erhebung ist die Inanspruchnahme der Kindertagesbetreuung, d. h. es wird auf die tatsächlich betreuten Kinder abgestellt.

#### Indikator C.2 „Absolventen und Abgänger aus allgemeinbildenden Schulen“

1) Absolventen sind Schulentlassene mit Schulabschluss; Abgänger sind Schulentlassene ohne Schulabschluss.

#### Indikator C.4 „Studierendenaustausch“

1) Für Thüringen: vorläufige Angaben.

**Indikator C.5 „Lebenslanges Lernen“**

1) Quelle: Eurostat.

**Indikator C.6 „Pflegebedürftige“**

1) Mit der Erhebung zum 15.12.2009 hat sich die Berechnung der Gesamtzahl der Pflegebedürftigen geändert. Empfänger von teilstationärer Pflege erhalten in der Regel auch Pflegegeld oder ambulante Pflege und sind somit in der Anzahl der Leistungsempfänger bereits enthalten. Um Mehrfachzählungen bei den Pflegebedürftigen insgesamt zu vermeiden, bleiben die Empfänger von teilstationärer Pflege hier unberücksichtigt.

2) Differenz rundungsbedingt.

**Indikator C.8 „Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz“**

1) Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ([www.bamf.de](http://www.bamf.de)).

**D. Arbeitsmarkt****Indikator D.1 „Erwerbstätige nach Stellung im Beruf“**

1) Quelle: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Reihe 1, Band 1: „Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2013“), Berechnungsstand: Februar 2014.

2) „Selbstständige und mithelfende Familienangehörige“ wurden in der Grafiklegende wie folgt abgekürzt: „Selbstst. u. mithelf. Fam.ang.“.

**Indikator D.2 „Geleistete Arbeitsstunden“**

1) Quelle: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (Reihe 1, Band 2: „Arbeitsvolumen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2013“), Berechnungsstand: Februar 2014.

2) Im Jahr 2009 traten drei Änderungen der Kurzarbeiterregelung durch Rechtsverordnungen in Kraft: 1. „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ (Verlängerung der Bezugsfrist von 12 auf 18 Monate), 2. „Gesetz zur Sicherung von Beschäftigung und Stabilität in Deutschland (Konjunkturpaket II)“ (Erleichterung der Inanspruchnahme von Kurzarbeit – demnach brauchten nur noch 10 % der Beschäftigten und nicht mehr wie bisher ein Drittel vom Entgeltausfall betroffen sein), 3. „Kurzarbeitergeld plus“ (Verlängerung der Bezugsfrist des Kurzarbeitergeldes von 18 Monaten auf 24 Monate).

**Indikator D.3 „Erwerbstätigenquote“**

1) Die Datenbasis für die Berechnung der Erwerbstätigenquote ist die Mikrozensus-Stichprobenerhebung.

**Indikator D.4 „Arbeitslosenquote“**

1) Arbeitslosenquote bezogen auf alle abhängigen zivilen Erwerbspersonen.

2) Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

3) Zeitpunkt der Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Das Arbeitslosengeld II wurde zum 1. Januar 2005 durch das „Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ („Hartz IV“) eingeführt und hat – wie im zugrunde liegenden Hartz-Konzept (2002) vorgesehen – die frühere Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe für erwerbsfähige Hilfebedürftige zu einer Grundsicherung für Arbeitsuchende auf dem Leistungsniveau des soziokulturellen Existenzminimums zusammengeführt.

**Indikator D.5 „Berufspendler“**

1) Jeweils am 30.06.

2) Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

**E. Wirtschaft****Indikator E.1 „Bruttoinlandsprodukt (preisbereinigt)“**

1) Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

2) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2013/Februar 2014, Berechnungen nach ESVG 1995.

**Indikator E.2 Bruttoinlandsprodukt (jeweilige Preise)**

1) Im Inland.

2) Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

3) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2013/Februar 2014, Berechnungen nach ESVG 1995.

**Indikator E.3 „Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen“**

1) Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

2) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2013/Februar 2014, Berechnungen nach ESVG 1995.

3) Das Bruttoinlandsprodukt ergibt sich aus der Bruttowertschöpfung zuzüglich der Gütersteuern und abzüglich der Gütersubventionen.

**Indikator E.4 „Verfügbares Einkommen“**

1) Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

2) Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2013/Februar 2014, Berechnungen nach ESVG 1995.

3) Technisch exakt definiert ist die Sparquote der Quotient aus Sparen einerseits und Verfügbarem Einkommen zuzüglich der Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche andererseits.

### Indikator E.5 „Ausgaben für Forschung und Entwicklung“

1) Quelle: Eurostat.

### Indikator E.6 „Exportquote“

1) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten, bis 2007 nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003), ab 2008 nach WZ 2008.

### Indikator E.7 „Gästeankünfte und -übernachtungen“

1) Dazu zählen Hotellerie, Ferienunterkünfte und ähnliche Beherbergungsstätten, Campingplätze, Vorsorge- und Rehabilitationskliniken sowie Schulungsheime. Seit Januar 2012 gehören Beherbergungsstätten mit mindestens 10 Schlafgelegenheiten und Campingplätze mit 10 und mehr Stellplätzen zur Grundgesamtheit. Zuvor waren es Einheiten mit mindestens 9 Schlafgelegenheiten bzw. bei den Campingplätzen jene mit 3 Stellplätzen.

### Indikator E.8 „Landwirtschaftliche Betriebe“

1) 1999 bzw. 2010: Änderung der Erfassungsgrenzen.

2) Die landwirtschaftlich genutzte Fläche der Ökobetriebe setzt sich aus umgestellter, in Umstellung befindlicher und nicht umgestellter Fläche zusammen.

### Indikator E.9 „Viehbestand“

1) Die Großvieheinheit (GV) ist ein Umrechnungsschlüssel zum Vergleich für die verschiedenen Nutztierarten auf der Basis des Lebendgewichtes (LG) der einzelnen Tierarten. 1 GV entspricht dabei ca. 500 kg Lebendgewicht (LG), z. B. 1 Milchkuh = 1 GV; 1 Zuchtsau = 0,3 GV; 1 Milchschaaf = 0,1 GV; 1 Legehähne = 0,004 GV. Ab 2010 sind in den GV zusätzlich andere Einhufer und Ziegen enthalten.

2) 1999 und 2010: Änderung der Erfassungsgrenzen.

## F. Preise

### Indikator F.2 „Baulandpreise“

1) Die Geschäftsstellen von Gutachterausschüssen ermitteln die flächenbezogenen, durchschnittlichen Kaufwerte, indem sie dafür in einer Totalerhebung die Verkaufsanzeigen der Gerichte, Behörden und Notare auswerten. Das Bauland lässt sich nach Rohbauland und dem hier betrachteten baureifen Land unterscheiden. Zu Letzterem gehören

unbebaute Grundstücke, die durch Verkehrsanlagen und Versorgungseinrichtungen erschlossen sind und sofort bebaut werden können. In Hessen wurden die durchschnittlichen Kaufwerte bis 2009 über die Finanzämter ermittelt, seit 2010 direkt bei den Gutachterausschüssen. Durch diesen Wechsel konnte die zuvor erkennbare Untererfassung von Grundstücksverkäufen beseitigt werden. Dies erklärt auch den Bruch in der Zeitreihe. In Thüringen melden die Geschäftsstellen der Gutachterausschüsse im Auftrag der Finanzämter die Verkäufe an Grundstücken bereits seit Juli 1992 an das Thüringer Landesamt für Statistik.

## G. Wohnungswesen

### Indikator G.1 „Fertiggestellte Wohnungen“

1) In Wohn- und Nichtwohngebäuden.

### Indikator G.2 „Abgang von Wohngebäuden und Wohnungen“

1) Thüringen: Antwortausfälle haben vor allem 2003 und 2004 zu Untererfassungen geführt. Die betreffenden Meldungen wurden nachträglich dem Jahr 2005 zugeordnet.

### Indikator G.3 „Wohnungsbestand“

1) In Thüringen ab 1995 auf der Grundlage der Gebäude- und Wohnungszählung vom 30.09.1995; in Hessen und Thüringen ab 2011 auf der Grundlage der Gebäude- und Wohnungszählung 2011.

2) Jeweils zum 31.12.

## H. Umwelt und Verkehr

### Indikator H.1 „Siedlungs- und Verkehrsfläche“

1) Jeweils am 31.12.

2) Summe von Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche (ohne Abbau- und Erholungsfläche, Verkehrsfläche und Friedhof).

Anzumerken ist, dass die Erhebung über die Flächennutzung, die der vorliegenden Analyse zugrunde liegt, in den neuen Ländern, so auch in Thüringen, mit Stichtag 31.12.1992 erstmals nach den Vorgaben der Bundesstatistik durchgeführt wurde. Der Nachweis der tatsächlichen Nutzungsarten im Liegenschaftskataster basierte dabei auf einer Umschlüsselung der Nutzungsarten aus der Computergestützten Liegenschaftsdokumentation (COLIDO) der ehemaligen DDR. Diese Nutzungsartenverzeichnisse waren aber nicht identisch. Somit entstanden bei der automatischen Überführung der Daten fachlich nicht korrekte Abbildungen, die im Rahmen der Fortführung des Katasters immer wieder überprüft und korrigiert wurden und werden. Aus diesem Grund resultieren Flächenveränderungen in Thüringen in den einzelnen Nutzungsarten nicht nur aus

tatsächlichen Nutzungsartenänderungen, sondern auch zu einem nicht quantifizierbaren Anteil aus den genannten Korrekturen. Zeitvergleiche sind für Thüringen daher nur eingeschränkt interpretierbar. Weitere Umstellungseffekte ergaben sich durch die Vorbereitung (Thüringen) bzw. die Überführung (Hessen) der Liegenschaftskataster in das neue, bundeseinheitliche Datenmodell des Amtlichen Liegenschaftskatasterinformationssystem ALKIS®. Entsprechende Auswirkungen ergaben sich insbesondere durch den neuen Modellierungsansatz, die bisherige Trennung zwischen Gebäude- und Freiflächen einerseits, sowie den zugehörigen unbebauten Flächen andererseits als Grundphilosophie der Nutzungsartengliederung aufzugeben. Dies führt beispielsweise zur Zunahme der Position „Wohnen“, ohne dass damit eine tatsächliche Bebauung stattgefunden haben muss.

3) „Siedlungs- und Verkehrsfläche“ und „versiegelte Fläche“ können nicht gleichgesetzt werden, da in die Siedlungs- und Verkehrsfläche auch unbebaute und nicht versiegelte Flächen, wie z. B. Hausgärten und Verkehrsbegleitgrün, eingehen.

#### **Indikator H.2 „Endenergieverbrauch“**

- 1) Quelle: Länderarbeitskreis Energiebilanzen.
- 2) Stand: 25.03.2015.

#### **Indikator H.3 „CO<sub>2</sub>-Emissionen“**

- 1) Ohne internationaler Luftverkehr.
- 2) Quellen: bis 2011: Arbeitskreis „Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder“; 2012: Länderarbeitskreis Energiebilanzen, eigene Berechnungen.
- 3) Ohne Berücksichtigung der Treibhausgase HFKW, FKW und SF<sub>6</sub>, die auf Bundesländerebene nicht erfasst werden; diese sind bundesweit nur zu etwa 1,6 % (2011) an den gesamten Treibhausgasemissionen beteiligt.
- 4) Arbeitskreis „Umweltökonomische Gesamtrechnungen der Länder“.
- 5) Es werden die CO<sub>2</sub>-Emissionen aus der Quellenbilanz betrachtet. Bei der Quellenbilanz handelt es sich um eine auf den Primärenergieverbrauch eines Landes bezogene Darstellung der Emissionen, unterteilt nach den Emissionsquellen „Umwandlungsbereich“ und „Endenergieverbrauch“. Unberücksichtigt bleiben dabei die mit dem Importstrom zusammenhängenden Emissionen, dagegen werden die Emissionen, die auf die Erzeugung des exportierten Stroms zurückzuführen sind, in vollem Umfang nachgewiesen. Die Quellenbilanz ermöglicht Aussagen über die Gesamtmenge des im Land emittierten Kohlendioxids; wegen des Stromaußenhandels sind jedoch keine direkten Rückschlüsse auf das Verbrauchsverhalten der Endenergie-

verbraucher und den dadurch verursachten Beitrag zu den CO<sub>2</sub>-Emissionen eines Landes möglich (vgl. [www.lak-energiebilanzen.de](http://www.lak-energiebilanzen.de)).

#### **Indikator H.4 „Haus- und Sperrmüll“**

- 1) Die Abfallstatistiken mussten wiederholt an den veränderten Umständen ausgerichtet werden. Erst seit 2004 gibt es die heute gültige Erhebungssystematik. Die hier dargestellten Ergebnisse bis 2003 sind daher nur eingeschränkt mit denjenigen ab 2004 vergleichbar.
- 2) Elektroaltgeräte werden hier nicht berücksichtigt.

#### **Indikator H.5 „Kraftfahrzeugbestand“**

- 1) Ab Januar 2008 werden nur noch angemeldete Fahrzeuge ohne vorübergehende Stilllegungen/Außerbetriebsetzungen erfasst.
- 2) Jeweils zum 01.01.
- 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg.

### **I. Öffentliche Haushalte**

#### **Indikator I.1 „Einnahmen und Ausgaben“**

- 1) Berücksichtigt sind jeweils das Land, die Gemeinde/-verbände und (bis 2011) die Zweckverbände.
- 2) Einschl. Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen.
- 3) Bis 1997 einschl., ab 1998 ohne Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen.
- 4) Bis 2011: Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik, ab 2012: Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik (Kernhaushalte), ohne Zweckverbände.

#### **Indikator I.2 „Finanzierungssaldo“**

- 1) Berücksichtigt sind jeweils das Land, die Gemeinde/-verbände und (bis 2011) die Zweckverbände.
- 2) Einschl. Saldo der haushaltstechnischen Verrechnungen.
- 3) Bis 1997 einschl., ab 1998 ohne Krankenhäuser und Hochschulkliniken mit kaufmännischem Rechnungswesen.
- 4) Bis 2011: Ergebnisse der Jahresrechnungsstatistik, ab 2012: Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik (Kernhaushalte), ohne Zweckverbände.

#### **Indikator I.3 „Schulden“**

- 1) Kern- und Extrahaushalte.
- 2) Nicht eingeschlossen sind für Hessen im Jahr 2013 die Schulden von 2,0 Milliarden Euro bzw. knapp 330 Euro je Einwohner im Zusammenhang mit dem kommunalen Schutzschirm, da das vom Land gewählte Finanzierungsmodell dazu führt, dass diese Schulden nicht in der Schuldenstatistik erfasst werden.

3) Die Aussagekraft der Zeitreihen zum Schuldenstand der öffentlichen Haushalte ist durch mehrere methodische Änderungen geringfügig eingeschränkt, deren wirksamste grafisch durch eine Linienunterbrechung dargestellt wird. Die bis 2009 dargestellten Kreditmarktschulden einschl. sogenannter Kassenverstärkungskredite wurden im Jahr 2010 durch den etwas anders abgegrenzten Begriff „Schulden beim nicht-öffentlichen Bereich“ ersetzt.

Mit der neuen Abgrenzung ab 2010 werden u. a. die sogenannten Extrahaushalte stärker berücksichtigt. Diese umfassen seitdem alle Einheiten (Fonds, Einrichtungen und Unternehmen), die nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) zum Sektor „Staat“ zählen. Die Schulden beim öffentlichen Bereich werden nicht betrachtet, da es sonst zu Doppelzählungen käme.

#### Indikator I.4 „Personal“

- 1) Ohne Sozialversicherungsträger.
- 2) Quelle: Bundesagentur für Arbeit.

#### Hessen und Thüringen im Überblick

- 1) Ergebnisse der Fortschreibung auf der Basis des Zensus 2011.
- 2) Ergebnisse des Mikrozensus.
- 3) JD = Jahresdurchschnitt.
- 4) Quelle: Bundeswahlleiter.
- 5) Einschl. Überhang- und Ausgleichsmandate.
- 6) Im Alter von 0 bis unter 6 Jahren.
- 7) Einschl. Pädagogische, Theologische Hochschulen, Kunsthochschulen, Fachhochschulen und Verwaltungsfachhochschulen.
- 8) Im Monat vor der Befragung im Rahmen des Mikrozensus.
- 9) Quelle: Eurostat.
- 10) Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- 11) Erwerbstätige am Arbeitsort.
- 12) Quelle: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“, Berechnungsstand: Februar 2014.
- 13) Geleistete Arbeitsstunden von Erwerbstätigen am Arbeitsort.

- 14) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort.
- 15) Quelle: Bundesagentur für Arbeit.
- 16) Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, Berechnungsstand des Statistischen Bundesamtes: August 2013/Februar 2014.
- 17) In jeweiligen Preisen.
- 18) Ergebnisse des Jahresberichts für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.
- 19) In Beherbergungsstätten mit mindestens 10 Schlafgelegenheiten und Campingplätze mit 10 und mehr Stellplätzen.
- 20) Ergebnisse der Agrarstrukturerhebung.
- 21) In Wohn- und Nichtwohngebäuden, einschl. Wohnheime und Wohnungen in Wohnheimen – Ergebnisse der Fortschreibung auf der Basis der Gebäude- und Wohnungszählung 2011.
- 22) Quelle: Länderarbeitskreis Energiebilanzen.
- 23) Energiebedingte Emissionen (ohne internationaler Luftverkehr).
- 24) Quellen: Länderarbeitskreis Energiebilanzen, eigene Berechnungen.
- 25) Ohne Elektroaltgeräte.
- 26) Ohne vorübergehend stillgelegte Fahrzeuge – Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg.
- 27) Polizeilich erfasste Straßenverkehrsunfälle.
- 28) Summenbildung („zusammen“) ist um Zahlungen zwischen den öffentlichen Haushalten bereinigt.
- 29) Quelle: Statistisches Bundesamt (Ergebnisse der vierteljährlichen Kassenstatistik (Kernhaushalte), ohne Zweckverbände).
- 30) Schulden der Kern- und Extrahaushalte beim nicht-öffentlichen Bereich – Quelle: Statistisches Bundesamt.
- 31) Ohne Sozialversicherungsträger.
- 32) VZÄ = Vollzeitäquivalente.



Sonstiger Anhang:

Zweitgrafik zum Indikator H.6 „Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden“

